

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis pro Monat einschließlich Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung in der Expedition oder den Filialen 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.10 M., für 1 Monat 70 Pfg. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

Redaktion: Tauscher Straße 19/21. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig. Telefon: 18828. Sprechstunde: Wochentags 6—7 Uhr abends (außer Sonnabenden).

Inserate kosten die gespaltene Zeile oder deren Raum 25 Pfg., bei Platzvorschrift 30 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Belegen von Prospekten ist 3.00 M. pro Tausend für die Gesamtauflage, bei Teilaufgabe 4 M. — Der Betrag ist im Voraus zu entrichten. Schluß der Annahme von Inseraten für die jährige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag, Expedition und Inseraten-Annahme: Leipzig, Tauscher Str. 19/21, Hofgebäude. Telefon: 2721.

Tageskalender.

In Reichstagskreisen herrscht die Ueberzeugung, daß die jetzige Situation in der Finanzreform eine Vertagung bis zum Herbst notwendig macht.

Der Reichstag nahm gestern die Anträge der ultramontanen und konservativen Agrarier auf Einführung einer Umsatzsteuer für Großmühlen an.

Die Finanzkommission des Reichstags beschloß die Einführung eines 30prozentigen Wertsteuergesetzes auf Tabak und die Erhöhung der Inlandssteuer von 45 auf 54 M.

Der Rat zu Dresden hat bei den Stadtverordneten beantragt, nach dem Vorschlag der Kreishauptmannschaft das beschlossene Umsatzsteuergesetz zurückzuziehen, weil sich die Steuer für viele Geschäfte als eine Erdrückungssteuer charakterisieren würde.

Eine große Metallarbeiterausperrung kündigen die Industriellen in Hagen-Schwelm an.

Der Gewerkschaftsverband des Seinedepartements beschloß den Generalstreik zugunsten der Postbeamten.

In Klein-Asien mehren sich die Zeichen eines Militäraufstands gegen das jungtürkische Regiment.

Bienerth am Ende.

Leipzig, 13. Mai.

In Oesterreich bereitet sich eine Kabinettskrise vor, das Kabinett Bienerth steht vor dem Fall. Noch ist ihm die Möglichkeit eines Auswegs nicht völlig verschlossen, doch es wäre diesem Kabinett nur ein äußerst kümmerliches Dasein beschieden. Alle guten Feen des Oesterreichischen Reichsrats standen an der Wiege dieser Regierung, sie kam als Ketterin des neuen Parlaments und wurde deshalb gehetzt und gepöbelt von allen, die große Hoffnungen auf das „Volkparlament“ setzten, ihr zuliebe ließen die prinzipienfestesten Parteien etwas von ihren Grundfäden nach, sie genoh die Treue der Unzuverlässigen und sie dankte allen — mit dem Betrug. Sie warf sich bald und völlig in die Arme der auf dem rein dynastischen Standpunkt stehenden Klerikal-höfischen Clique und rettete sich so aus dem lebendigen Streit des Nationalitätenkampfes in die beschauliche Ruhe der Bureaokratie. „Der deutsch-tschechische Zwist ist der Nährboden für die Macht der Regierungen, er ist sogar die Voraussetzung für ihre Existenz“, diese Worte des bürgerlichen Politikers Steinwender sind zweifellos auch Schicksalsworte der Regierung Bienerth.

Als es der Regierung nicht gelungen war, ihre Viertel- und Ahtelreformen auf dem Gebiete der Rationalitätenpolitik durchzuführen, als sie für ihren guten Mallewille die helle Rationalitätenobstruktion erteile, trat sie den Weg ihrer unrühmlichsten Vorgänger an, den Weg zur Reaktion. Sie schickte die Abgeordneten nach Hause, der Finanzminister Bilinski half sich über die Finanznot mit der verfassungswidrigen Emission von Schatzscheinen im Werte von 220 Millionen Kronen hinweg, Herr Bienerth aber wandte sich in doppelter Hinsicht an die christlichsoziale, klerikal-höfische Reaktion. Das Kabinett mußte sich rekonstruieren und das Fallobst der christlichsozialen Bureaokraten fand im rekonstruierten Bienerth-Kabinett willige Aufnahme, die Politik der Regierung manifestierte sich in der Unterbindung der Lebensmittelfuhr, der Steuerpolitik der Regierung plant eine enorme indirekte Belastung der proletarischen Massen, und vor allem: das Kabinett Bienerth protegierte den Hort der Reaktion, die Privilegienwahrrechte zu den Landtagen. Wie im Deutschen Reich sich die Reaktion in den Landtagen verschanzte, so bilden auch in Oesterreich die Einzellandtage die letzte Rettung der Privilegierten, seitdem das alte Privilegienparlament vom Parlament des allgemeinen Wahlrechts abgelöst wurde. Die Entrechteten hofften nun, daß die reaktionären Landesverwaltungen sehr bald von der herrschenden Geldnot gezwungen würden, neue Landessteuern anzusprechen und als Gegenwert sollte den Landtagen dann die Demokratisierung des Landtagswahlrechts abgerungen werden. Das verhindert nun Bienerth, indem er eine indirekte Reichsteuer auf Fahrkarten, Bier und Branntwein plant, deren Einkünfte aber vom Staat zum überwiegenden Teil zur Bestreitung der Aufwendungen für die Landesverwaltungen verwendet werden sollen, die Länder sollen statt den bisherigen 33 Millionen Kronen über 100 Millionen Kronen erhalten. So will Herr Bienerth die landtäglischen Reaktionsnester vor der Gefahr der Demokratisierung bewahren. Und dementsprechend verlagte die Regierung in allen Reformfragen; sie wurde zum willigen Verwaltungsauswuchs der christlichsozialen Reichsparasiten. Das Kabinett Bienerth öffnete endlich seinen früheren Beschützern die Augen.

Doch nicht an diesen eminent wichtigen Fragen soll der Schmerlingabkömmling untergehen, näher gähnt der Abgrund, und das Kabinett Bienerth wird vielleicht die Steuer Verhandlungen nicht mehr erleben. Die Frage der Bosnischen Agrarbank gab den oppositionellen Parteien die Möglichkeit, Bienerths Laufbahn zu verkürzen, allerdings nur die Möglichkeit. — Die Millionen und Millionen Kriegskosten der Annexionspolitik brachten nicht nur den Böskern der Monarchie die neuen horrenden Steuerlasten, die Annexion brachte auch eine verstärkte Auswucherung den Annektierten. Bosnien war längst — wie Ungarn — das Eldorado der agrarischen Wucherbanken. Die christliche Bevölkerung steht dort seit Jahrhunderten im feudalen Pachtverhältnis zum moslemi-

tischen Grundbesitz. Die Pächter, Kmeten, leisten statt erblicher Pacht dem Grundherrn, dem sogenannten Beg, gewisse Frondienste und Naturalabgaben. Die Ablösung dieser Feudallasten ist freiwillig und wurde bisher von oesterreichischen Banken besorgt. Die Verzinsung der Ablösungskredite war jedoch so horrend, daß die offiziöse Oesterreichische Zeitschrift für den Orient bereits im Jahre 1908 den völligen Bankrott der losgekauften Pächter konstatierte, ein Umstand, der auch hervorragend zur Unzufriedenheit der Bevölkerung, später zur großserbischen Bewegung und endlich zur Annexion führen sollte. Von rund 110 000 Kmeten haben sich in den Jahren 1885—1908 insgesamt 22 000 losgekauft, aber der größte Teil der mit 12prozentigen Hypotheken belasteten abgelösten Landstücke verfiel bald wieder der Zwangsversteigerung; so wurden in den Jahren 1900—1905 mehr als 4000 Güter losgekauft, aber 2062 wieder verkauft. Wäre die Orientkrise nicht in den Vordergrund getreten, die Finanzkrise 1907/08 hätte den gesamten losgekauften Grundbesitz unter den Hammer gebracht. So bewog die politische Gefahr die Banken zur ungewollten Milde. Nach der Annexion wurden diese Wucherbanken nun von einem harten Schlag betroffen. Der gemeinsame Finanzminister für Oesterreich-Ungarn, v. Burian, dem auch die Verwaltung Bosniens und der Herzegowina obliegt, genehmigte die Konzession einer bosnischen Agrarbank, die von der Pester ungarischen Kommerzbank finanziert werden sollte. Mehr noch: Burian, und später die zuständigen oesterreichischen und ungarischen Regierungen, übernahmen die Staatsgarantie für alle Verluste, die die Bank aus Kmetenablösungsgeschäften treffen würden, auch wurde ihr das Privileg zugesichert, daß ihre Forderungen überall als Prioritäten zu betrachten sind und an erster Stelle wie rechtskräftige Urteile mit Verwaltungskraft eingetrieben werden sollen. Darob entbrannte in Oesterreich der Zorn der Parteien, man erblickte eine Bevorzugung Ungarns in dieser Maßregel, eine Monopolisierung des Wuchergeschäfts durch Budapest, die mit den gleichen Rechten der beiden Teile der Monarchie im Widerspruch stehe.

Unre Genossen, die dieses Wuchergeschäft an sich von jeher bekämpft hatten, traten jetzt in die entschiedenste Opposition ein, die sie bereits den verfassungswidrigen Kreditverschaffungen der Regierung entgegengekehrt hatten. Ihnen folgte die slawische Union, die sich in ihren letzten Beratungen mit den direkt interessierten oppositionellen südslawischen Vertretern solidarisch erklärt hatte, und es bestand die schwache Hoffnung, daß auch die wild-antimagyarischen Christlichsozialen sich aus Parteirücksichten und Demagogie dieser Opposition anschließen würden. Diese Erwartung war um so begründeter, weil die einseitige ökonomische Machtstellung der ungarischen Agrarbank geeignet erscheint, den Reichscharakter der annektierten Länder durch das ökonomische Abhängigkeitsverhältnis der Bauernschaft von der ungarischen Finanzwelt wirksam zu durchbrechen. Genosse Daszynski

Seuilleton.

Das Herz.

Roman von Peter Egge.

Am nächsten Tage trieb sie zu dem Umzug nach dem Heidhof hinaus an, wo sie auch in diesem Sommer wohnen sollte. Sie war beschämt über ihre Niederlage und verlegt und verwundert und ergrimmt und ungeschlüssig.

Erst draußen auf dem Lande konnte sie ruhig über das Geschehene nachdenken. Und da vergah sie nicht die neun Jahre, in denen er Bitterkeit angeammelt hatte.

— Er glaubte ihr vielleicht nicht mehr. Sie war so heiß und rot gewesen, als sie die Hand ausstreckte. Und auch ihr Gefühl für ihn verstand er wohl nicht, selbst wenn er ihr glaubte. — Als ob sie selbst es verstünde! Es lag da drinnen in der Brust und war so schwer, daß es schmerzte. . . — Es war, als gehe sie schwanger mit einem Kinde, das sie nicht besitzen durfte, über das sie sich aber trotzdem freuen mußte. . .

Rein, wie sollte er wohl verstehen, daß, während das Herz noch über den weinte, den sie verloren, es Eilert eingelassen hatte. Sie hatte die Luft um Eilert herum voll von ihrer Zärtlichkeit gesehen, noch während die Augen vor Kummer über den betaut waren, der . . . der geringer gewesen war, als sie glaubte.

Diesen Sommer trieb sie sich viel im Freien herum, tief drinnen im Walde, allein oder zusammen mit ihren Tanten und Helge Förde, einem jungen, armen Mädchen,

dem sie seit dem Frühling Musikunterricht gab, und das sie diesen Sommer als Gast im Hause hatte.

Früher hatte Kirsten gefunden, daß es unheimlich sei, allein in den dichten, tiefen Heidhofwäldern zu wandern. Sie pflegte nicht weiter zu gehen, als wie sie Häuser und Menschen sehen konnte. Ging sie weiter, so kam es wohl vor, daß sie sich plötzlich von den Bäumen umringt fühlte, die um sie her lebendig geworden waren. Sie glaubte, daß sie nicht vorher entrinnen könne. Da befiel sie eine Herzensangst, das Verlangen, davonzueilen, überkam sie, und sie verlor die Richtung. Aber von weitem war ihr der Wald wie eine Dämmerung erschienen, in der viele und vielerlei Leben lebten. Sie war niemals ganz sicher gewesen, wenn sie sah, daß Eilert sich dahinein begab. Sie hatte gefunden, es würde sicherer sein, wenn er abgeschlagen und in schimmernde Ebenen mit breiten Wegen und weißen und roten Häusern auf grünen Wiesen verwandelt würde.

Aber in diesem Jahr war es nicht so. iSe entdeckte, daß sie keine Furcht konnte, selbst wenn sie tief drinnen im Walde ging und weit entfernt von den Menschen. Der Ernst der großen, alten Bäume war gemildert. Sie bewegte sich zwischen Freunden. Und es war nicht schwer, den Weg zwischen ihnen hindurch zu finden. Und es war gut sein, wohin sie auch kam. Jetzt hatte sie stets weniger mit sich zu schleppen, wenn sie aus dem Walde kam, als wenn sie sich hinein begab.

Während sie eines Tages zwischen den Bäumen umher-schlenderte, kam ihr ein Gedanke, der sie zwang, eine Weile stillzustehen: — Eilert hatte die Musik nicht verstanden, hatte ihr Spiel nicht gefühlt und daher nicht die Hand verstanden, die sie ihm entgegenstreckte. Er glaubte, es sei eine Bitte um Verzeihung. Aber nichts weiter, nicht mehr.

Sie eilte ungeduldig heim und setzte sich sofort hin, um zu schreiben. Heute war ja Sonnabend, und heute abend

lam er. Die Hand zitterte über das Papier hin. Es wurden große, ungeschickte Zeichen, voll von Deutlichkeit und Aufrichtigkeit, denn er hatte nicht verstanden, was sie für ihn fühlte. Ja, sie wurden einfach und klar wie Weinen und Lachen, wie Händedrücke und Küsse. Sie kam nicht mit Erklärungen, denn da war nichts zu erklären. Aber sie erzählte eine ganze Menge von sich selbst, wovon sie glaubte, daß er es nicht wisse, es aber wissen müsse.

Und sie las den Brief nicht wieder durch, als sie fertig war, und strich nichts aus und veränderte keins von diesen Zeichen. Sie steckte ihn gleich in den Umschlag. Er sollte alles so haben, wie sie es beim Schreiben gefühlt hatte. Er würde es deuten und es verstehen, weil er sie liebte.

Als er nach dem Abendbrot hinausging, stellte sie den Brief gegen den Leuchter auf seinen Nachttisch und zündete das Licht an. Es war ganz und würde nicht niederbrennen, bis er nach Hause kam. Er würde nicht umhin können, den Brief zu sehen.

Sie wartete auf ihn, während er sich in der hellen Sommernacht umhertrieb. Den Wald konnte er nicht länger als eine Woche lang hintereinander entbehren. Sie kammte ihr langes, schwarzes Haar. Es glitt jetzt so weich und lieb zwischen den Fingern hindurch. Sie betrachtete es zärtlich und voll Dankbarkeit. Er hatte es so viele Male geküßt, vor langer Zeit.

Als sie hörte, daß er kam, war es aufgesteckt, und sie fand selbst, daß es sich gut machte.

Sie wollte ihm Zeit lassen, den Brief zu lesen. Er sah ihn sofort beim Eintritt in das Zimmer. Das Licht brannte ja. Und er ging verwundert hin und nahm den Brief. Er sah sich einen Augenblick im Zimmer um, als erwarte er, daß ihm jemand erklären würde, was dies zu bedeuten habe. Und erbrach den Brief und las. . .

Sie fürchtete, daß sie nicht länger stehen könne. Sie zitterte durch und durch, und die Luft wollte weder durch

unterbreitete denn auch dem Annexionsauschuss des Reichsrats eine Misstrauenserklärung gegen das Kabinett Wienert, weil dieses an dem Zustandekommen der Burianbank mit schuldig sei und somit seine Pflicht als österreichische Regierung gröblich verletzt habe. Der Annexionsauschuss soll nun über Sein und Nichtsein der Wienertregierung entscheiden, die Verhandlungen werden in einigen Tagen zum Schluss kommen.

Aus zwei Momenten darf man schließen, daß die Christlichsozialen einen Ausweg aus der Klemme suchen werden. Sie trachteten in den bisherigen Beratungen dahin, die ganze Sache Herrn Burian fügen zu lassen. Sie werden — so berichtet die Wiener Zeit — den Nachfeldzug bis zum Zusammentritt der parlamentarischen Delegationen für gemeinsame Angelegenheiten vertagen, um dort Herrn Burian zu treffen. Nun ist es aber ein offenes Geheimnis, daß Burian seit der Annexion Bosniens, die er bekämpfte, ein toter Mann ist und vielleicht deshalb eben das erwünschte Objekt der christlichsozialen Scheinrache. Das den Christlichsozialen so teure Leben Wienert soll erhalten bleiben, darauf deutet auch eine Kompromissnachricht, laut welcher die gründende Budapest Bank der Wiener Unionbank die Angliederung an die Bosnische Agrarbank gestattet habe, die somit einen österreichisch-ungarischen Charakter gewinnt.

So könnte es denn der polnischen Schlachta und den Christlichsozialen, sowie ihren deutschfreihheitlichen Brüdern gelingen, das Kabinett Wienert zu retten. Die Geschichte von der „Erntedrigung“ Oesterreichs wäre besichtigt, die Auswanderung der bosnischen Bauern, die steuerpolitische Ausbeutung des österreichischen Proletariats zur Bestreitung der Annexionskosten und der Bedürfnisse der reaktionären Landesverwaltungen wäre damit jedoch keinesfalls schöner geworden. Das gerettete Kabinett Wienert müßte zum unbedingt dienstbereiten Lakaien der Reichsreaktion werden, es wäre völlig der Gefangene der Lugerleute und der Schlachta.

Schlieflich sei bemerkt, daß man sich heute wohl der Täuschung bewußt ist, der man sich hingab, als man die Aktionsfreiheit des Parlaments retten wollte, indem man die Regierung zur Bewältigung der nationalen Unruhen „stark“ machte. Diese Unruhen waren die einzige realpolitische Erscheinung der Wienertära, und sie werden nur zu bewältigen sein durch die Beseitigung ihrer grundlegenden Bedingungen. Erst darauf wird sich ein arbeitsfähiges Parlament gründen lassen, und nur aus diesem kann eine Regierung hervorgehen, die ihr Heil nicht in vormärzlichen Reichstendenz suchen muß. Die österreichische Sozialdemokratie hat die Kenntnis der Nationalitätenfrage theoretisch vervollständigt und sie als ein Problem des Klassenkampfes erkannt. Ihr rücksichtsloser Kampf um die Verwirklichung ihres Nationalitätenprogramms wird den österreichischen Reichstag arbeitsfähig machen, arbeitsfähiger, als ihn die Schonung Wienerts jemals hätte machen können. Es handelt sich jetzt darum, den wandelbaren Charakter von Schlage eines Wienert den Boden zu entziehen, das geschieht nur durch die radikale Ausschließung der nationalen Gegensätze, die es sonst dem Herrn gestatten, drauflos zu regieren, während die Völker der Monarchie in der Konfusion der Nationalitätenfrage vergebens opfern und kämpfen. Die Sozialdemokratie ist derufen, diesen Schritt zu tun, denn sie allein vermag es, die „unlöslichen Nationalitätenprobleme der herrschenden Klasse“ durch das Interesse der Massen zu beseitigen, die diese an der allerdings in der Demokratie löslichen Nationalitätenfrage des Proletariats haben.

Reichstag.

255. Sitzung, Mittwoch, den 12. Mai, 2 Uhr nachmittags.

Am Bundesratsitz: Kommissare.

Fortsetzung der Beratung der Anträge Sped und Gen. (Genr.) und Dr. Nöfke und Gen. (Konf.) auf Einführung einer gestaffelten Mühlenumschlagsteuer.

Abg. Wolfenbühler (Soz.): Wenn ein Staat in Geldverlegenheit ist, sind immer viele Leute bereit, neue Steuern zu erfinden. Die Antragsteller versichern aber, daß sie nicht den Zweck verfolgen, dem Reich Geld zu verschaffen, sondern der Grund ihrer Anträge sei in ihrem guten Herzen zu suchen, das so warm für eine Anzahl von Kleinbetrieben schlägt, die im Mühlenereignis untergehen. Herr Nöfke bestritt, daß das Großkapital überhaupt ein Recht habe, sich am Mühlenereignis zu beteiligen. Wollte er aber das Großkapital darauf beschränken, Panzerschiffe und Kanonen zu bauen, so würde es schwer fallen, die Steuerquellen zu finden, um diese Produkte zu bezahlen. Das Großkapital kann nicht auf einzelne Industriezweige beschränkt werden. Es beläuft sich, wo es einen Vorteil sieht. Herr Nöfke

den Hals hinauf, noch hinunter. Sie ließ sich an die Erde gleiten und zog die Beine unter sich und froh zusammen. Warum hatte sie auch einen so langen Brief geschrieben! Jetzt währte es so lange, bis er kam, denn er mußte ja jedes Wort lesen. . . . So war Eilert nun einmal. — Ach, aber wenn er kam, dann hatte sie ihn für das ganze Leben. . . . keine Kälte, unter der sie frieren mußte. . . . keine Freude, die nicht auch die seine war. Der Weg lag offen vor ihr zum Glück. . . .

Er hatte immer den Kopf geschüttelt über ihre Kränkenfische. . . . und nun zitterte ihm wohl die Hand so heftig, daß er nicht verstehen konnte. — Wenn er kam, würde er sie in seinen Armen emporheben. Endlich habe ich dich, sagte er. . . . endlich hast du dich gebeugt. — Warum warf er nicht den Brief gleich hin, nachdem er gelesen hatte, daß sie ihn liebte. — War das denn nicht genug? . . . Still!

Sie hatte gehört, daß an dem Drücker zu dem Türschloß in seinem Zimmer gerührt wurde. Sie hatte es so deutlich gehört. Aber er kam nicht.

Er hatte vielleicht nach ihr ausgelugt. . . . wollte sehen, ob sie nicht vor der Tür stand!

Und da verstand sie es! — Sie sollte kommen. Sie. . . denn sie hatte ihn ja verlassen.

Sie erhob sich und schlich hinaus, denn er wartete. Sie ließ fort und rief an der Tür. . . .

Verschlossen!

Sie versuchte noch einmal. — Verschlossen! Verschlossen!

Va schwankte sie ein paar Schritte hintenüber und blieb an die gegenüberliegende Wand gelehnt stehen. Sie war halb betäubt und vermochte nicht zu denken. Sie hatte ein unklares Gefühl, daß sie gegen eine Mauer gerannt sei, — gegen Eilert Stange selbst.

sogte auch, eine Großmühle sei nichts anderes als eine Anzahl nebeneinander gelegter Kleinmühlen. Herr Sped hingegen hat uns vorgeführt, daß in einer Mühle mit 80 Doppelzentnern Tagesleistung die Mahlkosten für den Doppelzentner 3 1/2 Mk. betragen, in einer Mühle mit 4000 Doppelzentnern Tagesleistung hingegen nur 70 Pfg. In Deutschland werden 5,8 Millionen Tonnen Getreide vermahlen. Der Mahlohn in Kleinmühlen wäre 208 Millionen Mark, in Großmühlen dagegen nur 48 Millionen Mark. Die Differenz beträgt also nicht weniger als 157 Millionen. Durch diese Ersparnis allein schon würde sich die Existenz der Großmühlen als gerechtfertigt erweisen. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Eine erhebliche Vergrößerung des Großbetriebs hat übrigens nicht stattgefunden, sondern nur eine Verringerung der im Mühlenereignis tätigen Personen. Auch leiden die Kleinmühlen nicht nur unter der Konkurrenz der Großmühlen, sondern vor allem unter der Konkurrenz der landwirtschaftlichen Nebenbetriebe. Es ist verwunderlich, daß Herr Sped seinen Antrag nicht auch gegen die Mühlen im landwirtschaftlichen Nebenbetrieb gerichtet hat. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Großmühlen zeigen ihre größere Leistungsfähigkeit auch nicht allein in der verstärkten Produktion, sondern, wie die Bäder allseitig hervorheben, in der Lieferung eines immer gleichartigen Produkts. Mit einem Mehltrakt hätte Herr Sped uns nicht bange machen sollen. Er kann nur zustande kommen durch eine Verkleinerung der Landwirte mit dem Großkapital. (Sehr richtig! bei den Soz.) Derartige Reigungen, das gebe ich zu, sind allerdings bei unsen Landwirten vorhanden. Das hat die Spirituszentrale und der Mähdreher gezeigt. (Sehr richtig! bei den Soz.) Dagegen läßt sich aber nichts anderes tun, als daß man die Getreideernte aufhebt. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.)

Geschieht das nicht und wir bekommen dann einen Mehltrakt, so ist die Landwirtschaft daran schuld. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Ich behaupte, daß wir ohne weiteres gar nicht auf die Produkte der Großmühlen verzichten können, denn durch sie ist die Durchschnittsleistung der Mühlen sehr erheblich gehoben worden. Auch möchte ich Herrn Sped fragen, mit welchem Recht er gerade die Entwicklung im Mühlenereignis unterbinden will. In allen Gewerben haben wir doch die gleiche Entwicklung zur Großproduktion und die Zahl der Betriebe nimmt überall ab. Das zeigen die Ergebnisse der neuesten Betriebszählung. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wenn die Kleinbetriebe überall verlangen wollten, daß die Großbetriebe betriebl. besteuert werden, so könnten wir viele Steuern machen. Versuchen Sie es doch einmal bei den großen Eisenwerken und den vielen andern Industriezweigen! Das Reich würde dann so viel Geld einnehmen, daß es gar nicht wüßte, wohin damit, und es würde ein großes Weltbauen in Panzerschiffen beginnen. Den Gedanken, den technischen Fortschritt zu konstatieren, könnte man beinahe sozialistisch nennen, wenn er nicht so exzessiv wäre. (Heiterkeit und sehr richtig! bei den Soz.) Würde man nämlich alle Vorteile, die aus dem technischen Fortschritt erwachsen, für die Gemeinschaft konstatieren, so wäre das eine recht wirksame Expropriation der Expropriateure. (Sehr richtig! bei den Soz.) Der Gedanke dieser Anträge ist aber realistisch, weil die technischen Fortschritte nicht für die Gemeinschaft reserviert werden sollen, sondern weil man nur den Kleinbetrieb aufrecht erhalten will, obwohl er unwirtschaftlich geworden ist. Dasselbe Recht hätte doch auch der Regelschmelz und alle andern kleinen Handwerker. Wohin aber kämen wir dann? In China hat man Jahrtausende lang denselben Produktionszustand beibehalten, da kennt man keine Großproduktion, und dieses Land der Kleinbetriebe ist für (nach rechts) Idealstaat. (Sehr richtig! bei den Soz.) Erst sucht man uns mit einer chinesischen Schutzmauer zu umgeben, und dann will man auch den technischen Fortschritt erdroffeln. Der Gedanke des Chinesentums regiert in Deutschland. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Würde Ihr Antrag die von Ihnen gewünschte Wirkung haben, so würde den Betrieben die Konkurrenz ermöglicht, die 3/4 M. anstatt 70 Pfg. Mahlohn verbrauchen. Das heißt doch aber nichts anderes, als den Preis des Mehls, also den Brotpreis in die Höhe treiben. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Was würden die verschiedensten Lebensbedürfnisse — auch die des Müllers — am Ende kosten, wenn wir überall den Großbetrieb ausschalten wollten, wenn wir das Garn wieder mit dem Spinnrad herstellen, die Stoffe wieder mit der Hand weben wollten? Zum Kleinbetrieb zurückkehren, das heißt nichts anderes, als das ganze Volk in eine schwere Notlage bringen. Wirtschaftlich und kulturell ein unermesslicher Schaden. (Lebh. Zustimmung links.) Diese Chinesenpolitik machen wir nicht mit. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Göttsch (freil. Sp.): Herr Sped hat mit furchtbaren Ueberreibungen gearbeitet. Der Prozentsatz der eingegangenen Mühlen ist keineswegs so sehr bedeutend. Auch befinden sich darunter abgebrannte Mühlen usw., und der Mähdreher trifft durchweg lebensfähige Zwergebetriebe, während größere Kleinbetriebe und Mittelbetriebe zugenommen, zum Teil beträchtlich zugenommen haben. (Hört, hört! links.) Es ist traurig, wenn ein armer Wassermüller zugrunde geht. Der einzelne ist zu beklagen. Die technische Entwicklung führt nun aber einmal zur Ersparnis an Arbeitskräften, und man darf aus Mitleid die Ueberlegenheit der Dampfmaschinen nicht künstlich unterbinden wollen. Und geht nicht gerade der Großgrundbesitz immer mehr dazu über, sein Getreide selbst zu schrotten, statt es, wie früher, zum Müller zu bringen? Das ist wirtschaftlich vorteilhafter, aber mittelstandsfreundlich ist es nicht. (Sehr gut! links.) Wir freimüthigen sind die allerenergischsten Gegner der Verkrüftung in der Industrie, und wir bekämpfen die Mühlenumschlagsteuer gerade deshalb, weil sie zum Trust führen muß. Wenn die

Nach einer kleinen Weile lehrte sie langsam und still in ihr Zimmer zurück.

Erst gegen Morgen schlief sie ein. Es waren nur ein paar Stunden. Sie ermahnte davon, daß das Mädchen äußerlich vorläufig zur Tür hinausgehen wollte. Gleich schloß sie den Kopf so schwer und müde.

„Verzeihen, gnädige Frau,“ sagte das Mädchen und blieb stehen, während sie auf einen Brief auf dem Nachttisch zeigte. „Der Herr mußte heute früh gegen acht wieder in die Stadt, er hat mir aufgetragen, gnädige Frau den Brief da zu geben.“

„Danke.“

Kirsten öffnete und las:

„Ich gebe nicht leicht meinen Glauben an etwas oder an jemand auf, wenn ich einmal Vertrauen habe. Aber an den oder an das, was ich einmal ausgegeben habe, glaube ich nicht mehr.“

Die Freude und der Stolz, dich zu lieben, ist zerstört, das heißt: das Glück, dich zu lieben.

Ich zweifle nicht daran, daß du selbst glaubst, was du geschrieben hast. Aber ich glaube es nicht.

Ich habe meine Liebe zertreten und sie bespöten. Sie liegt da, und ich nehme sie nicht wieder auf und nenne sie meinen lieblichsten Besitz. Der Tag, an dem ich das tue, sieht mich als niedergeworfenen Mann.

Du mußt jetzt fühlen und handeln, wie du tatest. Laß mich tun, was ich muß. Schreibe nicht wieder solche Briefe wie den letzten. Das schmerzt nur.

Mehr sage ich nicht, und das sollst du respektieren. Als meine Gattin list du toll.

Wenn du das liest, bin ich zur Stadt gegangen. Ich komme wahrscheinlich am Sonnabend wieder. Vielleicht früher, um mich nach den Zungen umzusehen. Eilert.“

(Fortsetzung folgt.)

Müllerel in Süddeutschland mit Schwierigkeiten zu kämpfen hat, so liegt das am Schutzollsystem und an den Einfuhrzöllen. Es ist nicht wahr, was die Mittelmüller behaupten, daß die Großmühlen viel auswärtiges Getreide vermahlen. Die Königsberger und Breslauer Wassermühlen verarbeiten so gut wie kein ausländisches Korn. Dagegen vermahlen die meisten Unterzeichner der Mittelmüllerpetition selber ausländisches Getreide, zum Teil in hohem Prozentsatz. (Hört, hört! links.) Es handelt sich gar nicht um die ganz ungenügende Existenz der Mittelmühlen, sondern um ein paar hundert Großbetriebe, die vernichtet werden sollen, und um eine weitere Brotverteuerung. Die Landwirtschaft sollte sich nicht gegen ihre besten Ackermer, die Großmühlen, gebrauchen lassen. Ich warne vor dem abschüssigen Wege, den man einschlagen will. (Beifall links.)

Abg. Wed. (Genr.) polemisiert gegen den Vorredner, die geplante Steuer führe keineswegs zu einer Brotverteuerung und sei auch nicht unheilvoll für den Großmühlenbetrieb.

Abg. Hausmann-Dannover (nat.-lib.) erklärt sich mit Verweisung der Anträge an eine Kommission einverstanden, vorausgesetzt, daß diese zunächst ein gründliche unparteiische Enquete veranstalte, ehe sie ein so bedeutendes Mittel, wie die Umschlagsteuer in Vorschlag bringen werde. Die kleinen und Mittelbetriebe seien durchaus nicht unrettbar verloren, auch sie könnten sich der Waffnen bedienen, die die Technik bietet. Die Kleinmühlen leiden, oft am meisten unter der Konkurrenz, die sie sich untereinander machen. (Hört, hört!) In der Landwirtschaft werden viel mehr Arbeiter ausgeschaltet als durch die Großmühlen. (Zustimmung links.) Eine stoffförmige Umschlagsteuer, welche die Großmühlen erdroffelt, lehne ich ab. (Bravo links.)

Abg. Gänther (freil. Sp.): Die Behauptung des Herrn Wed., daß die Väter sich für die Steuer ausgesprochen haben, wird ich bestritten. Wenn sich auch eine Anzahl von Kleinmühlen in einer Notlage befinden, so würde doch das vorgeschlagene Mittel nichts helfen. Die Kleinmühlen gehen zurück, weil die Landwirtschaft ihnen die Aufträge entzieht. Sie ist es, die ihnen das Lebenslicht ausbläst. (Sehr richtig! links.) Diese Steuer wäre außerdem nur Wasser auf die Mühle der Sozialdemokratie. (Beifall bei den Freimüthigen.)

Abg. Binder (Soz.): Auch in Bayern wollte man mit der Mühlenumschlagsteuer dem kleinen Müller helfen. Die Großmühlen sollten 100 000 Mark mehr Steuern zahlen als z. B. in Baden. Dadurch wird aber nur das Müllegewerbe aus dem Lande herausgedrängt. Die Müller müssen dann wandern, aber nicht nach dem Grundsatze: Das Wandern ist des Müllers Lust. (Heiterkeit bei den Soz.) Um die Steuer schmachtend zu machen, nennt man sie eine Schutzsteuer für den kleinen Mann. Der Notschrei der kleinen Müller nach dieser Steuer gleicht dem Schrei eines Ertrinkenden, der sich an einem Strohhalm hält. Auf diese Weise kann man ihn nicht helfen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Das ist nur Kurpfuscheri, eine Kur, die den einen retten will, indem sie dem anderen Gift gibt. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Steuer, welche beispielsweise für die Großmühle in Ludwigsbühl eine Million betragen würde, würde natürlich auf die Konsumenten abgewälzt werden. In Bayern waren denn auch gegen die Abschaffung der Mühlenumschlagsteuer nur die Bauernbündler und einige Mittelstandsvertreter. Die Wirkung der Mühlenumschlagsteuer würde neben der Verteuerung des Brotes eine Schädigung des Inlandes und ein Vorteil für das Ausland sein. Sie wird nur zu neuen wirtschaftlichen Kämpfen führen, indem Arbeiter und Beamte auf eine Erhöhung ihres Verdienstes bedacht sein müßten. Diese Kämpfe sollten wir uns ersparen. (Bravo! bei den Soz.)

Hiermit schließt die Diskussion. Im Schlusswort polemisiert Abg. Sped (Genr.) gegen die Abgeordneten Göttsch, Wolfenbühler und Gänther. Gerade der Mähdreher in Bayern spreche für die Notwendigkeit einer Reichsumschlagsteuer.

Nach einem kurzen Schlusswort des Abgeordneten Nöfke (Konf.) werden die beiden Anträge angenommen.

Nächste Sitzung Donnerstag, 2. Uhr. (Bankgesetz und kleinere Vorlagen.)

Der Poststreik in Frankreich.

Der Streik der französischen Postbeamten ergreift zusehends auch die Provinzen. Eine uns heute aus Paris zugewommene Privatdepesche meldet:

Der Gewerkschaftsverband des Seine-Departements beschloß auf Antrag Patand, seine Solidarität mit den Postbeamten durch den Generalstreik zu manifestieren, dessen Einzelheiten morgen festgelegt werden sollen.

Die Solidarität der Arbeiterchaft betätigt sich auch in den Provinzen in der Verweigerung von Streikbrecherdiensten und in anderweitiger Unterstützung der Streikenden. Die Regierung hat über 200 Beamte neuerdings suspendiert. Die vorliegenden Meldungen der deutschen Depeschendirektoren wurden augenscheinlich direkt im französischen Ministerium des Innern verfaßt. Sie enthalten durchwegs seltene Tendenzberichte. Das Tatsachenmaterial lassen wir mit aller gebotenen Vorsicht folgen:

Paris, 12. Mai. Die Streikerkklärung der Postbeamten verbreitete sich vor 6 1/2 Uhr vorgestern abend an wie ein Lauffeuer durch die Stadt. Schon eine halbe Stunde später war der Beschluß allen Postbüros auf den Bahnhöfen bekannt. Das Ministereemteing im Dippodrom ratifizierte den Streikbeschluss der Komitees unter stürmischem Beifall, wobei die Regierung und namentlich Clemenceau wiederum größtenteils beschimpft wurden. Sympathietelegramme aus zahlreichen Provinzstädten von den dortigen Postverbänden sowie vom Bergarbeiterkongress von Lens und den Seelenen der Handelsflotte aus Saint Nazaire, die während der Verhandlung eintrafen, erklärten sich alle mit den Postbeamten solidarisch. Die Seelenen meldeten, daß sie schon Dienstag abend 454 für Colon, Mittelamerika und die Antillen bestimmte Postkisten nicht verladen, sondern sie nach Paris zurückgeschickt hätten, was in der Versammlung einen ungeheuren Beifallssturm entseffete. Auf dem Westbahnhof in Paris wurden die Belegschaften der Postendungen von Angetstellten zerrissen. Das Hauptpostamt in der Rue de Fourve leerte sich vorgestern abend trotz allfälligen Zuredens des Chefs sehr schnell, mehrere andre Büros ebenfalls. Das Zentraltelegraphenamt in der Rue Grenelle funktionierte vorgestern abend noch, doch ist das gestrige Verhalten der Angestellten höchst zweifelhaft.

Der Postgeprüfete Repine hielt eine lange Geheimberatung mit andern Beamten betrefend der zu ergreifenden Sicherungsmahregeln ab. Gestern durchstreiften bereits Militärpatrouillen die ganze Stadt, die Postbüros sind militärisch besetzt. Dunderstündig Militärtelegraphen trafen in der Stadt vom Mont Valerien aus ein, um eventuell den Dienst zu übernehmen. Die Pariser Handelskammern trafen ihre letzten Vorbereitungen für die Einrichtung eines Privatpostdienstes, eventuell sogar durch Automobile, falls auch der Bahndienst versagen sollte.

Paris, 13. Mai. Im gestrigen Ministerrat teilte Minister Barthe mit ihm bis zum Augenblick zugegangenen Meldungen über den Stand der Auslandsbewegung in Paris und in der Provinz mit. Der Ministerrat verfiel darauf auf Vorklass Bachhaus die sofortige Entlassung von 221 Beamten und Unterbeamten, die dem Minister von den Vorständen namhaft gemacht waren.

Paris, 13. Mai. Etwa 6000 unabhängige Postbeamte hielten gestern abend eine Versammlung ab und nahmen eine Tagesordnung an, in der es heißt: Die Anwesenden, die entschlossen sind, sich mit Gewalt die Freiheit der Meinung, die ihnen abgesprochen ist, zu verschaffen, stimmen dem Ausstände zu und verpflichten sich, alles zu tun, um die Bewegung zu erweitern.“

Leipzig, 13. Mai. Der Nationalkongress der Bergarbeiter sprach sich gegen den allgemeinen Ausstand aus, verpflichtete sich aber, die Postbeamten zu unterstützen.

Paris, 13. Mai. Außer der gestern abend erfolgten Mitteilung von über 200 Postbeamten werden heute noch mehr als 100 Beamte gleichfalls disziplinarisch bestraft werden. — Wie aus dem im Ministerium des Innern einlaufenden Meldungen hervorgeht, sind bisher keine Ausschreitungen seitens der streikenden Postbeamten vorgekommen. Es sind 25 000 Mann Militär, sowie 8000 Polizisten und Munizipalgardisten und 400 Spezialagenten zusammengezogen.

Paris, 13. Mai. Die amtliche Behauptung, daß der Post- und Telegraphendienst in normaler Weise vor sich gehe, wird von den Kundstündigen als unrichtig bezeichnet. In der Tat sind in vielen Postbüros eine Anzahl Schalter geschlossen. Im Hauptpostamt, wo ein Teil der Druckmaschinen streikt, sind ansichtsweise Infanteriesoldaten und Munizipalgardisten tätig. Auch die Zahl der streikenden Fahrpostbeamten soll eine ziemlich bedeutende sein. Am meisten hat die Streikbewegung bei den Werkstätten- und Streckenarbeitern der Post-, Telegraphen- und Telefonverwaltung um sich gegriffen.

Paris, 13. Mai. Die hiesige Handelskammer hat, wie schon bei dem ersten Poststreik, einen eigenen Briefbeförderungsdienst für die Geschäftskreise eingerichtet und zu diesem Zwecke eine Anzahl Automobile gemietet. Doch scheint diese Maßnahme mehr den Zweck zu haben, die Streikliste der Postbeamten zu kämpfen und ihnen zu zeigen, daß sie nicht unentbehrlich sind. Auch das Syndikat der Hoteliers hat beschlossen, für die Fremden einen Briefbeförderungsdienst einzurichten. Die Briefe sollen durch besondere Boten nach Brüssel und von dort weiter expediert werden. Die sozialistisch-radikale Kammergruppe hat beschlossen, sofort nach Beendigung des Poststreiks eine Interpellation über die allgemeine Politik der Regierung einzubringen.

Paris, 13. Mai. Das Exekutivkomitee der radikal-sozialistischen Partei trat nachts zusammen und nahm eine Tagesordnung an, in der das Komitee den Ausstand der Postbeamten mißbilligt, es aber den Parlamentariern der Partei überläßt, nach dem Ende des Ausstandes in einer Interpellation die allgemeine Politik der Partei hervorzuheben, und jede Solidarität mit dem Kabinett ablehnt, dessen Regierungsmethode der Parteitradition widerspricht.

Paris, 13. Mai. Die Vereinigung der Syndikate des Seinedepartements beschloß, am nächsten Sonntag große Versammlungen abzuhalten, in denen die Frage eines Gesamtausstandes erörtert werden soll, und beauftragte den revolutionären Allgemeinen Arbeiterverband, alles Nützte zu veranlassen, um bei den Syndikatsverbänden sowie den Arbeitsbüros eine Bewegung in diesem Sinne einzuleiten. — Einer der Redner auf dem Meeting der Postbediensteten erklärte, in längstens vier Tagen werde keine einzige Telegraphenlinie mehr funktionieren. Man werde dann sehen, daß die von der Regierung angeklindigten Maßnahmen, Funkentelegraphie und Brieftauben, nichts als leerer Bluff seien. In der Umgebung von Lille wurden die Telegraphen- und Telefonlinien der Leitungen nach Dünkirchen und Dagebrouck durchschnitten.

Gewerkschaftsbewegung.

Ein städtisches Streikbrechervermittlungsbureau.

In Passau, dem an der österreichische Grenze gelegenen bairischen Donauhafen, streikten die Hafnarbeiter der L. L. Dampfschiffahrtsgesellschaft, weil die Gesellschaft sich weigert, mit den Arbeitern vor dem Gewerbegericht zu verhandeln. Die Arbeiter fordern eine kleine Lohn-erhöhung und den Abschluß eines Tarifvertrags. Vierzehn Frauen, die bei der Gesellschaft arbeiteten, erklärten sich mit ihren männlichen Arbeitskollegen solidarisch und legten ebenfalls die Arbeit nieder. Die Gesellschaft geriet durch den Ausstand natürlich in Schwierigkeiten, und in ihrer Not wandte sie sich unter anderm auch an das städtische Arbeitsamt in Regensburg. Nach den bekannten Grundsätzen bairischer Parität erließ das denn auch nachstehende öffentliche Bekanntmachung:

Sadräger, Tagelöhner — 20 bis 40 Mann — werden auf 8 Tage nach Passau gesucht. Freie Hin- und Rückfahrt. Anmeldungen Sonntag und Montag. Nur solche wollen sich melden, die keiner oder der christlichen Organisation angehören.

Das durch Mittel der Allgemeinheit erhaltene städtische Arbeitsamt hat sich also offen auf die Seite der Unternehmer gestellt, sich als Streikbrechervermittlungsbureau etabliert. Charakteristisch ist hierbei noch die Einschätzung, die das Arbeitsamt den christlichen organisierten Arbeitern zu teil werden läßt: „Christen“ und Streikbrecher sind nach dieser Tage ein und dasselbe, was die Erfahrung ja auch vielfach bestätigt hat.

Leipzig und Umgebung.

Die Zement- und Betonarbeiter von Leipzig und Umgebung nahmen in ihrer Versammlung am 12. Mai im Volkshaus den Bericht über den Stand der Tarifbewegung entgegen. Kollege Heinze teilte mit, daß von den Unternehmern Antworten eingegangen seien, aus denen hervorgehe, daß sie in den nächsten Tagen zu dem eingereichten Tarif Stellung nehmen werden. Kollege Heinze empfahl deshalb, von einem Beschluß heute Abstand zu nehmen. Nach einer sehr reißenden Aussprache waren die Versammelten mit dem Vorschlag einverstanden. Es wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute im Volkshaus tagende Versammlung der Zement- und Betonarbeiter nimmt Kenntnis von den eingegangenen Antworten der Unternehmer. Sie beauftragt die Leitung, sofort den heutigen Beschluß den Unternehmern zuzustellen, in dem verlangt wird, bis Sonnabend, den 15. Mai 1900, dem Bureau Antwort in dieser Frage zugehen zu lassen.“

Elektrizitätsarbeiter.

Die Handwerker und Arbeiter des Städtischen Elektrizitätswerkes nahmen in einer Versammlung den Bericht ihres Ausschusses entgegen. Aus dem Bericht ging hervor, daß die Hauptfrage, die Bezahlung der geleisteten Sonntagsarbeit, so gut wie gar kein Entgegenkommen beim Rat gefunden habe. Einige Bewilligungen betriebstechnischer sowie sanitärer Natur seien bei den Arbeitsverhältnissen höchst notwendig gewesen. Auf die letzte Eingabe siehe ein schriftlicher Bescheid seit Juli vorigen Jahres noch aus. Auch die Arbeitsordnung fehle noch im Betrieb, weshalb die alte vom Privatwert her noch Geltung habe. Bei der damaligen Übernahme seien den Arbeitern außerdem noch Versprechungen gemacht worden, die bis heute noch nicht eingetroffen seien. So bestche noch heute die zehntägige Arbeitszeit, die sich bei der unentgeltlichen Sonntagsarbeit auf 60 Stunden pro Woche steigere, da jeden dritten Sonntag Dienst zu verrichten sei. Eine Resolution, die diese Mißstände rügte, und vom Rat die baldige Beantwortung der Eingabe erwartete, fand einstimmige Annahme.

Die streikenden Steinarbeiter hielten am Mittwoch, den 12. Mai, eine Versammlung ab, in der über den Stand des Streiks Bericht erstattet wurde. 178 Kollegen wurden ausständig, davon arbeiten zu den neuen Bedingungen 40 Kollegen in 21 Geschäften; fünf Kollegen sind abgereist. Am 10. Mai wurde der Innung mitgeteilt, daß die Ausständigen zu Ver-

handlungen bereit seien, wenn die Innung dazu Neigung haben sollte. Die in Arbeit stehenden Kollegen erklärten sich bereit, 10 Prozent ihres Arbeitsverdienstes in die Streikliste abzuliefern.

Deutsches Reich.

Ein Schildbürgerkrieg des Dessauer Gewerkschaftsartikels.

Aus Anhalt, besonders aus Dessau, ist die Partei schon so oft mit exzentrischen Ideen und Vorschlägen beglückt worden, daß man sich eigentlich gar nicht mehr darüber wundern sollte, wenn sie von dort mit neuen Leistungen beglückt wird. Indessen ist die neueste Leistung so einzig dastehend in der gesamten deutschen Arbeiterbewegung, daß wir nicht gut daran vorübergehen können.

In Dessau läuft in Kürze die Antiperiode der Gewerbe-gerichtsbestreuer ab. Es machten sich Neuwahlen notwendig, wobei das Verhältniswahlssystem Anwendung fand. Bei der letzten Wahl, die unter dem gleichen Wahlverfahren stattfand, entfielen auf die Liste des Kartells 17, auf die des hirschbunder-schen Rudelmußs 3 Vertreter. Das Dessauer Gewerkschafts-artikel, beeinflusst von der großen Idee der Zusammenfassung der gesamten Linken von Wedel bis Wassermann, gedachte diese Idee im Kleinen in die Tat umzusetzen. Es führte einen Beschluß herbei, sich mit den Pirischen und Christlich-nationalen auf eine gemeinsame Liste zu einigen. Und um diesen das Kompromiß recht angenehm zu machen, gestand man ihnen einen weiteren Vertreter, als sie bisher hatten, zu. Die also beglückten Pirische und Christlichen gingen selbstverständlich auf dies Anerbieten ein, wußten sie doch, daß sie in einem frisch-fröhlichen Wahlkampf ihren bisherigen Bestand kaum würden behaupten können.

Das Kompromiß hatte aber zur Folge, daß die Metallarbeiter — die größte Gewerkschaft am Orte — erklärten, aus Meinlichkeitsgründen nicht mitmachen zu können. Es war ihnen unmöglich, ihren Reuten zuzumuten, Personen zu wählen, die in der gemeinsamen und nichtswirksamsten Weise die moderne Arbeiterbewegung und besonders den Metallarbeiterverband bekämpfen und hinterlistig zum Verräter an den Interessen ihrer eigenen Klassengenossen werden. Alle glücklichen Vorstellungen, doch der Welt dieses Schauspiel zu erparren, scheiterten, denn die Nachher dieses unverfälschten Kompromisses waren von der Grobheit ihrer Idee berart sehr überzeugt, daß sie sogar dem Metallarbeiterverband Disziplinbruch vorwarfen, als dieser dazu überging, gegen die Kartellliste eine reine Liste aufzustellen. Am verflochtenen Montag fanden die Wahlen statt und endeten mit einer moralischen Niederlage der Kompromißler. Sie vereinigten 1225 Stimmen — 12 Vertreter auf sich, der Metallarbeiterverband 825 Stimmen — 8 Vertreter. Das Volksblatt für Anhalt bemerkt dazu, daß die Wahlbeteiligung recht schwach gewesen sei. Aber wo soll denn das Interesse an einer Wahl herkommen, wenn der Arbeiterschaft durch derartige Handlungen die Beteiligung von vornherein verweigert wird? Das Interessanteste aber ist die Ursache, aus der heraus man zum Abschluß des Kompromisses gekommen ist. Bei der letzten Landtags- wie auch Stadtvorordnetenwahl sind wir in Dessau unterlegen. Die Pirische und Christlich-nationalen waren samt und sonders im Schlepptau der gegnerischen Partei. Nun hofft man durch gemeinsame Aktion bei der Gewerbegerichtswahl diese Kreise für die Beteiligung von vornherein zu gewinnen zu können. Eine solche Taktik ist in Dessau nicht verwunderlich.

Zur Aussperrung der Holzarbeiter im Ruhegebiet. Am Sonnabend, den 8. Mai, sollte die vom Unternehmerverband für das Baugewerbe angekündigte Aussperrung von mehreren tausend Schreinergehilfen vor sich gehen. Die Tausende waren aber auf nur circa 125 Gehilfen zusammengeschmolzen, aber auch von diesen wurden am 8. Mai insgesamt nur 20 entlassen und zwar in Dortmund in einem Betriebe 11 Mann, in Gura in einem Betriebe 2 Mann und in Gelsenkirchen in sieben Betrieben 20 Mann. In Gura zogen sechs Unternehmer mit insgesamt 60 beschäftigten Arbeitern die Kündigung vor deren Ablauf zurück, desgleichen sieben Unternehmer in Gelsenkirchen mit 31 Beschäftigten. In einigen weiteren Orten, in denen die Aussperrung vor sich gehen sollte, haben sich die Unternehmer nicht daran gesetzt und lassen weiterarbeiten. In den Orten Dortmund, Gelsenkirchen, Buer, Mühlhagen und Duisburg bestanden sich insgesamt 343 Schreiner im Kampfe. Circa 60 der Streikenden sind abgereist oder haben anderweitig Arbeit gefunden, so daß mit einer Gesamtzahl von fast 400 Ausgehenden gerechnet werden kann. Die Aussperrten sehen der weiteren Entwicklung der Dinge mit der größten Seelenruhe entgegen.

Mit einer großen Metallarbeiteraussperrung drohen die Metallindustriellen der Kreise Hagen-Schwelm. Der Unternehmerverband für die Kreise Hagen-Schwelm beschloß in einer gestern abgehaltenen Sitzung, falls bis zum 15. 6. M. eine Einigung mit den streikenden Arbeitern des Hagen-Grüntaler Eisenwerks nicht erzielt wird, am dem genannten Tage 80 Proz. der Arbeiter der gesamten Metall- und Eisenindustrie auszusperren und nach weiteren acht Tagen den Rest von 70 Proz.

Neue Gewerkschaftsnachrichten. Der Streik der Erdarbeiter an den Festungswällen in Mainz ist durch Anerkennung des Tarifes zugunsten der Arbeiter beendet.

In der Fuchs'schen Waggonfabrik in Roßbach bei Heidelberg sind 37 Arbeiter in den Ausstand getreten, weil sie sich eine Reduzierung der Nordlöhne um 10 Prozent nicht gefallen lassen wollten.

Auf Besche Hermann in Witten stehen die dort beschäftigten Maurer und Hilfsarbeiter in Kündigung.

Der Streik auf dem Violinwerk Schliffelmarke in Delmenhorst (Oldenburg) dauert fort. Die Firma ist bekräftigt, durch Rodinrate in blüherlichen Blättern Arbeitswillige heranzuziehen. Lasse sich niemand nach hier anwerben, denn die Arbeiter dieser Firma befinden sich seit sechs Wochen im Streik.

Die Differenzen im Felber Baugewerbe sind durch Vereinbarungen mit den Unternehmern beigelegt.

Der Streik in der Hausmüll-Verwertungsanstalt in Puchheim ist beendet. Es wurde ein Tarifvertrag auf die Dauer von drei Jahren abgeschlossen.

Ueber die Lederwarenfabrik Anton Paudner in Bamberg ist wegen ausgebrochener Differenzen die Sperre verhängt worden.

In Weigsdorf bei Waagen sind eine Anzahl Maurer des Bauunternehmers Pinke in den Streik getreten.

In dem Osenegg'schen Geschäft von Raffels in Zittau sind wegen nicht menschenwürdiger Behandlung der dort Beschäftigten Differenzen ausgebrochen.

In Erding in Oberbayern ist ein Bauarbeiter-streik ausgebrochen, nachdem infolge des profanen Verhaltens des Baumeisters Auer eine Einigung nicht zustande gekommen war.

Soziale Rundschau.

Wanderarbeitsstätten zur Bekämpfung des „Stromertums“.

Die Behandlung, die die Arbeitslosen, soweit sie die Landstraßen bevölkern, in den von Pastor Wobelschwing in Weisfalen eingerichteten Arbeitskolonien erfahren, will gegenwärtig in Deutschland Schule machen, indem man Wanderarbeitsstätten errichtet, die durch sogenannte Wanderstraßen miteinander verbunden sind. Die Innehaltung dieser

Wanderstraßen und die Befähigung der Wanderarbeitsstätten ist allen „mittellosen“ Wanderern zur Pflicht gemacht, wenn sie nicht Gefahr laufen wollen, polizeilich aufgegriffen und wegen Landstreichererei bestraft zu werden. Auch in Württemberg hat sich ein Verein für Wanderarbeitsstätten gebildet, den die Regierung durch eine Zuwendung von 20 000 Mk. subventionieren will. Die Genehmigung dieser Position im Rahmen der Etatberatung nahm die sozialdemokratische Fraktion des württembergischen Landtags zum Anlaß, das Wobelschwing'sche System der Bekämpfung des Stromertums teils zu befehlen und ihre Zustimmung zu der verlangten Summe von der Aufstellung von bestimmten Grundfragen für die Verwaltung der Wanderarbeitsstätten abhängig zu machen. Wenn auch nicht alle ihre Forderungen aufgefunden worden sind, so doch immerhin so viel, daß der größten Willkür in der Behandlung der Wanderarbeitsstätten, wie sie anberaumt ist, ein Riegel vorgeschoben worden ist. Die Beratung und Beschlußfassung erfolgte nach vorausgegangener Kommissionsberatung in der Freitags-sitzung des württembergischen Landtags.

Aus den genehmigten Grundfragen heben wir die folgenden wichtigsten hervor:

Die Wanderarbeitsstätten sind zunächst in kommunale Einrichtungen anzugliedern. In diesen Fällen hat ihre Verwaltung durch kommunale Beamte zu erfolgen, denen auch die Verwaltung der Arbeitsnachweise obliegt. — Die Arbeitsleistung der Wanderer (als Gegenleistung für Unterkunft und Verpflegung) soll vier Stunden täglich nicht übersteigen. — Zur Gewährung von Unterkunft und Verpflegung können die Bergwerks-einrichtungen, die von Arbeiterorganisationen oder gemeinnützigen Vereinen getroffen worden sind, zugelassen werden. — Die arbeitslosen Wanderer können nicht verpflichtet werden, angebotene Stellen anzunehmen, wenn die offenen Stellen infolge von Streik und Aussperrung erledigt sind; wenn der im Gewerbe etwa bestehende Tarifvertrag von dem betreffenden Unternehmer nicht eingehalten wird, oder die Lohn- und Arbeitsbedingungen schlechtere sind, als ordentlich ist; wenn sie bei ihnen angebotenen Arbeit gemäß ihrer körperlichen Beschaffenheit und beruflichen Ausbildung nicht gewachsen sind. Bei Zuweisung eigener Arbeit durch die Wanderarbeitsstätten für die gewährte Verpflegung soll auf das erlernte Handwerk oder den zuletzt ausgeübten Beruf Rücksicht genommen werden. — Es ist darauf hinzuwirken, daß bei der Verwaltung der Wanderarbeitsstätten ein Ortsausfluß beteiligt wird, in den auch Vertreter der Arbeiter in angemessener Weise berufen werden.

Durch die Annahme dieser Grundfragen kann es für Württemberg als ausgeschlossen angesehen werden, daß dieses neue System der Wanderfürsorge dazu ausgenutzt wird, aus den wandernden Arbeitslosen auf Grund polizeilichen Zwanges Streikbrecher und Lohnstricker zu machen, die den organisierten Arbeitern im Falle eines Konfliktes mit dem Unternehmertum in den Rücken fallen.

Verunglückte Wahlprotestler. Die vor einiger Zeit erfolgten Wahlen der Generalversammlung der Ortskrankenkasse in Mühlhausen in Thüringen, bei denen die Liste des Gewerkschaftsartikels siegte, waren bekanntlich von der Regierung für ungültig erklärt worden, weil die Feststellung des Wahlergebnisses nicht sofort nach der Wahl geschah. Der Protest gegen die Gültigkeit der Wahlen wurde von „nationalen“ Arbeitern erhoben, die bei der Wahl unterlegen waren. Auch bei der am Montag, den 10. Mai, erfolgten neuen Vertreterwahl sind die Protestler schmählich unterlegen, denn die Liste des Gewerkschaftsartikels siegte mit 140 Stimmen, während die Gegner nur 18 Stimmen auf sich vereinigten.

Die Witwen von Rabob — abgewiesen. In der Verhandlung vor der dritten Kammer des Dortmunder Landgerichts wurde am Mittwoch, den 12. Mai, die Klage der Rabob-Witwen gegen das Hammer-Hilfskomitee abgewiesen; die Kosten des Prozesses wurden den Klägerinnen zur Last gelegt. Eine Regulierung des Urteils wurde nicht gegeben.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Zell (Baden), 13. Mai. In der Textilwarenfabrik von Weich im Wiesental brach Feuer aus. Die ganze Fabrik brannte nieder, 1088 Webstühle und große Baumwollenvorräte wurden vernichtet. Durch den Brand sind 600 Arbeiter brotlos geworden.

Berlin, 13. Mai. In einer Villa in der Burggrafenstraße des Vororts Zehlendorf erstirbt in der vergangenen Nacht drei junge Mädchen, Bewohner des Hauses, durch ausströmendes Leuchtgas. Die sofort angestellten Wiederbelebungsversuche waren leider erfolglos.

Paris, 13. Mai. Die streikenden Postbeamten beschließen in einer Nachsitzung, den Kampf bis zum äußersten fortzusetzen.

München, 13. Mai. Die Münchener Zeitung meldet aus Saloniki: Jungtürkische Offiziere haben aus Erzerum an das hiesige Komitee und an den Militärklub telegraphiert, daß ihre Truppen den Gehorsam verweigern, die Einführung des Schariats forsetzen und mit allgemeinen Meutereien drohen. Mahmud Scherif Pascha möge Leute senden, die die Truppen und das Volk beruhigen. Die jungtürkischen Offiziere hielten sich in den Kasernen verborgen und wagten nicht, sich zu zeigen.

Berlin, 13. Mai. In der Budgetkommission wurde heute über die Verbrauchssteuer für Tabakfabriken verhandelt. Die Stimmung ist unentschieden, die Stimmung für und gegen fällt ungefähr die Waage. Das Zentrum sucht die Entscheidung hinauszuschieben, indem es einen Steuerzuschlag zur Debatte stellt, der ihm angeblich von einem Fabrikanten unterbreitet wurde. Der Vorschlag fordert die Aufhebung der Inlandssteuer und eine Zollermäßigung; der Ausfall soll durch eine Verbrauchssteuer ausgeglichen werden.

Waldbrunn (Baden), 13. Mai. Im hiesigen Amtsgerichtsgefängnis brach unter den Sträflingen eine Meuterei aus. Einer Anzahl Gefangenen gelang es, zu entkommen. Der Hausvater wurde schwer verletzt.

Konstantinopel, 13. Mai. Die jungtürkischen Zeitungen geben die Zahl der in Anstalten Eingekerkerten auf mindestens 60 000 Menschen an. Die Verschiffung mazedonischer Regimenter nach Kleinasien hält an. Die Regierung ist entschlossen, ohne Rücksicht auf religiöse Gründe eine Massenerschießung der mohammedanischen Mörder vorzunehmen. Der Scheich ul Islam hat die Einrichtung von Mohammedanern, die Andersgläubige ohne Grund ermorden, ausdrücklich für zulässig erklärt.

Küchenzettel der städtischen Speiseanstalten.

Freitag:
Speisehaushalt I (Hofamtskuch): Milchreis mit Butter und Eiml.
Speisehaushalt II (Lagerkuche): Nudeln mit Butter.
Speisehaushalt III (Wirtshauskuch): Braten mit Schmalz.
Speisehaushalt IV (Büchsenkuch): Nudeln mit Schmalz.
Speisehaushalt V (Wirtshauskuch): Nudeln mit Schmalz.
Speisehaushalt VI (Kuch. G. d. d. d.): Kartoffeln mit Butter.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hermann Müller in Leipzig.

Verantwortlich für den Inseratenteil: Friedrich Viller in Borsdorf-Leipzig.

Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Diese Nummer umfaßt 14 Seiten.

Oeffentliche politische Versammlung. Ortskrankenkassen-Mitglieder, Gewerkschafts- und Parteigenossen!

Freitag, den 14. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Felsenkeller, Plagwitz, Karl-Seine-Str.

Grosse öffentl. Volks-Versammlung

Tagesordnung:

1. Der Entwurf der neuen Reichsversicherungsordnung und die Absicht, das Selbstverwaltungsrecht der Arbeiter in den Ortskrankenkassen zu vernichten. — 2. Freie Aussprache hierzu.

Referenten sind die Stadtverordneten

Arbeitersekretär **A. Lüttich** und Redakteur **O. Pollender.**

Parteigenossen, Arbeiter! Die Vorlage über die Versicherungsreform beweist aufs neue, daß die herrschende Gesellschaft weder gewillt, noch fähig ist, ernsthaft Sozialpolitik zu treiben. Die Minimalforderungen der Arbeiterschaft nach einer Reform der Krankenversicherung, der Unfall-, der Alters- und Invalidenversicherung sollen unerfüllt bleiben. Ja, die Regierung geht dazu über, den winzigen Einfluß der Arbeiter auf die Verwaltung der Krankenversicherung zu beseitigen. Gegen dieses arbeiterfeindliche Machwerk muß sich die Arbeiterschaft wenden; sie muß sich über die Vorlage informieren und in den Versammlungen erscheinen.

8008)

Das Gewerkschaftskartell und das Agitationskomitee der Sozialdemokratischen Partei Leipzigs.
J. K.: Karl Schroers, Leipzig, Brandvorwerkstraße 51, III.

Zentral-Vorband der Maschinisten u. Heizer sowie Berufsgenoss. Zahlstelle Leipzig.
Geschäftsstelle und Volkshaus Zeltzer Str. 32, Mittelportal, 3. Et., Zimmer 18
Arbeitsnachweis im Volkshaus Geschäftszelt Werktags von 8-11. Tel. 7512.

Sonnabend, den 15. Mai, abends 8 Uhr
Mitglieder-Versammlung
im Volkshaus, Zeltzer Str. 32 (Gartenfaß).
Tagesordnung: 1. Vortrag über: Flüssige Luft. Referent: Genosse Gehler. 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches.
Die Mitglieder werden ersucht, zu diesem lehrreichen Vortrag mit Frauen vollständig zu erscheinen.
Der Vorstand.

Verein für Volksaufklärung
über Gesundheitspflege
Leipzig-West

Sonnabend, den 15. Mai, **Grosser Abendausflug** mit Musik durch den Wald nach Böhlitz-Ehrenberg, Stadtkilometer Grüne Aue, Krügerherdt. Abmarsch abends 7 1/2 Uhr vom Markt Lindenau. Rhapsodien sind mitzubringen. Donnerstag, den 20. Mai (Himmelfahrt), **Bahnausflug nach Dürrenberg**, von hier Saale-Überfahrt und Fußpartie nach Merseburg. Abfahrt Leuzsch, früh 7⁰⁰. Abends Rückfahrt per Bahn nach Leuzsch.

Sonntag, den 23. Mai, nachmittags 3 Uhr, **Eröffnung des Vereinshauses** verbunden mit Konzert und Feste. Alle werthen Mitglieder und Freunde werden herzlich eingeladen. Jedermann hat freien Zutritt. Gleichzeitig können wir die freudige Mitteilung machen, daß der im vorigen Jahre abgelehnte, an das Luftbad angrenzende Waldstreifen vom Rat der Stadt gültig genehmigt worden ist und wird in absehbarer Zeit an das Luftbad angeschlossen. **Das Luft-Licht-Sonnenbad ist zur Ortskrankenkasse zugelassen.** Wir erlauben um fleißige Benutzung des Bades und beginnen am 15. Mai die **Jugendspiele und Turnübungen** für Mädchen u. Knaben. Alles nähere an der Luftbadkasse. **Der Vorstand.**

100 M Zähne 180 M

Demjenigen, der mir nachweist, dass ich höhere Preise als obige pro Zahn mit Kautschukplatte fordere, zahle ich **1000 Mark Belohnung.**

1.80-Mk.-Zähne sind amerik. mit echt. Platinstiften, welche bei der Konkurrenz m. 3 Mk., 4 Mk. und noch mehr berechnet werden. Nach 12jähr. Pachtzeit bin ich in d. Lage, meine Patienten durch persönliche Behandlung vollkommen zufrieden zu stellen und gebe gern für meine Arbeiten **10 Jahre schriftliche Garantie.**

Zahnziehen schmerzlos à 1 Mk.
Gewähre eventuell gern 2 oder 3 mal Zahlung.
Man bemühe sich vertrauensvoll nach meinem Atelier. —
Sprechzeit: Wochentags v. 8-8 Uhr, Sonntags v. 9-2 Uhr.

Preise:
Zähne m. Kautschukpl. 1 Mk.
1.50 Mk. pro Zahn
Zahn- oder Wurzelziehen kostenlos.
Nervtöten 1 Mk.
Zahn- oder Wurzelziehen in örtlicher Betäubung . . . 1 Mk.
Reparaturen von 1 Mk. an.
Klammern z. Befestig. kostenl.
Goldklammern, 14 kar. 3 Mk.
Zement-Plombe 2 Mk.
Plomben in Gold, Amalgam, Porz.

Zahn-Praxis Reform-Dorotheen Platz 21

Zigarren-Fabrik-Niederlage
Julius Köthe, Leipzig.
Josephinenstrasse 13. R.
Verkauft nur in Packung v. 100 Stk. d. an zu Engros-Preisen. **Wiederverkäufer beacht.**

Leder-
ausschnitt, Schuhmacherartikel, sämtl. Werkzeug erhält man bill. b. Alb. Funk, Lind., Holzelstr. 28.

Parteigenossen von Gohlis und Umgeg.
Unterstützt auch Euren Parteigenossen **Lauche, Barbier u. Friseur, Friedrich-Karl-Str. 2, Ecke Hallische Strasse.** — Beschäftigte nur organisierte Gehilfen nach Tarif. — Radfahrer können ihr Rad anschließen, Schloß und Rette steht zur Verfügung. [8847]

Für die mir beim Hinscheiden meiner lieben Frau so zahlreich erwiesene Teilnahme sage hierdurch im Namen der Hinterbliebenen meinen herzlichsten Dank.
Stötteritz, den 12. Mai 1909. [8844]
Hermann Pieper.

Dienstag nachmittag verschied sanft, plötzlich und unerwartet, meine innigstgeliebte Frau und treuherzige Mutter ihres einzigen Kindes, unsere liebe Tochter, Schwester, Schwiegertochter und Schwägerin, Frau
Martha Kellermann geb. Schindler
im 28. Lebensjahre. Dies zeigen tiefbetrübt an
Der trauernde Gatte und Sohn
im Namen aller Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet Freitag, 14. Mai, vorm. 1/9 Uhr, vom Trauerhause, Plagwitz, Lauchstädter Str. 25, aus statt. [8838]

Für alle uns in so reichem Maße bewiesene Teilnahme beim Heimgange meines innigstgeliebten Gatten, unseres Vaters, des Maurerpollers
Albert Fleischer
sowie für den reichen Blumenschmuck und Begleitung zur letzten Ruhestätte danken wir von Herzen. Dies alles hat unsern tiefbetrübteten Herzen wohlgetan.
Dir aber, lieber Vater, rufen wir ein „Muße sanft!“ und herzlichsten Dank in die Ewigkeit nach.
Stets einlos war dein Leben | Nur für die Deinen streben
Du hast nie an dich, | dich Du für Best und Preis.
Leuzsch, am Begräbnistage.
Honriette vorw. Fleischer und Kinder.

Eine Erleichterung für die sparsame Hausfrau
bieten wir durch die Abteilung für
Gardinen-Stopferei.
Gardinen, Stores, Tüllbettddecken usw. — gleichviel welchen Ursprungs — werden zum Stopfen (Wiebeln) übernommen.
Das Stopfen mittels unserer neuen Spezialmaschine kostet meist nur wenige Pfennige!
Vertrieb von Erzeugnissen nach:
Gardinen-Fabriken Georg Methner & Co
Kommandit-Gesellschaft.
Tauchaer Str. 1, beim Krystallpalast. | Lindenau, Demmeringstr. 32, fr. Post, a. Markt.
Dresdner Str. 30, zwisch. Göschen- u. Perthesstr. | Gohlis, Aeusserer Hallische Strasse 55, gegen-
Plagwitz, Zschocher-Str. 35, Nähe Weissenf. Str. | über Reginenstrasse.
Spezialunternehmen grössten Stils der Gardinenbranche!

Politische Uebersicht.

Abcheulicher Wirrwarr.

Wirren ohne Ende jammert die kölnische Zeitung in einer Betrachtung über die sogenannte Reichsfinanzreform und fügt hinzu: es ist heute unmöglich, irgendeinen ernstesten Politiker aufzutreiben, der sich mit einiger Sicherheit ein begründetes Bild davon machen kann, wie dieser abcheuliche Wirrwarr, das ist das rechte Wort. Und doch dieser „abcheuliche Wirrwarr“ juckt dem patriotischen Göttertotenreichstag passieren muß, der doch nach den Wahlen 1907 den Sozialdemokraten zeigen wollte, was eine Härte ist.

Wenn überhaupt ein „begründetes Bild“, um im Jargon der kölnischen Zeitung zu reden, möglich ist, so nur das, daß der Blod in die Brüche gehen wird und daß an die Stelle des alten der neue oder vielmehr der uralte Blod treten wird von Junkern und Pfaffen. Herr Bülow fühlt sich zu schwach, den konservativen Forderungen entgegenzutreten. Die Verhandlungen zwischen Regierungsteilen und der konservativen Partei, die darauf hingingen, an Stelle der Erbschaftsteuer eine andre ausreichende Besitzsteuer zu finden, dauern fort. Bisher war ein Ergebnis jedoch noch nicht zu konstatieren. Auch die Reichspartei soll zu dieser Verhandlung hinzugezogen werden. Dagegen verhandelt man mit der bürgerlichen Linken nicht.

Von anderer Seite wird über die Vorgänge hinter den parlamentarischen Kulissen folgendes mitgeteilt: Im Reichstag traten gestern mit Bestimmtheit Gerüchte auf, daß im Einvernehmen mit dem Reichskanzler die Konservativen mit dem Zentrum verhandeln über die Grundlage für ein gemeinsames Vorgehen zum Zustandekommen der Reichsfinanzreform. Auch die Reichspartei sei zu den Verhandlungen hinzugezogen. Als Ersatzsteuer soll eine Bantumsatzsteuer in Betracht kommen, für die angeblich schon ein Entwurf des Abgeordneten Camp vorliegt. Auch im Reichsschatzamt werde ein solcher Entwurf ausgearbeitet. Ueber die andern Ersatzsteuern sei ebenfalls eine Verständigung der genannten Parteien angebahnt. Diese Vorlagen können aber erst im Laufe des Sommers fertiggestellt werden, so daß eine Beratung des Reichstages bis zum September sich als notwendig erweisen werde.

In den, dem Staatssekretär Sndow nahestehenden Kreisen wird angenommen, daß dieser sich freuen würde, von seinem undankbaren Amte möglichst bald entbunden zu werden.

Es ist daher nicht zu verwundern, wenn sich im Reichstage am Mittwoch das Gerücht verbreitete, daß die Verhandlungen zwischen Bülow und den Konservativen einer Verständigung nahegekommen sind und daß Staatssekretär Sndow den großen den Konservativen zum Opfer gebracht werden solle. Ob dieses Gerücht einen tatsächlichen Hintergrund hat, läßt sich natürlich nicht sagen; insbesondere wird von anderer Seite behauptet, daß gerade Herr Sndow, in seiner Stellung vom wenigsten erschüttert sei.

Deutsches Reich.

Parlamentsbrief.

Aus dem Reichstage.

Berlin, 12. Mai. Die Beratung der Mühlenumsatzsteuer die heute im Reichstage fortgesetzt wurde, endete mit der Annahme der Anträge Speck und Roßke, die von der Regierung die Vorlegung einer Staffelfsteuer für Mühlen verlangen. In der Debatte war Kommissionsberatung verlangt worden; aber Präsident Stolberg hatte das wohl überhört und ließ gleich über die Anträge selbst abstimmen. In der heutigen Sitzung wurden die Argumente der Mühlenagraren von den Genossen Molkenbuhr und Binder und von dem freisinnigen Gothein gründlich zerprügelt. Molkenbuhr wies auf den Wahnsinn hin, der in der Strafbestrafung des technischen Fortschritts liegt, und Gothein wies nach, daß gerade die Mühlenumsatzsteuer, die angeblich der Vertrustung entgegenwirken soll, dem Trustwesen streitigen Eingang ins Mühlengewerbe eröffnen wird. Auch ein Nationalliberaler, der Hannoveraner Hausmann, brachte, allerdings unter harter Schöpfung der Gefühle agrarischer Fraktionsgenossen, gewichtige Bedenken gegen die Mühlenzünftler vor, die erneut vom Zoll-Speck und vom Zentrums-Müller Beck-Widach verteidigt wurde. — Am Donnerstag stehen kleinere Vorlagen auf der Tagesordnung.

Der „Jude“ Adolf Hoffmann.

In ihrer begreiflichen Wut über den Genossen Adolf Hoffmann, der das offizielle Scheinchristentum im Dreiklassenhaus so oft an den Pranger gestellt, kam die Kreuzzeitung auf den kühnen Gedanken, von irgendeinem ungenannten Blatt die Nachricht zu übernehmen, Adolf Hoffmann sei ein — Jude, und das sei auch der eigentliche Grund für seinen wahnsinnigen Haß auf das Christentum. Späherhalber — denn die Kreuzzeitungsnotiz hat natürlich nur humoristischen Wert — wandten wir uns an den Genossen Hoffmann, mit der Bitte, sich zu diesem neuesten Einfall der Junker zu äußern. Er tat das in folgendem Schreiben:

Vaus der Abgeordneten. Berlin, 12. Mai 1909.

Werte Genossen!

Eure Zuschrift und Zeitung habe ich erhalten. Ich kann Euch zur Verhütung mitteilen, daß ich aus einer der ältesten Berliner Fischerfamilien streng römisch-katholischen Glaubens bin und selbst evangelisch getauft wurde; der Grund ist mir nie bekannt geworden, da meine Mutter vier Monate nach meiner Geburt starb, ich aber schon während ihres Krankenlagers zu fremden Leuten als „Jehuda“ ausgegeben wurde. Als mein Vater (ich wurde unehelich geboren) ist gerichtlich ein evangelischer Christ angegeben, der in dem gleichen Hause des „berühmten“ und vermögenden Mannes in Stellung war wie meine Mutter. Ein zweiter Angestellter dieses Mannes wurde mein Vormund. Da nun meine Mutter auf ihrem Sterbebett auf eindringliche Bitten meiner Großmutter, doch zu sagen, wer der Vater ihres Kindes sei, erwiderte (wörtlich), „es ist ein Vater da, der für das Kind sorgen kann und wird“, entstanden später alle möglichen Gerüchte. Im Zeiter Kreis war Anfang der 80er Jahre

wohl aus Anlaß meiner 13 hintereinander folgenden Freisprechungen als Redakteur das Gerücht verbreitet, ich sei der Sohn eines Prinzen und man dürfe mich nicht verurteilen. Jetzt soll es ein Jude sein. Ich erkläre: Mir ist der Prinz wie der Jude gleichgültig, wie jedem anständigen Menschen ein Vater gleichgültig sein muß, der ein Kind von vier Monaten wie eine Ware von Hand zu Hand bei fremden Leuten gehen ließ. Schämte er sich meiner, so habe ich doppelten Grund, mich seiner zu schämen, wenn sein Verhalten mir auch Gelegenheit gab, alles, was ich bin, durch mich selbst, ohne Vaters Geldsack und Namen, ohne fremde Hilfe geworden zu sein. Ist mein Vater unter jenen Jehudentum zu suchen, so mögen seine Standesgenossen in meiner Entwicklung eine Remeis für ihre Nichtvergessenheit erlösen.

Bemerken will ich noch, daß bei der mehr als überfrommen Erziehung, die ich genossen habe (diese sollte jedenfalls die „Sünde“ meiner Mutter sühnen), es mehr als albern ist, meine „Feindschaft gegen das Christentum“ auf einen angeblich jüdischen Vater zurückzuführen. Ich bin kein Feind des Christentums, wohl aber ein erbitterter Feind alles „Christentums“, das mich braucht und zur Erhaltung der politischen und Klassenherrschaft einer kleinen Minderheit und zur wirtschaftlichen Ausbeutung der großen Mehrheit dorer, die als Parasiten geboren werden und als solche sterben. Da ich selbst vom 9. Jahre an zu den Ausbeutungsobjekten dieser „göttlichen Weltordnung“ gehörte, erklärt sich wohl meine Stellung zu dieser Sorte „Christentum“ vollkommen. Nicht weil semitische Blut in meinen Adern fließt, sondern weil überhaupt Blut darin fließt und kein Wasser, werde ich bis zum letzten Atemzuge gegen das heutige Scheinchristentum den Kampf mit allen mir zu Gebote stehenden Kräften führen.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Ihr

A. Hoffmann.

Die Tabaksteuer in der Finanzkommission.

Unter Letzte Nachrichten haben wir gestern schon die wichtigsten Beschlüsse der Finanzkommission des Reichstages zur Tabaksteuer mitgeteilt. Es sei hier noch folgendes ergänzend nachgetragen: Die Konservativen hatten eine erhebliche Steigerung des Gewichtszolls verlangt, und zwar beantragten sie folgende Sätze: Tabakblätter 125 Mark, bearbeitete Tabakblätter 225 Mark, Zigarren 700 Mark, Zigaretten 1000 Mark. Gegen diese hohen Sätze wendete sich zunächst ein Redner des Zentrums. Von sozialdemokratischer Seite wurde berechnet, daß bei diesem Zollsatze jede Zigarre mit 1,8 Pfg. belastet würde. Der Antrag der Konservativen wurde abgelehnt, ebenso der Antrag der Subkommission, der eine geringe Erhöhung des Gewichtszolls forderte, nachdem Schatzsekretär Sndow diese Erhöhung als unzureichend bezeichnet hatte. Zunächst bleibt es also bei dem jetzt geltenden Gewichtszoll. Dagegen wurde der Antrag der Subkommission angenommen, einen Zollsatzschlag von 30 Prozent vom Werte des Tabaks zu erheben. Dieser Zuschlag soll auch von Zigarren erhoben werden, die aus dem Auslande eingeführt werden. Die Steuer für inländischen Tabak wird auf Antrag der Konservativen auf 54 Mark erhöht. Die Nachversteuerung resp. Nachverjollung soll nach einem weiteren konservativen Antrag auf den 1. Januar 1909 zurückdatiert werden. Die Subkommission hatte als diesen Termin den 1. März 1909 vorgeschlagen. Die Konservativen beantragten schließlich die Aussetzung der Abfertigung über das ganze Gesetz, um zunächst in eine Beratung der Besteuerung nach dem Vordrucksystem einzutreten. Der Antrag fand Annahme, so daß am Donnerstag mit dieser Beratung begonnen wird.

Zunferparlament und Volksparlament.

Im preussischen Abgeordnetenhaus wurden am Mittwoch die durch die geborenen und ernannten Beseggeber des Herrenhauses vermittelten Beschlüsse vorgetragen, nachmals verhandelt. Da in den letzten Tagen zwischen den Führern der Parteien in beiden Häusern eine Verständigung angebahnt worden war, die zu dem Resultat führte, daß beide Teile etwas nachlassen wollten, ging die Verabschiedung der Vorlagen ziemlich glatt von statten. Das Beschlusseingangsrecht wurde in der vom Abgeordnetenhaus ursprünglich beschlossenen Form einstimmig angenommen, nur in der Frage der Staatszuschüsse an die Gemeinden wurden der Ersten Kammer Konzeptionen gemacht. Ebenfalls einstimmig wurde der Beschlusseingangsrecht zugestimmt und die rückwirkende Kraft des Wohnungsgeldzuschusses wieder hergestellt, die von dem Herrenhaus abgelehnt worden war. Eine lebhaftere Debatte gab es nur bei der Beratung der Beschlüsse für die eigentlichen Staatsbeamten: Genosse Hirsch verlangte, daß nun auch die Staatsarbeiter an die Reihe kommen müßten, wovon aber Herr v. Rheinbaben, der preussische Finanzminister, nichts wissen wollte. Die Löhne der Staatsarbeiter seien in den letzten Jahren und Jahrzehnten so außerordentlich erhöht worden, daß eine weitere Steigerung nicht am Plage sei. Um diese sozialpolitische Weisheit richtig würdigen zu können, muß man wissen, daß im preussischen Eisenbahnbetrieb heute noch Tausende von Arbeiter Tagelöhne von zwei Mark beziehen, und in den übrigen Ressorts sieht es nicht besser aus. Herr v. Rheinbaben begnügte sich aber nicht mit dieser Befundung seines regen Interesses für das Wohlergehen der Staatsangestellten, er benutzte gleichzeitig die Gelegenheit, um dem Kerger seines Junkerherzens über die „Lobergriffe“ des Reichstags Luft zu machen. Er kam auf die Beschlüsse der Budgetkommission zur Beamtenbesoldung zu sprechen, durch die bekanntlich über die Regierungsvorlage hinaus die Gehälter für mittlere und untere Beamte erheblich erhöht wurden, und äußerte dazu:

Dann hat Herr Hirsch gesagt, die von der Reichstagskommission gefassten Beschlüsse über die Beamtengehälter bewiesen die Richtigkeit der sozialdemokratischen Anträge. Ich ziehe den gegenteiligen Schluß und schließe daraus auf die Verantwortlichkeit der Beschlüsse der Reichstagskommission. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ich werde natürlich bemüht sein, im Reichstage diesen Beschlüssen entgegenzutreten. An die Parteien richte ich den Appell, nicht immer der Regierung das Obium aufzubürden, als habe sie für die Beamten kein Herz, sondern auch für ihren Teil auf ihre Parteigenossen im Reichstage dahin zu wirken, daß solche zu weit gehenden, die Einzelstaaten, Kommunen und die Privatwirtschaft im höchsten Maße belastenden Beschlüsse aufgehoben werden. (Wabal rechts.)

Die Erwählten des Dreiklassenhauses sollen also nach dem Wunsche des Herrn v. Rheinbaben mobil gemacht werden gegen die „unvernünftigen“ Beschlüsse der Vertreter des deutschen Volkes. Der preussische Finanzminister gilt selbst bei den ewig hoffnungsvollen Liberalen als Reaktionsär, was bei der Durchschnittsqualität preussischer Minister schon etwas heißen will. Mit seiner Rede vom Mittwoch hat Herr Rheinbaben seinem Aufe wieder einmal alle Ehre gemacht.

Liberaler Selbstverhöhnung.

In der liberalen Wochenchrift Fortschritt äußert sich der Führer der bayrischen Jungliberalen, Rechtsanwalt Kohl, über die gegenwärtige politische Situation, wobei er, ohne es zu wollen, sich und seine politischen Freunde selbst blutig verhöhnt. Er führt aus:

Nun ist der Viesgewandte am Ende seiner diplomatischen Künste. Ueber die Krisis der Reichsfinanzreform hilft kein

klassisches Zitat, kein Phrasengekläute aller Reichsstaatsfäden, die auf die Vaterlandsliebe, nationale Pflicht, politische Notwendigkeit gestimmt sind, hinweg. Die Kerle, zu denen Bülow jetzt redet, haben die Ohren mit Watte verstopft und wollen nichts hören vom Steuerzahler und verstehen auch die heiligste Brantweinliebeshabe. Gegen Konservative, die nicht wollen, haben schon stärkere, als der vierie Kanzler vergebens gekämpft. Wie oft hat Bismarck, der in ihren Reihen stand, sich der Interessenspolitik der Konservativen unterwerfen müssen. Man mag sie schelten wegen ihrer Habsucht und Engherzigkeit, diese preussischen Landbarone, ob ihrer jämmerlichen Haltung zur Finanzreform, aber Kerle von starkem Rückgrat sind sie doch. Sie lassen sich mit tönenden Phrasen und mit solchem modernen Reichsstaatsfäden nicht ködern. Mit diesen Mitteln suchen sie wohl auf ihre Wähler zu wirken, bei ihnen selbst aber verlassen sie.

Man spürt aus diesem Bekenntnis einer liberalen Seele ordentlich den Meid, daß sie sich nicht ebenfalls zu den brutalen Rücksichtslosigkeit dieser „Kerle“ aufzuschwingen vermag. Für die Liberalen sind zwar die Phrasen von der Vaterlandsliebe, nationalen Pflicht, politischen Notwendigkeit, mit denen sie bei den Göttertotenwahlen den deutschen Philister eingekesselt haben und die jetzt dazu dienen sollen, ihm die Kosten seiner Dummheit leichter tragen zu lassen, auch nur „moderner Reichsstaatsfäden“, die Kohl, Wassermann und Müller-Meinungen befinden sich aber in der unangenehmen Lage, gewisse Versprechungen einlösen zu müssen, wenn sie bei den nächsten Wahlen nicht den Laufpaß bekommen wollen. Und diese Auslöser wärdt allerdings trotz der notorischen Anspruchslosigkeit des deutschen Durchschnittsphilisters von Tag zu Tag.

Berlin, 13. Mai. Wie die Norddeutsche Allgemeine Zeitung mitteilt, ist der Sprecher Lauati der Eingeborenen von Samoa mit sieben weiteren „Rädelnführern“ auf dem Kanonenboot Jaguar in Saipan eingetroffen. Zwei weitere Hauptlinge und der Anhang der Verbannenen sind auf dem Kreuzer Arkona ebenfalls dahin unterwegs. Ein kleiner Kreuzer bleibt noch längere Zeit vor Apia stationiert, da die Frage der Nachfolgerchaft des Mitiiti (Mataafa) die Eingeborenen nach wie vor in einer gewissen Erregung hält.

Reichstagsdispositionen. Ueber die Gestaltung der Geschäftslage des Reichstages in den nächsten Wochen wird mitgeteilt, daß bis Mittwoch nächster Woche Plenarifikationen stattfinden sollen. An diesem Tage würden dann die Pflingstferien beginnen und Plenarifikationen auch nach Pflingsten zunächst nicht stattfinden. Die Finanzkommission soll erst später in die Ferien gehen, um die zweite Lesung der durchberatenden Steuervorlagen vorzunehmen. Bestimmte Beschlüsse hat der Senorenkonvent allerdings noch nicht gefaßt, aber die obige Kombination dürfte im allgemeinen richtig sein. Angeblich besteht bei der Regierung die Absicht, die Tabak-, Bran- und Brantweinsteuern im Plenum verabschieden zu lassen und den Sommer hindurch eine Verständigung zwischen den bürgerlichen Parteien zu versuchen, um dann im Herbst die Besitzsteuer dem Reichstage zugehen zu lassen. Käme dieser Plan zur Ausführung, so hätten die Junker gewonnenes Spiel; die „Besitzsteuer“ wäre damit endgültig abgetan und die Liberalen könnten sehen, wie sie ihr Versprechen, neben der neuen Massenbelastung auch eine „angemessene“ Heranziehung des Besitzes durchzuführen, einlösen könnten. Bei aller politischen Verklumpung der beiden liberalen Parteien erscheint es, und vorläufig doch noch unwahrscheinlich, daß diese der Aufforderung, sich selbst aufzuhängen, so ohne weiteres nachkommen werden. Daß der Reichstag in dem jetzigen Zeitpunkt nicht mehr imstande ist, noch große Gesetzesvorlagen zu erledigen, steht allerdings fest. Seine Session dauert nun nahezu sieben Monate.

Die Mandatsräuber haben es eilig. Die Wahlsprüfungs-kommission des preussischen Abgeordnetenhauses arbeitet mit ungewöhnlicher Schnelligkeit. Sie ist bereits zu Freitag einberufen, um die Verdichte über die Wahl unserer Genossen fertig zu stellen. Die Entscheidung im Plenum wird dann nicht auf sich warten lassen, und da bei dem besonders fein entwickelten politischen Instandgefühl des „hohen Hauses“ kein Zweifel darüber bestehen kann, wie diese Entscheidung ausfallen wird, so dürften die Erfragwahlen schon in den nächsten Wochen vor sich gehen. Unsere Berliner Genossen werden dem Angriff der freisinnig-konservativen Mandatsräuberkoalition gerüstet gegenüberstehen.

Die blamable Zuschrift des freisinnigen Abgeordneten Eichhoff an die Barmer Zeitung, in der der Umsal der Freisinnigen zugunsten der Brantweinliebeshabe als unumgänglich hingestellt wird, ist der freisinnigen Zeitung schwer auf die Nerven gefallen. Sie schreibt wütend:

Die Barmer Zeitung liegt uns bisher nicht vor. Wir können nur annehmen, daß es sich um eine unrichtige Wieder-gabe des Artikels durch einen Reporter handelt. Es ist weder zutreffend, daß zwischen den Konservativen und Liberalen Verständigungsversuche im Gange sind, noch daß man auf freisinniger Seite zu der Ueberzeugung gekommen ist, die Brantweinliebeshabe müsse einwilligen weiterbestehen. Alle solche Meldungen, wie sie bald in Interessentenkreisen, bald in mangelhaft unterrichteten Blättern auftauchen, sind nichts als haltloses Gerede.

Wenn die freisinnige Zeitung die Barmer Zeitung nicht gelesen hat, so ist ihr Dementi wertlos; daß Herr Eichhoff, der neben Gylking zu den unsichersten Rationisten des Freisinnigen gehört, alles möglich ist, das haben die wenigen Jahre seiner parlamentarischen Tätigkeit mehr als einmal bewiesen. Eichhoff verbandt sein Mandat bekanntlich nur seinem Wortbuch und der ganz besonderen „Nachhilfe“ der Bülowgarde. Die Herren wußten, was für ein Juwel sie an diesem „Freisinnigen“ haben würden.

Aus dem preussischen Kastenstaat. Welch herrliche Blüten die Kastenborntheit im heiligen römischen Reich der Gottesfürcht und frommen Sitte noch heute treibt, zeigte dieser Tage bei den Kultusdebatten im preussischen Zunferparlament der Zentrumsabgeordnete Heß. Er teilte mit, daß in einem Essener Gymnasium die Schüler bestimmter Altersklassen streng in zwei Abteilungen getrennt werden. Als Unterscheidungsmerkmal gilt der Besitz oder Nichtbesitz eines Theaterabonnements. Wer in der Wahl seiner Eltern so vorfichtig war, daß ihm ein ständiger Platz im Theater gesichert werden konnte, kam in die Klasse A, die weniger Glücklichen in die Klasse B. Diese Mittelungen schienen selbst den Erwählten des Dreiklassenhauses etwas zu ungläublich, und der Minister sagte Unterscheidung zu. Wie jetzt der Berliner Scherzpresse berichtet wird, hat der vom Kultusministerium nach Essen entsandte Geheimne Oberregierungsrat Dr. Reinhardt die aufgestellten Behauptungen voll bestätigt gefunden. Aus einer Liste geht hervor, daß in einer A-Klasse die Eltern der Schüler sind: Fabrikdirektoren, Bergwerksdirektoren, Oberbürgermeister, Rentiers und Fabrikanten, in der B-Klasse aber: Schreiner, Vorzeiger, Bureaubeamte, Kantisten usw. Auch die Liste der Oberprima von 1908 und 1909 läßt das Bestreben nach einer Unterscheidung ganz deutlich erkennen. Bezeichnend ist, daß in der Oberprima die eine Klasse 15, die andre sogar nur 8 Schüler hatte!

Um preussischen Kaiserstaat genügt es also nicht, daß eine Trennung der verschiedenen Bevölkerungsklassen in der Weise erfolgt, daß die Kinder des Proletariats von den Bildungsklassen der Besessenen ferngehalten werden; in den höheren Schulen selbst wird nochmals eine sorgfältige Auslese vorgenommen, damit das Söhne des Herrn Bergwerksdirektors oder Oberbürgermeisters sich nicht etwa mit dem Sprößling eines seiner Angestellten gemein macht. Die ganze höfliche Dünkelhaftigkeit und bornierte Beschränktheit der preussisch-deutschen Bürokratie und Kapitalistenklasse kann nicht besser illustriert werden als durch dieses eine kleine Beispiel.

Rußland.

Popuhin.

Petersburg, 13. Mai. In der gestrigen Verhandlung des Popuhin-Prozesses wurden zwei bei den Revolutionären beschlagnahmte Briefe verlesen, in denen mitgeteilt wurde, daß die Provokationstätigkeit Agnew durch Popuhin aufgedeckt worden ist. Der Staatsanwalt begründete die Anklage. Er fand, daß durch die Preisgebung Agnew den Revolutionären ein Dienst erwiesen worden sei. Der Verteidiger wies nach, daß Popuhin nicht zu den Revolutionären gehört habe und daß Popuhin durch die Entlassung Agnew dem Staat einen Dienst erwiesen habe, da dies zum Zerfall der Partei geführt habe. In seinem Schlusswort erklärte Popuhin, daß er nie etwas mit den Revolutionären zu tun gehabt habe und, als er von Burzew erfahren habe, Agnew habe terroristische Akte organisiert, sich nicht für berechtigt gehalten habe, über die Rolle Agnew zu schweigen. Der Urteilspruch wird heute erwartet.

Türkei.

Die Verfassung.

Konstantinopel, 12. Mai. Die Kammer beendete heute die erste Lesung der Verfassungsrevision und nahm einen Antrag an, der dahin geht, die Zusammensetzung des Senats solle berart erfolgen, daß zwei Drittel der Mitglieder von der Nation erwählt werden und der Rest von dem Sultan ernannt werde. Der Antrag, alle Prinzen des kaiserlichen Hauses zu Senatoren zu ernennen, wurde abgelehnt. Das Haus nahm sodann einen von einer großen Anzahl Abgeordneter unterzeichneten Antrag an, an die asiatischen Provinzen einen Aufruf zu richten, in welchem die Wohlfahrten und Christen zu einem brüderlichen Zusammenleben aufgefordert werden. Der Antrag war auch von armenischen Abgeordneten unterzeichnet.

Morgen findet in einer Geheimstunde die Beratung des türkisch-bulgarischen Protokolls statt. Wie verlautet, empfiehlt der Kommissionsbericht die Annahme des Protokolls, da die Türkei die schwebenden auswärtigen Fragen regeln müsse, um die Lage im Innern zu befestigen.

Ein unter den Deputierten zirkulierender Aufruf für ein Vertrauensvotum des Kabinetts weist bisher 120 Unterschriften auf. Die erforderliche Mehrheit beträgt 140.

Sächsische Angelegenheiten.

Wieder eine Mittelstandshoffnung in Trümmer.

Die Umsatzsteuer mache in Dresden abermals ins Stoden geraten. Die einzelnen Umstände, die dazu führten, haben Interesse für die Umsatzsteuerbestrebungen in Sachsen überhaupt. Besonders, soweit größere Stadtgemeinden dabei in Betracht kommen.

Nach jahrelangen Beratungen über eine Sondersteuer, und nachdem frühere Vorlagen nicht zum Ziele geführt hatten, beschloß der Rat zu Dresden am 3. Dezember 1907 eine Umsatzbesteuerung der Warenhäuser und Zweiggeschäfte. Die Stadtverordneten genehmigten am 12. November 1908 nach heftiger Debatte gegen eine starke Minderheit die Ratsvorlage, die am 1. Januar 1909 schon in Kraft treten und der Stadt 360 000 Mk. einbringen sollte. Es kam anders. Die Kreishauptmannschaft versagte auch diesem Dresdner Umsatzsteuergesetz die Genehmigung und ließ eine sogenannte Zwischenverordnung ergehen, durch die der Rat aufgefordert wird, in sechs verschiedenen wichtigen Punkten eine Nachprüfung einzutreten zu lassen. Die Kreishauptmannschaft hat die zahlreichen Eingaben gegen diese Umsatzsteuer als so beachtlich gefunden, daß sie schließlich dem Rat zu Dresden empfahl, an Stelle der beschlossenen Steuerordnung die Gemeindefinanzverwaltung nach dem Vorbilde der Stadt Chemnitz zu erweitern. Die Kreishauptmannschaft gab also den Rat, die ganze Umsatzsteuervorlage zurückzuziehen. In Chemnitz, auf das sie hinweist, enthält die Einkommensteuerordnung eine Bestimmung, nach der Großbetriebe im Kleinhandel mindestens 10 Prozent Reingewinn versteuern müssen, auch wenn der Reingewinn nicht so hoch ist. Das ist zwar auch noch Steuerunrecht genug, es reicht aber bei weitem nicht an die rohe Form der Umsatzsteuer heran. In bezug auf die Konsumvereine, die unerhört hoch besteuert werden sollen, wurde verlangt, daß der Rat Stellung nehme und sich äußere zu der in den Eingaben der Konsumvereine betonten Unverhältnismäßigkeit der Steuer und zu einer früheren Auslassung der Kreishauptmannschaft, daß durch die Umsatzsteuer „die allgemeine Entlastung der Einkommensteuer erfolgen soll auf Kosten der großen Anzahl unbedeutender Mitglieder der vier Dresdner Konsumvereine.“

Stadttrat Dr. Lehmann als Ratsbejerrant kommt nun nach eingehender Würdigung des ganzen Sachverhalts in einer Ratsdrucksache zu folgenden Ergebnissen:

„Wie die vorstehende Ansprache zu den von der Kreishauptmannschaft zur Erwägung des Rates gestellten Punkten erkennen läßt, sind die Bedenken gegen die von den sächsischen Kollegen beschlossene Fassung der Ordnung über die Besteuerung der Zweiggeschäfte und Warenhäuser nicht unerheblich. Als das schwerwiegendste Bedenken muß wohl bezeichnet werden, daß die beschlossene Steuer sich als eine Strafsteuer darstellt gegen solche geschäftliche Unternehmungen, die der Natur der Sache nach mit Zweiggeschäften geführt werden müssen oder begünstigt deren Betrieb von Zweiggeschäften als im Interesse des kaufenden Publikums liegend angesehen werden muß. Hierzu gehören vor allem die Kleinhandelsbetriebe mit Milch. Es wird kaum jemand geben, der nicht den Vertrieb der Milch in reinlich und sauber gehaltenen Spezialgeschäften, in denen sonst nichts weiter vertrieben wird als dieser eine Artikel, geradezu als eine Wohlthat bezeichnen wird für die Bevölkerung, insbesondere im Interesse der Gesundheit der Kinder. Dabei ist hinreichend dargelegt, daß die Erhaltung dieser Zweiggeschäfte den Unternehmern keinen besonderen Nutzen bringt, sondern im Gegenteil von ihnen Opfer fordert. Aber auch die Konsumvereine müssen notwendig mit Zweiggeschäften arbeiten, sie können sich nicht etablieren als große Warenhäuser etwa in der Mitte der Stadt, denn es würde den Mitgliedern schon aus Zeitmangel und wegen der großen Entfernungen nicht möglich sein, ihre häuslichen Bedürfnisse in solchen zentralen Verkaufsstätten zu befriedigen; wollte man auf den Vertrieb von Zweiggeschäften verzichten, so würde man den in den Vorstädten Wohnenden die Anschaffung eines ihnen durch Reichhaltigkeit gewährleisteten Rechtes, sich zum gemeinsamen Bezuge von Verbrauchsgenständen zu vereinigen, unmöglich machen. Noch schwerer aber wiegt der Einwand, daß sich die

Steuer für eine Anzahl von Geschäften darstellt als eine Erdrückungssteuer, indem sie den Reinertrag erreichen oder noch übersteigen würde. Da eine solche Steuer keinesfalls als zulässig angesehen werden kann, so würde, wenn man an dem jetzigen Entwurfe festhält, zum mindesten noch zu bestimmen sein, daß die Steuer einen gewissen Prozentsatz des Reinertrages nicht übersteigen dürfe. Durch eine solche Bestimmung würde aber die Handhabung des Gesetzes erschwert und Ungleichheiten und Unbilligkeiten gegenüber andern Geschäften hervorgerufen werden. Da weiter die Freilassung derjenigen Großbetriebe, welche ohne Warenhäuser zu sein oder mit Zweiggeschäften zu arbeiten, offenbar zu Ungleichheiten und Unbilligkeiten führt, so erscheint es als das zweckmäßigste, der Anregung der königlichen Kreishauptmannschaft Folge zu leisten und nach dem Vorbild der Stadt Chemnitz zu bestimmen, daß mindestens 10 Prozent des im Kleinhandel erreichten Umsatzes als Einkommen zu versteuern sind. Sicher würde durch eine solche Bestimmung der von den Vertretern des kleinen und mittleren Gewerbetriebs beklagte Preissteigerungsdruck einigermaßen entgegengewirkt werden.“

Am Ende folgt dann der formelle Antrag an die städtischen Kollegien, das der Kreishauptmannschaft zur Genehmigung überreichte Umsatzsteuergesetz zurückzuziehen, dafür die Erweiterung der städtischen Einkommensteuer nach Chemnitzer Muster vorzunehmen. Damit wäre die seit 1897 in Dresden betriebene Umsatzsteuermache nun, nach 12 Jahren, zu einem völlig negativen Resultat gekommen. In erster Linie ist das zu danken der Rührigkeit der Gegner dieser Bestrebungen.

Da der Standpunkt der Kreishauptmannschaft sich ganz sicher deckt mit dem des Ministeriums, das vorher unterrichtet wurde, so ist der Vorgang, der eine Schwächung der oberen Behörden in der Sache darstellt, von größtem allgemeinen Interesse.

Ein Reichsverbandschwindel!

Eine verlogene Geschichte ist die das Leipziger Eimanblatt seinen Lesern aus Marneur kirchen auf. Aus irgend einer Reichsverbandskloake wird da berichtet von der Wirtschaft in der dortigen Ortstrankenkasse, die dringend die Notwendigkeit der Abänderung des Krankenkassengesetzes beweise, damit der sozialdemokratischen Verwaltung Schranken gezogen werden. Als mit der Gründung einer Filiale des Deutschen Konsumvereins etwas frisches Leben unter die Marneurkirchner Arbeiterschaft kam, konnte es selbstverständlich nicht fehlen, daß sie ihren Einfluß auch bei den Wahlen zur Ortstrankenkasse geltend machte und Männer ihres Vertrauens in den Kassenvorstand wählte, die bis heute in der selbstlosesten Weise ihre Tätigkeit ausüben haben. Bei der Anstellung eines Kassenvorstandes sei die Wahl vor Jahren auf den damaligen Redakteur des Genossen Fern. Jäckel, Zwickau. Die Gegner spielten darob Gift und Galle, obwohl sie gegen Genossen Jäckel, der in der sozialpolitischen Bewegung sehr gut beschlagen, nichts weiter einwenden konnten, als daß er eben Sozialdemokrat war, in den Augen der Marneurkirchner Projektanten und ihres Klüngels allerdings ein Verbrechen. Die Mustinstrumentenfabrikanten übten Rache und gründeten eigene Betriebskassen. Dieser Umstand und die Erhöhung der Leistungen der Ortstrankenkasse machten eine Beitragserhöhung nötig. Als nach Jäckels freiwilligem Abgang ein anderer Genosse als Kassierer angestellt wurde, führte der Boykott der Gegner zum Austritt zweier Innungen der Mustinstrumentenbranche. Den dadurch entstandenen Rückgang der Mitglieder und Einnahmen, der die Kasse zwang, den Reservefonds in Anspruch zu nehmen, benützte der Reichsverbandschwindler dazu, gegen den Kassenvorstand und den Kassier zu verfahren, die gemeinsamen Verbindlichkeiten zu schließen und sie für die ungünstigen Kasserverhältnisse der Ortstrankenkasse verantwortlich zu machen, die einzig und allein die Nachsicht der Gegner mit der Gründung eigener Kassen herbeigeführt hat. Es gehört eben eine ganz unerhörte Schamlosigkeit dazu, die Dinge so zu verdröhen, wie es in dem Organ mit der Eimanmoral geschehen ist und die Arbeiterschaft verantwortlich zu machen für die Folgen der Nachsicht der Unternehmer.

Die Meinungsfreiheit der Postbeamten.

Bei einer Fahnenweihe des Vereins der Postunterbeamten und Telegraphenarbeiter in Reichensbach hielt ein Pastor Ullwalt die Weisrede; er ging dabei sogar soweit, die Bewegung unter den Pariser Post- und Telegraphenbeamten als „Schande“ zu bezeichnen. Nach ihm kam ein bayrischer Postbeamter, der mit einigen andern die Feier als Gast besucht hatte, auch auf die Wichtigkeit der Organisation der Postbeamten zu sprechen und forderte die Anwesenenden auf, sich dieser Organisation anzuschließen. Dieses Thema ging jedoch dem Ehrenvorsitzenden der Feier, einem Reichensbacher Postdirektor, über die Quischnur und er unterbrach den bayrischen Redner mit der Bemerkung, daß dieses Thema nicht zu der Feier gehöre und deshalb auch nicht besprochen werden dürfe. Diese Unterbrechung war den Zuhörern unangenehm, zumal die meisten von ihnen eine solche offene Sprache von einem Beamten noch nicht gehört hatten, man sollte dem bayrischen Kollegen ob seines Mutes lebhaften Beifall. Die bayrischen Postbeamten vertieften jedoch ob dieser recht zweifelhaften Gastfreundschaft den Saal.

In der Dresdner Volkszeitung lesen wir: Man sieht auch hieraus wieder, wie traurig es mit dem freien Meinungsaustausch unter den sächsischen Beamten bestellt ist. Der „Mühe Bayer“ galt den armen sächsischen Postbeamten als ein — wahres Wunderwerk! Bemerkenswert ist auch, daß der Pastor die Pariser Kollegen ungestört beschimpfen durfte, während eine Aufforderung zum Zusammenschluß der Postbeamten als anstößig gerügt wurde. Und die Postbeamten ließen diese Bevormundung auch über sich ergehen.

Die sächsische Regierung, der Abgeordnete Stresemann und die Heimatsverwaltung. Die Kommission zur Beratung der Gewerbeverordnungen hat sich am 12. Mai mit der Einführung von Lohnkommissionen in der Hausarbeit. In einer vorausgegangenen Sitzung war von dem Vertreter der sächsischen Regierung der Vorwurf gegen die Heimarbeitstellung in Berlin erhoben, daß die Angaben über die Löhne der Heimarbeiter unrichtig seien. Nach Ermittlung der sächsischen Regierung sollen die Löhne zum Teil 50 bis 100 Prozent höher sein, als von den Heimarbeitern angegeben. Von dem Abgeordneten Stresemann war diesen Darlegungen hinzugefügt, daß z. B. auf der Heimarbeitstellung eine 80-jährige Frau genannt wurde, die zu einem Stundenlohn von 3 Pfg. arbeite. Man habe in den Zeitungen im Erzgebirge annonciert, die alte Frau möge sich melden, damit ihr bessere Arbeit zugeordnet werde. Die alte Frau habe sich indes nicht gemeldet. Die Ausführungen machten natürlich den Eindruck, als ob die Angaben der Heimarbeitstellung sehr unklar, wenn nicht unwarhaft gewesen seien. Genosse Schmidt-Berlin gab Donnerstag in der Kommission dem Abgeordneten Stresemann den Namen der „nicht ermittelten“ alten Frau bekannt. Es bedurfte nur einer Nachfrage bei der Organisation der Textilarbeiter, um die Adresse der alten Epitaphpflanzin festzustellen. Dem sächsischen Regierungsvertreter hielt Genosse Schmidt nach neueren Informationen des Gewerbestehers der Holzarbeiter entgegen, daß weitere Nachforschungen über die Löhne der Heimarbeiter im Erzgebirge nur die Wahrheit der Angaben bestätigten, die vor drei Jahren auf der Heimarbeitstellung gemacht wurden. Es ist dabei festzustellen, daß die sächsische Regierung bei keinem

Heimarbeiter war, der dem Holzarbeiterverbande seine Angaben gemacht hat, wohl aber war man bei Fabrikanten und Zwischenhändlern der Hausarbeiter. Der Holzarbeiterverband stellt auch heute noch der sächsischen Regierung eine Forderung zur Verfügung, die eine Nachprüfung unserer Angaben möglich macht. Der Vertreter der sächsischen Regierung erklärte, daß allerdings nicht bei den Personen Erkundigungen eingezogen wurden, die in der Heimarbeitstellung ihre Artikel ausstellten. Man habe aber Differenzen in den Löhnen bis 300 und 400 Prozent gefunden. Gegen diese Art der Nachprüfung der Angaben auf der Heimarbeitstellung wandten sich entschieden die Genossen Schmidt und Stadthagen. Die Debatte, die eine Anzahl Anträge zeitigte, führte noch zu keinem Abschluß.

Bei dieser Methode, soziale Zustände zu ermitteln, wird natürlich die sächsische Regierung mit ihrem nationalliberalen Kommiss immer in der Lage sein, die Dinge in einem Lichte erscheinen zu lassen, das ihnen zuzagt.

Auch ein Kulturbild.

Ein Brandstiftungsprozess von großem Umfang, der mit der Siebenlehner Kulturverbrennung in gewissem Zusammenhang steht und auch insofern daran erinnert, als in diesem neuen Fall die Feuerwehre auch eine fragwürdige Rolle spielte und sich zum Teil recht sonderbar verhalten hat, wird vor dem Schwurgericht in Freiberg verhandelt. Angeklagt wegen Brandstiftung sind der Fabrikbesitzer Köhler aus Großschirma, dessen Buchhalter Koch und sein Werkmeister Höferer. Köhler, der Marine-Reserveoffizier war, kaufte 1904 die dem Fiskus gehörige stillgelegte Erzgrube Kurprinz in Großschirma und richtete in den Räumen eine Papp- und Kartonfabrik ein. In rascher Folge brach nun in verschiedenen Teilen der ausgedehnten Fabrikwerke viermal hintereinander Feuer aus. Immer brannten gut verschickte Objekte. Am 27. Januar 1904 brannte das Zimmerhaus der Grube, am 10. Juli der aus 11 Gebäuden bestehende Schreiberhofschaft vollständig nieder; am 20. Januar 1905 folgte die Vergömmelnde und am 18. September das Hauptfabrikgebäude. Köhler, dem seine Frau 125 000 Mk. mit in die Ehe gebracht hatte, kam in finanzielle Schwierigkeiten, aus denen er sich durch grobangelegte Versicherungsschwindeln zu retten suchte. Wegen eines solchen Schwindels — er hatte sich auf 400 000 Mk. gegen Unfall versichert und ließ sich absichtlich von der Arbeitslosigkeit Plager der rechten Hand abgeben, wofür er 104 000 Mk. Versicherungsschuldigung erhielt — wurde Köhler vor einigen Wochen zu 8 Jahren, Koch wegen Beihilfe zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt.

In diesem Prozess sind bisher recht interessante Feststellungen gemacht worden. So hat sich ergeben, daß Köhler, der Besitzer der Pappfabrik aus der Sache Kurprinz, der der Veranlasser aller Brände gewesen ist, mit dem Hauptmann der Feuerwehre in Siebenlehn in enger Verbindung stand und sich mehrfach von ihm sogar durch Telefonat hat. Die noch unausgebauten Räume eines Schachts ließ Köhler vor dem Brande durch ein Mitglied der Siebenlehner Feuerwehre, den verurteilten Baummeister Straube, ausbauen und verbessern. Tatsache ist auch, daß noch am Tage vor dem Brande Zimmerleute des Straube im Trodenhause arbeiteten. Köhler gab zu, daß er mit dem ehemaligen Hauptmann der Siebenlehner Feuerwehre, Köhler, in Reitzberg öfter zusammengekommen sei, daß er sehr oft mit diesem telefoniert habe und von Köhler auch in Großschirma besucht worden sei. Offenbar sind die Gebäude zum Teil durch die Siebenlehner Sachkundigen für einen Brand erst zurichtete worden. Es scheint aber auch, als sei die Feuerwehre von Großschirma in Siebenlehn in die Schule gegangen. In einem Bericht über den ersten Verhandlungstag ist nämlich folgendes zu lesen: Am 29. Januar 1905 brannte die zur Köhlerschen Pappfabrik gehörige Vergömmelnde ab. Am Abend vorher hatte die Feuerwehre im Hofraum auf Kurprinz ein Boßviezest. Während desselben ließ der Feuerwehrehauptmann Köhler in Großschirma aus Scherz das Feuer signal blasen. Als daraufhin die Feuerwehrleute aufbrachen, rief er: „Weißt nur sitzen, es ist nur die Schmelde!“ Weiter wird, wie der Vorsitzende mittelst, behauptet, daß während des Vergömmelndebrandes Petroleum in die Schmelde geschickt wurde, daß Feuerwehrleute auf die Schmelde traten und auch ein Schlauch zerbrach wurde. Die Leute sollen an Köhler, als das Feuer im Entstehen war, auch das Anstehen gestellt haben, etwas wegzugehen, damit es besser brenne. Köhler gibt weiter an, daß Köhler ihm hierüber telefoniert habe: „So eine Schmelde, das wollte zuerst gar nicht brennen; erst der Köhler, der Feuerwehrehauptmann, hat die Sache richtig gemacht.“ Köhler soll den Feuerwehrehauptmann und den Gemeindevorstand Köhler mit sich in die Wohnung genommen haben, während welcher Zeit die Vergömmelnde noch völlig weggefeuert wurde.

Der Prozess, in dem noch interessante Episoden zutage treten dürften, ist auf acht Tage angelegt worden. Es ist eine große Anzahl Zeugen geladen.

Dresden. Ueber die sächsische Steuerreform mit besonderer Berücksichtigung der Mietzinssteuer sprach Stadtratsmitglied Beck in einer vom Allgemeinen Mietbewohnerverein einberufenen Versammlung. Die Mietzinssteuer, so führte der Redner aus, sei eine Steuer für den kleinen Mann und gerade der Kleinverdienende werde am empfindlichsten von ihr betroffen. Redner wies auch darauf hin, daß vor 18 Jahren Baummeister Hartwig, der damalige Vorsitzende des Hausbesitzervereins, für die Abschaffung der Mietzinssteuer eingetreten sei. In Preußen sei die Mietzinssteuer überhaupt verboten. Wegen derartige ungerechte Steuern müsse energig Front gemacht werden und der Mietbewohnerverein vertrete in diesem Kampfe keinerlei Sonderinteressen, sondern das Gemeinwohl. Im Anschluß an den Vortrag wurde nach einer Aussprache folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die vom Allgemeinen Mietbewohnerverein einberufene öffentliche Versammlung erhebt entschiedenen Einspruch gegen die Einführung einer Mietzinssteuer in Dresden. Eine solche würde den Bestrebungen auf Besserung des Wohnwesens direkt zuwiderlaufen, Gewerbe und Industrie, soweit sie nicht anständig sind, in ungerechter Weise belasten und in Widerspruch stehen zu allen modernen Bestrebungen auf dem Gebiete des Steuerwesens. Zu fordern ist, daß die notwendigen Mittel durch Befestigung der Ausnahmestellung des Grundbesitzes in Dresden aufgebracht werden und dieser in mindestens gleicher Weise wie in Leipzig zu den öffentlichen Lasten herangezogen wird.“

Kleine Nachrichten aus dem Lande. In Wetzen fiel ein etwa vierjähriges Mädchen, das am Ebufer spielte, in den Strom und wurde fortgeritten. Einige auf dem Rat auffällige Männer sprangen der Verunglückten zu Hilfe, und einem Ingenieur des Jakobwerkes gelang es, das bereits bewußtlos gewordene Kind den Fluten zu entreißen. — In Laubegast wurde der Schiffskapitän L. in der Schlafkammer seiner Wohnung am Bett erhängt aufgefunden. Schon seit einiger Zeit zeigte sich der Lebensmüde Schwerwichtig. In Plauen hat sich der Kaufmann und Stadtrat Paul Köhler, ein hervorragendes Militärvereinsmitglied, wegen finanzieller Schwierigkeiten selbst entleibt. — Wie aus Eisenhüttenstadt gemeldet wird, führen auf der abschüssigen Straße oberhalb Wolfsgrün zwei Radfahrer aus Bismarck, Georg Bille und Georgi, die beide auf einem glatten Pflaster genommen hatten, mit voller Wucht an einen Glattebaum. Bille, dem der Schmelz zertrümmert wurde, war sofort tot. Georgi erlitt schwere Verletzungen und liegt im Eisenhütten Krankenhaus hoffnungslos darnieder. — In der sächsischen Maschinenfabrik in Wurzen schlug der Schmied Moser den Schloffer Naumann mit einem Hammer vor die Stirn. Naumann brach bewußtlos zusammen. Der Täter wurde verhaftet.

Bezugsquellen-Verzeichnis

Erscheint 3 mal wöchentlich

Der Arbeiterschaft bei Einkäufen zur Beachtung empfohlen



Königs-Automat u. Restaurant

Windmühlstraße 1-5

Abzahlungsgeschäfte

Liebau, Turnerstr. 27, I.

Aquarien

A. Fischer, Promenadestr. 16.
Arthur Mühlner, Nürnberger Str. 24

Bäckerien, Konditoreien

E. Albrecht, L., Henriciinstr. 11.
Adolf Braune, L., Reuterstr. 39.
O. Hempel, Paunsdorf, Johannisstr. 13.
Rob. Herold, Lind., Reuterstr. 53.
W. Kahlitzsch, Böhl.-Ehrb., Südstr. 34
Otto Kind, Schl., Körnerstr. 59.
A. Kruczyński, Co., Biedermannstr. 65
Rich. Pönlck, L., Henriciinstr. 12.
W. Popenicker, A.-C., Weißenhurgstr. 5.
Paul Scholz, Pl., Klängenstr. 11.
K. Schröder, L., Ecke Kaiser- u. Gieselerstr.
P. Schupp, Stött., Ferd.-Joststr. 50.
A. Schwindler, Leutzsch, Barneck Str. 18.
H. Sello, L., Ecke Lütz.-u. Josefstr.
W. Steinkopf, R., Gemeindef. 11.
E. Volkmann, L., Gundorf. Str. 39.
G. Wagner, Neud., Cöllnstr. 23.
H. Waike, Schönefeld, Südstr. 26.

Beerdigungsanstalten u. Sargmagazine

W. Fuchs, vorw., Vo., Bogislawastr. 28
Hübner & Schille, Co., Bornaische Str. 33.

Hugo Irmert, Schleußig, Körnerstr. 64.

Ernst Koenze, Lindenauer Str. 5.

E. Merkel, Ang., Zweinaundorf Str. 12.

Gebr. Reiche, Zeehoerische Str., L., Litz. St. 48, Könn. St. 36

Otto Rühl, L., Marktstr. 8.

W. Steingruber, Co., Eisenach Str. 34

Thanatos, Wurzner Str. 41, Zweinaundorf, naund. Str. 13. 15% R.

M. Verbeek, Kirchstr. 82.

Berufskleidung

J. Blüthgen, Täubchenweg 8.
H. Heerde, Bayersche Str. 24.
Ludw. Holthausen, Schönefeld.
Sonnt. v. 11-2 Uhr geöffnet.
Herm. Voigt, Böhlitz-Ehrenberg.

Bettfedern, Betten

Ad. Kirschberg, N., C. Balsam, Reichstr. 39.
E. Moser, Reudn., Oststr. 9.
H. Olding, Südstr. 2.
A. Petzold, L., Birkenstr. 12.
J. C. Schwartz, Brühl 60. Gg. 1706.
G. Straube, Hedwigstr. 15.
Th. Trüßl, Hospitalstr. 26.

Bildereinstellungen

Otto Stein, Co., Pegauerstr. 24.
M. Turpa, Fibelpl. 25. Tel. 11030.
Spez.: Arbeiter-Sinnsp. 10.

Brauereien, Bierhandlg.

Brauerei C. W. Naumann, Leipzig-Plagwitz, Fernsprecher 5055 und 2803.

A. Bühlgen, Jonast. 1-3.

Brauerei Burghausen-Leipzig, eingetrag. Genossensch. m. b. H., empfiehlt ihre vorzögl. Biere.

Markranstädter Brauerei liefert erstklassige Biere, bei Neumann & Co., Schönan Leipzig.

Nickau & Co., Gohlis

Spez.: Leipziger Kindl, Gose, Lichtenhainer.
J. Pottkämper, Butritsch, empfiehlt seine aus best. Malz u. Hopfen gobr. Biere.
C. Schubert, Porter- u. Flaschenbierhandlung, Südplatz 5.

F. A. Ulrich

Trinkt Biere von:
Gebr. Ulrich, Leipzig-Stötteritz.
Verleins-Bier-Brauerei zu Leipzig.
Dampfbrauerei Zwenkau A. G. Zwenkau.

Briketts, Kohlen

G. Behr Nachf., Oskar Schönduf, L.-Vo., Kirchstr. 100 (a. Viad.).
Dr. Berger, Stött., Hauptstr. 60.
Ernst Claus, Josephinenstr. 31.
O. Dorn, Neu-Mockau.
O. Freiberg, Co., Pfaffenstr. 19.
R. Freiberg, Kochstr. 13, Glöckau, Brk. 102 Tr. 74, 502 Tr. 72 Pf.
Ferd. Grabau, N., Tauchaer Str. 39.
Rob. Hahn, Tauchaer Str. 47.
G. Kirschbaum, G., Queckstr. 3.
R. Kretschmar, Co., Mück. Str. 8.
Leipziger Kohlenkontor Bill. Bezugsquelle f. Heizungsmat.

E. Morgenstern, Koch-Str. 25.

Bruno Paukert, Co., Peg. Str. 31.

R. Rodeberger, Schönef., Südstr. 11.

Hermann Matz & Co.

Ellenb. Bahnhof Tel. 10037
Nostitzstr. 16

Plagwitz Bahnhof Tel. 10036
Eliabeth-Allee 40.

Stötteritzer Bahnhof Tel. 13604
Stötteritzer Straße 111.

Alfr. Richter, Paunsdorf-Sommerf. L.-Thonberg

H. Schlichting, Reitzenh. Str. 18.

Carl Schneider Nachf., Eutr. Str. 20, Freiledebahnhof.

A. Schwarze, Anger, Mück. Str. 14.

B. Uhlig, Eutr., Delitzscher Str. 58.

F. Voigt Nachf., Go., Hall. Str. 31.

F. Wagner, Sell., Wurzner Str. 142.

Butterhandlungen

H. Burkhardt, Schö., Dimpfelstr. 11.

Großmann, Vo., Eisenbahnstr. 136.

L. Harikopf, Communiusstraße 8.

P. Kiehnert, Stö., Chr.-Weiß-Str. 11.

Butter-Kunze, Zeitzer Straße 51.

Hallische Str., Ecke Luisenstr.

O. Marx, Zweinaundorf Str. 6.

D. Müller, Schönef., Leipz. Str. 46.

J. H. Müller, Stötteritzer Str. 8 b.

F. Rieker, L., Aurelienstr. 40.

Sänger, Sternwartenstraße 34.

E. Steger Nachf., Grim-Steinw. 18.

Paul Steinhack, Torgauer Str. 13.

Kaufm. Traubenbutter!
D. G. Vogel, Go., Lindenth. Str. 17.

E. Werner, Schö., Dimpfelstr. 10.

A. Zieger, Kitzsch., Dieskaustr. 34.

Bürsten, Besen, Pinsel

S. Schneider, Vo., Konradstr. 40.

M. Seldel, Go., Lindenth. Str. 22.

Cacao, Schokolade

M. Bercht, Plgw., Zeehoer. Str. 30.

Alb. Gärtner, Eisenbahnstr. 128b.

Lindenaus Schokoladen-Haus

Otto Hertzsch, Lindenaus größt. Konfektieren-Spezialgeschäft. Hauptgesch.: L., Markt 8. Fil.: Gundf. Str. 2, Gutemuthstr. 10, Markt 2.

Franz Keilhold

Hospitalstraße 14, Täubchenweg 18.

Bekannt seit vielen Jahren durch seine vorzögl. Kakao-, Schokoladen und Mischungen.

Ida Lemnitz, Gröb., Hauptstr. 34

E. A. Martin Nachf., Wurzner Str. 37

Reichstraße 13.

Gust. Michael, Kohlgrabenstr. 65.

B. Reinecke, Kitzsch., Gieselerstr. 70.

J. Schäfer, an gr., en det., Kirchstr. 95

Spiele, Mugges Nachf., Kleinzsch., Dieskaustr. 2.

Spiele, Nuß- u. Speisechokolade, Kakao sind vorzüglich.

M. Thierbach, Karl-Heino-Str. 113

Verk. v. echt bayr. Mals a. München, 1/4 Pfd. 20 Pf.

Cigarrenhandlungen

Fürst Potemkin-Cigaretten.

Arbeiter-Genossensch.-Zigarre, zu hab. Tauchaer Str. 10/21

Franz Bauer, Täubchenweg 66.

G. Bauer, Co., Meusdorfer Str. 52.

A. Bihel, Ecke Kreuz- u. Lange Str. Ferd. Bleck, Wurzner Str. 10.

Max Boesch, Nürnberger Str. 60.

Rich. Büttner, Nürnberger Str. 4.

Alfr. Dietze, Co., Pegauer Str. 24.

O. Döhler, Gröb., Hauptstr. 41.

F. Eschke, Reudn., Rathausstr. 39.

Gebr. Felber, Zeit-Fabrik, Verk. d. eig. Detail-Gesch., Blücherstr. 21.

M. Goldfarb, Pl. F.-Aug-Str. 27 a. Bf.

A. Grünauer, L., Burgauenstr. 13.

Paul Grimm Nachf., Wintergärtenstr. 13.

B. Grotkau, Co., Bornaische Str. 36.

Jakob Held, Pl., Gieselerstr. 23.

Hermesdorf & Korges, Zeit. St. 34b.

C. Heyner, Bayr. Str., Ecke Sophienstr. H. Holtmann, Leutzsch, Hauptstr. 11

I. gute W. Jacob, Ecke Berl. Str. C. Such, Breite Straße 8.

M. Köhler, L., Gundorf Str. 23.

Otto Kolbe, Sött., Leipz. Str. 1.

R. Kompisch, Go., Lindenth. St. 28.

Rud. Kühn, L., Kanzlerstr. 40.

A. Lange, L., Lützner Str. 103.

Herm. Mennicke, Windmühlens-Str. 21.

V. Milantowski, L., Litz.-u. Dbg. St. E. Fritz Model, Dresdner Str. 49.

G. Morgner, Co., Waisenhausstr. 20.

Fritz Müller, Co., Pegauer Str. 45.

M. Mühlport, Windmühlens-straße 17.

M. Müller, L., Ecke Leutzsch. Str. W. Müller, Eul., Delitzsch. Str. 24.

Oskar Püßler, Eisenstr. 28.

M. Rothe, Tauchaer Straße 48.

Art. Rühl, Stött., Kreuzstr. 14.

H. Runkel, Pl., Mühlenstr. 15.

Otto Sello, Täubchenweg 25.

H. Sperber, Pl., Weißfelsstr. 21.

K. Uhlmann, Comeniusstr. 23 (a. R.).

P. Vogel, L., Karl-Heino-Str. 74.

G. Vogel, Schleußig, Jahnstr. 23.

Carl Wagner, Co., Pegauer Str. Alb. Weber, Pl., Weißfelsstr. 28.

H. Weber, L., Gutemuthstr. 39.

E. Wich, Volk., Kirchstr. 44/46.

M. Wislitzky, Vo., Ewaldstr. 16.

W. Wolf & Bichelbaum, Plauenische P. F. Wünschmann, Leu., Leibnizstr.

Damen-Konfektion

E. Breitenborn, Eisenbahnstr. 59/61.

J. Krug, Johannisplatz 1/2.

Johanna Lachmann

Vo., Kirchstr. 4, E. Wurzner Str.

Jupons Spitzen

Blusen Hüte

Kostümröcke Straußfedern

M. Richter

Damen-Konfekt., Kinder-Konfekt., Spez. Röcke, Blus. Plagwitz, Zeehoer. Straße.

Drogen, Farben

Adler-Drogerie, Zeitzer Str. 37b.

M. Adam Nachf., Eisenstr. 23.

Carola-Drogerie, L., Gund. Str. 38.

Carola-Drogerie, Riebeckstr. 30.

Curt Fritzsche, Mück., Wolfstr. 2.

E. Friedrich, Schönef., Leipz. Str. 2.

Andr. Haack, Nürnberger Str. 39.

Hartig, L., Odermann, Ecke Lütz. Str. 2.

Richard Heindl, Dufourstr. 24.

C. Heydenreich, St. Privatstr. 25.

L. O. Kaspar, Nachf. Pl., Zeeh. Str. 30.

Kurt Kihlhor, Stött., Eichstädtstr. 23.

Kurt Kunde, Stött., Kolonialw. 10% R.

K. Lampel, Co., Eck. Peg.-u. Basedst. A. Marek, Eisenbahnstr. 144.

Merkur-Drogerie, Lange Str. 32a.

Merkur-Drog., R., Dresdn. Str. 33.

Münster-Drog., U. Münsterstr. 20.

M. Naumann, Windmühlensstr. 46.

Ost-Drogerie, Sell., Eisenstr. 150.

F. A. Peter, N., Eck. Neust. u. Mariannenstr.

Reichs-Drog., Ranftsche Gasse 7.

Franz Saltenmacher, Mockau.

H. Schumann, L., Elisabethstr. 2.

G. Sell, Vo., Kirchstr. 43, Ecke Rabet.

M. Springer, N., L., Gundf. Str. 37.

Bernh. Stiehl Nachf., L., Markt.

Fr. Wittich Nachf., Windmühlstr. 19.

A. Wünsch, M., Hall.-Str., Könn.-Karola-Str.-Ecke.

O. Zöllisch, Christ.-Weiß-Str. 16.

Eisen- und Stahlwaren

E. Claus, Eutr., Wittenbg. Str. 34.

A. Forner, Leutzsch, Hauptstr. 12.

Feder Groß, Pl., Josefstr. 33.

H. O. Hartung, Pl., Mersob. Str. 28.

E. Heintze, Eisenbahnstr. 98.

Rob. Heyer, Wahr., Bahnhofstr. 33.

E. Hüscher, Schl., Körnerstr. 58b.

A. Hoppe nach, Zeehoerische Str. 82.

A. Kittler, Co., Lothringer Str. 50.

Karl Koch, Kitzsch., Hirzelstr. 12.

M. Lang & Bieger, Eisenbahnstr. 45.

Rich. Lauseh, Tauchaer Str. 9.

Julius Linke Nachf., Johannispl. 5.

Alwin Minkwitz, Eisenhändler, Stött., Hauptstr. 37, a. Rathaus.

M. Nitzsch, Kucheng.- u. Gabelbergerstr.-Ecke.

Gebr. Pils, Täubchenweg 70/72.

Alwin Richter,

Dresdner Straße 36

L.-Anger, Breite Straße 22.

Seldig Sautz, Nürnberger Str. 9.

Elbig & Busch, Reitzenh. Str. 1.

A. Seyffarth, Co., Bornaische Str. 17.

Paul Vogel, Anger, Schirmerstr. 1.

Lederausschn., Drogen, Farben.

A. Werner, Mück., Hallische Str. 12.

Färbereien, Wäschereien

Paul Müller, Weißfelsstr. 17.

Stö., Hauptstr. 57, Sophienstr. 6.

Hugo Luckner

Läden in allen Stadtteilen.

J. Lüders, Lindenau, Luppenstr. 4.

Eisenstraße 3, G. Samhammer, Barfußgasse 11.

Fahrräder, Nähmaschinen

W. Bauer, Ang., Zweinaundorf Str. 27.

G. Darnstädt, L., Aurelienstraße.

Ecke Mersob. Str. Domasch, Flörscherplatz 1b.

E. Eisenreich, Gautsch, Kob. St. 56.

O. F. Eule, Dorotheenplatz 1.

Fahrradhaus Frisch auf

Königsstr., Ecke Nürnberger Str.

Reparaturen aller Systeme.

W. Frenzel, Kaiserstr. 1 (Lütz. St.)

H. Gürtlich, Markranstädt, Leipz. St. Hamb. Spez.-Haus f. Fahrrad-Zubehö., Rep.-Werkst. Johannisp. 3.

O. Haubenreißer, Gröb., Mittelstr. 9

Emil Hesse, L., Gund. Str. 50.

Bravour-Räder

Klarer & Eckhardt

Eisenstraße 12.

Kluge & Uhlmann, Eisenstr. 98.

C. Kuhnert, Stö., Wasserturmstr. 24.

M. Kühn, L., Kulturstr. 1b.

A. Lindner, Zeeh., Lpz. Str. 164.

W. Patzschke, Oetzsch u. Gr. Städt.

P. Pohlenz, Bayerische Str. 7.

E. Saehne, L., Demmeringstr. 32.

J. Schmittmann, Kitzsch., Dieskaustr. 4.

H. Steinhardt, Kitzsch., Gieselerstr. 7.

L. Stolpp, Schleuß., Körnerstr. 78.

Walter Weber, Co., Bornaische Str. 9, Brühl 25.

Paul Weirauch, L., Lütz. Str. 49.

G. Winterstein, E., Wilhelmstr. 11.

Fischhandlungen

Tapeten, Linoleum, Wachs.
 Meyer & Hennig, Brühl 28.
 Tapeten zum Teil bis zur Hälfte
 Windmühlenstr. 10.
 Stürnemann-Krausche, Querstr. 1.
 Ad. Träger, Go., Lindenth. Str. 20

Teppiche, Gardinen
 Engel, Hainstraße 28, Portieren
 und Möbelstoffe.

Uhren, Goldwaren
 O. Blockhaus, Vo., Wurzner Str. 17.
 Borak, Konst., E. Kohlgartenstr.

Gg. Bruchmann, Lindenau,
 Lindenustr. 52.
 O. Geelhaar, Pl., Zschoch. Str. 52.
 R. Geppert, Pl., Zschoch. Str. 25.
 Herm. Grabe, Kurprinzstr. 15.
 P. Hagemann, Kohlgrabenstr. 52a.
 Otto Haedcke, N., Eisenbahnstr. 9.
 H. Hennings, Böhmlitz-Ehrenberg.
 Hilbert, Leutzsch, Hauptstr. 27.

M. Hille, Reichstraße 19.
 E. Holzmann, Königsplatz 4.
 Louis Keller, Kolonnenstr. 24.
 Rich. Köppe, Pl., Zschoch. Str. 55.
 A. Kresse, Dresdner Str. 62.

M. Kemski N., Abonnenten 15%
 Rabatt.Sämtliche
 Nürnberg-Str. 8. Waren sowie Re-
 paraturen ohne Preisaufschlag.
 C. Krüger, Oetzsch, Gautsch. Str. 12.
 G. Krüger, Hainstr. 10, Durchg. Rep.
 Otto Melnhard & Sohn, Kurprinzstr. 6.
 Eug. Müller, Windmühlenstr. 34.
 Rich. Müller, Windmühlenstr. 47.
 H. Neprasch, L., Josefstr. 35.
 Carl Quarch, Promenadenstr. 13.

Rauffuss, Trauringe
 fügenlose
 Reichstr., Ecke Schuhmacherg. 1.

Bernh. Richter, Co., Pegauer St. 19.
 G. Schöne, Paunsdorf, opt. Artikel.
 C. Schmlöder, Gerberstraße 64.
 Paul Schwaner, L., Gund. Str. 33.

Herm. Schwarz, L., Morseb. Str. 95.
 E. Sonntag, L., Kuhlstr. 1.
 Thilo Neff, L. Busse, Zeit. St. 1.
 Fritz Waack, Katharinenstr. 6.
 O. Wetzig, Thonb., Reitzenh. Str. 54.

Vereins-Artikel
 H. Lintzmeyer, Bayerische Str. 81.
 Rich. Lipinski, Elsterstr. 14.
 M. Tautz, Reichstr. 15, Kochs Hof.

Warenhäuser
 Adlers Warenhaus, Go., Aouß.
 Hallesche Str. 107.

Gebr. Joske, Windmühlen-
 straße 4/12.

**M. Joske & Co.,
 L.-Plagwitz**
 Kaufhaus Gust. Gärtner, Leutzsch.
 Marg. Marr, Großschocher.

Gustav Otto, Pl., Weidenf. Str. 30.

Wild und Geflügel
 O. Graf, Schleußig, Kärneritzstr. 60.
 K. Lippmann, Auß. Hall. Str. 58.
 E. Reicher Nachf., Reitzenh. Str. 3.

**Zoologische Handlungen
 und Vogelfutter**
 R. Backhoff, Sell., Wurzner Str. 70.
 E. Kiferstein, Neuschf., Kirchstr. 77.
 Bernh. Pohle, Roudn., Kreuzstr. 37.
 M. Schmelzer, Eisenbahnstr. 14.
 Joseph Steffens, Vo., Bergstr. 28.



Herren-Modenhaus Thilo Hühne

L.-Lindenau, Markt.

Durch Übernahme des Alleinvertriebs einer der ersten Fabriken Deutschlands für

Elegante Herren- u. Knaben-Bekleidung

ist es mir geboten

allererstklassige Konfektion

zu so enorm billigen Preisen zu verkaufen, welchen höchstens die Preise für getragene Kleidung gleichkommen.

Dabei übernehme vollste Garantie für gutes Tragen auch der billigsten Artikel.

Herren-Anzüge und -Paletots . . . von 11 bis 25 Mk.

Modellsachen von 27 bis 35 Mk.

Knaben-Anzüge von 2 1/2 Mk. an bis zur elegantesten Ausführung.

Abonnenten der Volkszeitung 10 Prozent Extra-Rabatt.

Klarner & Eckhardt's Fahrräder
 sind als reell und sehr preiswert weit bekannt.
 Fordern Sie bei Bedarf in
Fahrräder und Pneumatiks
 kostenlose Zusendung unseres
 reichhaltigen Hauptkataloges
 Bravour-Fahrrad- und Maschinenfabrik
 Klarner & Eckhardt, Leipzig, Eisenstr. 12.

Otto Meerguth, Mastochsen-Schlächtere
 Fabrik feiner
 Fleisch- und Wurstwaren
 Wigandstrasse 2 L.-Kleinzschocher Wigandstrasse 2
 empfiehlt Jeden Abend
 gekochten Schinken, gekochte Pökelrippchen u. Schwarzfleisch
Jeden Freitag und Sonnabend von 5 Uhr ab
Schinken in Brotteig sowie ff. warme Wurst
 Spezialität: ff. russisch. Salat, 1a. Jagdwurst u. Mortadella,
 ff. Thüringer Blut-, Leber-, Zungen- und Zervelatwurst sowie alle
 ff. Aufschnittwaren. Auf Wunsch auf Platten garniert zu denselben
 Preisen. 1958

Zahn-Atelier
 Fernspr. 9838. **B. Massloff** Königsstr. 4, 1.
Zahnziehen schmerzlos à 1 Mk.
 Spez. für Nervöse und Schwache sehr zu empfehlen.
 Sprechstunden: 9-7 Uhr, Sonntag 9-1 Uhr.
 Ueber mein schmerzloses Verfahren liegen viele Anerkennungs-
 schreiben im Atelier aus.
Bahn-Erfab sowie Plomben unter Garantie.

Was ist
Kavaller
 ?
Kavaller ist unbestritten die beste
 Lederputz-Creme der Welt.
 Färbt in der Nahe nicht ab, macht das Leder ge-
 schmeidig und wasserrecht. Gibt ohne
 Mühe sofort schicksten
 Hochglanz.

Raucher bevorzugen allgemein
TUMA
 Safy 2 S.
 Sivri 3 S.
 Cigaretten
 E.W.Z. Gegründet 1876
 Vertreter: O. Emmorling
 Leipzig, Moltkestrasse 48.

Wäsche- und Reste-Geschäft
August Rohr
 Leipzig, Windmühlenstr. 32, I.
 Kein Laden, 1. Etage in Ulrichs Brauerei.

Alle Arten Fabrikreste nach Gewicht
 in verschiedenen Posten:

| | |
|--------------------------------------|----------------------|
| Vitrage-Reste, weiss, creme und gold | à kg von Mk. 4.00 an |
| Frottier-Reste | " " " 4.00 " |
| Bettzeug-Reste, weiss | " " " 3.00 " |
| Barchent-Reste, weiss und bunt | " " " 3.00 " |
| Hemdentuch-Reste | " " " 3.00 " |
| Bettuch-Reste | " " " 3.00 " |
| Damast-Tischzeug-Reste | " " " 4.00 " |
| Servietten, Tisch- und Tafeltücher | " " " 5.00 " |
| bunte Tischdecken | " " " 4.00 " |
| prima Inlett in Resten und im Stück | " " " 4.00 " |
| buntes Bettzeug | à Meter 40 Pfg. |
| blau Schürzen-Indigo | " " " 50 " |
| Hemdentuch, prima Qualität | " " " 40 " |
| Hemdentuch mit Seidenglanz | " " " 52 " |
| Hemdentuch, Madapolam | " " " 56 " |

Ferner empfehle zu billigsten Preisen:
 Hochfeine Gardinen, Stores, Tüll- und Spachtelborten in grosser
 Auswahl, Hand-, Wisch- und Taschentücher, Betttücher, Bettdecken,
 Scheuer-, Staub- und Poliertücher, Schürzen- und Reifentuch-Leinen
 und noch vieles mehr.

Hochfeine Damast-, Satin- und Brokat-Bettbezüge, fertige Hemden,
 Nachjacken, Bekleider und Unterröcke eigener Anfertigung in bester
 Ausführung.

**Günstigste Gelegenheit für Bräute, Restaurants,
 Hotels, Friseure und für jeden Hausbedarf.**

Umtausch von Resten ist nicht gestattet.

Grosse Posten Strausfedern
 oobt afrikanischer
 verkaufe ich,
 um damit zu
 räumen, so-
 lange Vorrat
 reicht, sehr
 billig. Es
 folgen kurze
Federn
 30, 50, 75, 90,
 1 A, 35 cm
 I. 11 br. 1.50,
 30 cm I. x 13 cm br. 2.50
 40 cm I. x 14 cm br. 3.50
Köpfe A 2., 2.75, 3.75
 30 cm I. x 15 br. 4 A, 35 x 18 B. -
 40 cm x 20 cm br. 7. - A

Reiber Hutblumen
 kaufen Sie am billigsten bei
Oscar Jope Detail-Verkauf
 Markt, Rathaus.

J. Kindermann
 9 Salzglässchen 9
 Spezialgeschäft eleganter
**Herren-Kleider und
 Monatsgarderobe**
 Empfehle hochfeine Frühjahrs-
 paletots, Jackett, Rockanzüge,
 Bekleider zu soliden Preisen.
 Auch werden elegante Frack- und
 Gesellschaftsanzüge verflochten.

Schuhwaren
 kauft man in anerkannt guter
 Qualität zu billigen Preisen bei
Paul Berger, Kleinzschocher
 Glessnerstr. 82, Ecke Wigandstr.
 Reparaturen schnell und billig.

Schuhwarenhaus
Aug. Günther
 L.-Lindenau, Aurenstr. 38.
 Reparaturen schnell u. sauber

Goethe, Faust I. und II. Teil, in
 Liebhaber-Einbd. 1 Mk.
 Volksbuchh. Leipzig und Filialen.

Kriegsbriefe, Von Generalmajor
 Kretschman, Statt 5 Mk. nur 2 Mk.
 Volksbuchh. Leipzig und Filialen.

Bürgerliches Gesetzbuch
 30 Pfg.
 Volksbuchh. Leipzig u. d. Filialen.

Leipziger Kohlenkontor G. m. b. H.
 Katzbachstrasse 12 Fernruf 3522

empfehlen

| | | |
|-----------------------------|-------------------------------|----------------|
| SAALE Salon-Briketts | à Zentner 72 Pfg. frei Keller | Ring- frei. |
| bei 50 Zentner | à " 70 " " " | |
| Industrie-Briketts | à " 65 " " " | |

Grösste Heizkraft! Probieren und urteilen Sie dann selbst! Grösste Heizkraft!
 Wir geben zu diesem Zwecke Heizproben kostenlos von unserem Lagerplatze ab.
 Garantie für richtiges Gewicht.

Bestes Erfrischungsgetränk
Johannisbeerwein
 ganze Flasche nur 35 Pfg.
 10 Flaschen nur 3 Mk.
Weinhandlg. zur Traube
 Lindenau, Odermannstr. 2.

**Wiesbadener
 Volksbüchern**
 sind neu erschienen:
 Nr. 121 Deutsche Sagen
 und
 Nr. 122 von Gebr. Grimm
 Preis pro Bändchen 20 Pfg.
 und
 Nr. 123 Blut und Eisen
 von Max Eyth
 Preis 25 Pfg.
Volksbuchhandlung Leipzig
 Zauchaer Straße 19/21 und
 deren Filialen.

Schuhwaren-Haus
 und Reparaturwerkstoffe
Rich. Rumler, L.-Lindenau
 Josephstr. 43.

**Stets das 1000
 Neueste! Kaffeeservices** 2.75, 4.-,
 4.50, 5.-,
 6.-, 7.-, 8.-, 9.-, 10.-, 12.-
 bis 165.-

Schlegel, Porzellan
 Hainstr. 16/18.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 13. Mai.

Geschichtskalender. 13. Mai 1826: Der Forschungsreisende Hermann von Schlagintweit in München geboren. 1840: Hippolyte Daubert in Paris geboren. 1871: Daniel François Esprit Aubert in Paris gestorben. 1879: August Reinders in Breslau gestorben.

Sonnenaufgang: 4,10, Sonnenuntergang 7,48. Mondaufgang: 2,14 vorm., Monduntergang: 11,15 vorm.

Wetter-Prognose für Freitag, den 14. Mai:

Mäßige südliche Winde, zunächst wolkig, später aufhellend, warm, kein erheblicher Niederschlag.

Dr. Horneffer, der Apostel des Wirrwarrs.

Ungefähr 500 Personen waren gestern Abend im großen Saal des Zentraltheaters Zeugen, wie der Gründer der sogenannten Deutschen Kulturpartei, Herr Dr. Horneffer, einen politischen Irrgarten nebst Bezugs-Spiegelkabinett aufbaute und in dieser amüsanteren Schöpfung mit großem Eifer zwei geschlagene Stunden herumkies, ohne den Ausgang zu finden. Ihm steht keine Ariadne hilfreich zur Seite, die ihm ein Knäuel Faden in die Hände gedrückt hätte. Und wenn auch, Dr. Horneffer, dieser Virtuose des Wirrwarrs, hätte auch diesen Faden verfehlt und verwirrt, er wäre also trotzdem nicht so glücklich gewesen wie Theseus, dem der praktische Sinn der Ariadne aus dem Labyrinth herausgeholfen hat. Es war erheitern und gleichzeitig auch bemitleidenswert, zusehen und zuhören zu müssen, wie Herr Dr. Horneffer bei seinem zwecklosen Gang durch den von ihm errichteten religiösen und politischen Irrgarten, bald mit Prophetenmiene und Apostelpathos wider die greulichen Saalsprecher des Dogmas losdonnerte, und dann wieder im rührendsten und salbungsvollsten Tonfall eines Sonntagsnachmittagspredigers von dem Heil Hornefferischer Religion und politischer Phantasie erzählte. Zwischenhinein hatte er auch lichte Momente, die ihm beißende und sarkastische Worte über die Kirche und über den heutigen Zwangsstaat auf die Lippen drängten, der zu einem unwürdigen Heuchler- und Byzantinertum erstiebt. Im Grunde genommen ist es schade für den Mann, den die Mutter Natur mit den Gaben des Idealismus, des Fleißes und eines nicht gewöhnlichen Redner таланts ausgestattet hat. Jetzt fällt er nirgends einen Nagel aus. Am erfolgreich pädagogisch wirken zu können, hinderte ihn seine Lust am politischen Spintfrieren, für die Politik ist er verborben durch seine läppige Phantasie — und auch auf dem religiösen Kampfbahnen irrtümert er nur umher. Man sieht ihn eine Weile bedächtig dahinschreiten und hört einen interessanten Monolog über die Geistesheroen des klassischen Altertums, dann plötzlich packen ihn Nietzsche und Luther und gleich darauf: Hula, hula tänzelt und hüpfert er auf den weiten Gehäusen der Philosophie, der Religion und Politik herum, steigt in mäßige ideologische Höhen hinauf und singt von dort herab Hallelujalieder, die auf seine leichtgläubige Gemeinde und solche Menschen, denen denken immer eine unerträgliche Belästigung ist, tiefen Eindruck machen. Gestern Abend wollte er auch noch über die sächsischen Landtagswahlen reden und über die Zwidauer These; die Deutsche Kulturpartei soll ja angeblich auch eine politische Partei sein. Ueber die Landtagswahlen hörten wir kein Wort, und die Zwidauer These wurden eigentlich nur häufig genannt, keineswegs aber behandelt, denn Herr Dr. Horneffer führte ausschließlich seine Phantasie spazieren. Dabei streute er „Prophezeiworte“ über die Jugend-erziehung der Zukunft aus, z. B. so: „Der Jugend die ganze Kraft der Geschichte der Menschheit zugänglich zu machen, nicht nur die einer einzelnen Persönlichkeit, wie Jesus von Nazareth, das muß die Aufgabe der künftigen Jugend-erziehung sein. Die Heroen der Geschichte dürfen nur in ihrer geschichtlichen Beschränkung gezeigt und erfährt werden.“ Wenige Minuten später: „Ich halte es für ein großes Unglück, den Religionsunterricht aus der Schule zu bannen, das hieße gleichsam der Schule das Herz austreiben.“ Weiter: „Mit den Märchen muß der Jugendunterricht einsehen, ihnen sollen die Sagen und dann die großen Dichter folgen, wobei besonders die Tragödie zu berücksichtigen ist.“ Dr. Horneffer pries das Grimmsche Märchen vom Fischer und seiner Frau, das die Zufriedenheit lehre und den Einschlüpfungen Unzufriedenheit vorbeuge. Gegen den dogmatischen Formalismus setzte er scharfe Worte, denen auf dem Fuße eine begeisterte Lobrede für den Lutherischen Katechismus folgte. Solch ein moralisches Lehrbuch müsse auch für die Zukunft geschaffen werden. Das sei allerdings eine Arbeit für Generationen, bis wieder einmal ein Genie geboren werde, das das Werk dann vollende. Mit pathetischer Stimme hörten wir Herrn Dr. Horneffer sagen: „Die liberale Theologie ist unhaltbar, denn eine Umdeutung des Dogmas sei unmöglich.“ Und kurz darauf: „Fest ist es den Völkern an religiösem Gehalt, gehen sie zugrunde.“ Für einzelne, aber ja nicht für die Massen, will Herr Dr. Horneffer auch zugestehen, daß sie ohne religiöse Erziehung auskommen. Mit andern Worten: dem Volke muß die Religion erhalten bleiben. Es folgten Betrachtungen, die aus der Paarung Nietzsche-Horneffer entstanden sind und dann eine glänzende Perspektive, wenn ich einmal Kultusminister wäre, dann würde ich sofort die Bevölkerung fragen, wie sie sich zum dogmatischen Unterricht stellt. Sie würde ihn verwerfen und ich ihn sofort abschaffen. Ich würde dann sagen: „Hinaus mit ihm.“ Mit einer wehmütigen Betrachtung darüber, daß es noch nie einen genialen Kultusminister gegeben hat, wurde dieses Kapitel beendet. Der Mann, der die politisch geradezu strafbare Raiwittät besitzt, zu glauben, wenn er oder ein anderes „Genie“ Kultusminister wäre, könnte mit dem Dogma in der Schule gebrochen werden, der Mann, der die Geschichte durch einzelne Personen machen läßt, der keine Ahnung vom Wesen des Staates, der Gesellschaft und von

all den Faktoren hat, die über den Einzelnen hinaus mit zermalmender Wucht und Kraft entscheiden, will die „versumpften politischen Zustände“ beseitigen und eine „herrliche Zukunft“ schaffen. Herr Dr. Horneffer trumpfte zum Schluß nicht wenig auf. Die Kulturpartei werde es den alten Parteien nicht leicht machen und große Bedingungen stellen. „Tiefste Treue oder unendlicher Haß habe die Kulturpartei zu bieten. Die anderen mögen nun wählen.“ Er (Horneffer) lasse sich nicht einfangen wie Naumann, der jetzt an der Parteikette des Liberalismus schmauchte und verdorre. Ueberhaupt der Liberalismus, der sei versumpft, denn er wage es nicht, mit den religiösen Ueberlieferungen zu brechen. „Ich habe mit vielen liberalen Führern gesprochen und alle haben mir gesagt: Um Gottes Willen, bleiben Sie uns mit religiösen Fragen fern! Daran rütteln wir nicht.“ Diesem Spott über den Liberalismus ließ Dr. Horneffer sofort die Erklärung folgen: „Mein Ideal ist: das staatlche und das religiöse Leben miteinander auszusöhnen.“ Diese Konfession beherrschte den ganzen Vortrag, dem eine würdige Diskussion folgte. Ein Lehrer stellte gravitatisch auf dem Gebiet der Jugend-erziehung her, irgend ein junger Mann legte coram publico ein dogmatisches Glaubensbekenntnis ab und ein dritter Redner, der sich ausdrücklich als Christ bekannte, schloß seine Rede mit dem frommen Wunsch, alle Pfaffen müssen mit Besch und Schwefel gebraten werden. Ein Schlusswort Dr. Horneffers und die gestreichte, zielklare und ungemein erhebende Tagung der Deutschen Kulturpartei hatte ihr Ende erreicht. Und nun erzittert ihr Parteien: Hornosfer ante portas! Jörgl.

Im Stadtverordnetensaale

gab es gestern nichts zu erzählen, was von weittragender Bedeutung gewesen wäre. Der ärztliche Bezirksverein suchte durch ein Schreiben seines Vorsitzenden den Ton zu recht fertigen, der kürzlich in einer Eingabe des Vereins angeklagt und in der Stadtverordnetenversammlung scharf kritisiert worden war. Auch mit ihrem Beschließungsschreiben hatten die Ärzte kein Glück. In der Sache selbst wurde damit gar nichts geändert, meinte der Stadtverordnetenvorsteher unter mehrfacher Zustimmung aus dem Kollegium. In Zukunft soll der M e d i c a l y zu gewissen Zeiten und vorläufig noch verhältnismäßig zu Spiel- und sportlichen Veranstaltungen freigegeben werden. Bei der Beratung des Ausschusses über diese Angelegenheit war auch verlangt worden, daß der Platz aller Vereine zugänglich gemacht werde und in einer dahingehenden Referats-berichterstattung gestern dem Rat die Berücksichtigung dieses Wunsches nahegelegt worden. Daß die Sozialdemokraten bei der Annahme von Vorschlägen den Ausschlag geben, ist eine häufige Erscheinung im Leipziger Stadtverordnetenrat. Weniger häufig tritt der Fall ein, daß sie ganz allein für eine Ratsoor-derung eintreten, während die bürgerlichen Vertreter sich geschlossen dagegen erklären. Ein solcher Fall lag gestern wieder vor. Es handelte sich um nicht weniger als 28 704 M. für die Schleusen und für Reinigung der Schleusenwässer, die man dem Rat zum zweitenmal vorlegen wollte. Die Sozialdemokraten meinten, daß hier wieder einmal ein fallischer Enge gespart werden solle und stimmten für den Nichtantrag. Ebenso geschlossen stimmten aber die bürgerlichen dagegen und der Rat, der frei-lich nicht das geringste zur Verteidigung seines Antrags tat, wird sich nun wohl aber über mit diesem abermaligen Mißgeschick abfinden müssen. Schließlich kam es noch zu einer glänzenden Debatte über einen von dem Mittelständler Reinhardt gestellten Antrag, den Gehobenen ein Mindesteinkommen von der Stadt zu garantieren. Der Rat hatte den Antrag abgelehnt, die Gehobenen gegen Gehalt anzustellen. Nun versuchten die Mittel-ständler erst mit dem Rat, ihre halbgehaltete ver-schrobene Politik zu treiben. Bei der Abstimmung über den An-trag ließen sie ihren Führer Reinhardt jedoch im Stich, indem sie gegen den Antrag stimmten; dafür rückten merkwürdiger-weise sechs Genossen von uns in die Front und stimmten mit — Reinhardt und Bunsel für den Antrag.

Dann folgte die Berichterstattung über die Hauptre-derung der Stadt Leipzig auf das Jahr 1907 sowie über eine Anzahl städtischer Betriebe und Einrichtungen. Da aber nichts Wesentliches gegen die Abrechnungen vorgebracht war, so wurde hierauf auf jede Diskussion verzichtet. Einigermaßen von Bedeutung war eigentlich nur der letzte Punkt der Tages-ordnung, der eine Ratsoorlogie betraf, derzufolge wieder einmal wesentliche Maßnahmen in der Verwaltung in den städti-schen Gasanstalt vorgenommen werden sollen. Aber wie in der Regel, wenn es sich um Forderungen für die An-stalten handelt, selbst wenn damit, wie auch im vorliegenden Falle, ganz beträchtliche Kosten verbunden sind, so war auch diesmal nirgends der Wunsch oder das Bedürfnis zu einer An-sprache vorhanden.

(Verhandlungsbericht folgt in nächster Nummer.)

„Den Unfuss mühte man eigentlich auf eine Kuhhaut nähren.“ Die Leipziger Abendblätter, die sich in ihrem Bestreben, es dem Leipziger Abendblatt an Sensations-mache gleichzutun, wie ein abnormer Disputanter ge-bildet, hat sich immer darin gefaßt, die Leipziger Volks-zeitung anzugreifen in der Hoffnung, von sich reden und sich interessant zu machen. Wir haben diese postterlichen Sprünge dieser komischen Antipse belacht, aber uns da-by nicht verletzen lassen, dem Blatte mit den ver-schiedensten Meinungen zu dem gewünschten Reklame-bedürfnis zu verhelfen. An einem Beispiele sei aber denn doch die Wechsellagerpolitik dieses Mächtigen-Weltblatts illustriert. Die Leipziger Volkszeitung hat vor einigen Tagen mitgeteilt, daß die Freisinnigen in Dresden mit den Nationalliberalen, den glühenden Anhängern des Pluralitätensystems, einen Pakt für die Landtagswahlen ab-zuschließen streben. Es wurde aus dieser freisinnigen Kompromißhehnsucht gefolgert, daß die freisinnige Freund-schaft für das allgemeine Wahlrecht schwindel sei. Das Abendblatt, das während der ganzen Wahlrechts-bewegung über die nationalliberale Charakterlosigkeit ge-gert hat, weiß nun auf unsre Darstellung weiter nichts zu sagen, als daß der Pakt nicht nur von den Freisinnigen, sondern auch von den Nationalliberalen herbeigesehnt werde. Damit gibt das Abendblatt zu, daß es gegen-über den Nationalliberalen eine völlige Schwenkung vor-genommen hat. Hätten wir es nun im Abendblatt mit einem politischen Blatte zu tun, so würden wir sagen, daß diese Schwenkung eine Leistung sei, die ein Charakterlo-sigkeit sich mit jeder Leistung der Nationalliberalen messen könne. Das hieße aber den Knirpsen im Abendblatt eine Bedeutung beimessen, die ihnen nicht zukommt. Wir fassen deshalb den Erguß des Abendblattes nur als eine humoristische Leistung auf, als Unfuss, der in der Tat auf eine Kuhhaut genährt werden sollte. Sucht doch selbst

die freisinnige Zittauer Morgenzeitung den unange-nehmen Eindruck, den die Werbung von der Kompromiß-lust der Dresdner Freisinnigen in freisinnigen Kreisen gemacht hat, abzuschwächen durch die Ausrede, daß es sich nur um eine unverbindliche Aussprache gehandelt habe und die endgültige Entscheidung beim freisinnigen Landes-parteitage liege. Im Gehäuse der Abendzeitung hat man natürlich keine Empfindung für die Komik der Situation, die diese Aush-Volltiter aus ihrem Geiste geboren haben.

Nahrungsmittelkämpfung. Die Fabrikanten Kochmann und Mitsche in Berlin haben nach Leipzig mit Vorläufe ver-kehrt und mit Teerfarbstoff gefärbten Bierkognat verkauft und sich dadurch des Vergehens gegen § 10 des Nahrungsmittelgesetzes schuldig gemacht. Kochmann ist bereits wegen desselben Ver-kehrs in Berlin verurteilt worden, weshalb gegen ihn das Verfahren eingestellt wurde. Er gab an, daß er, seitdem ihm bekannt ge-worden, daß das Verlegen mit Vorläufe verboten sei, stets borsaurefreies Eigelb verwendet habe. Es sei ihm ein Rätsel, wie die Vorläufe da hineingekommen sei, da er es im Geschäft nicht verboten habe. Uebrigens habe sich Eigelb nicht, wenn es nicht mit Vorläufe verlegt werde. Den Teerfarbstoff setze er lediglich hinzu, damit die Farbe des Fabrikats sich erhalte. Auch der andere Angeklagte, Mitsche, will schuldig daran sein, daß Vorläufe in seinem Bierkognat gefunden worden sei. Er habe der Firma, von der er Eigelb beziehe, vorgegeschrieben, bor-saurefreie Ware zu liefern. Gefärbt hat er den Kognat, weil das Rezept des Erfinders so lautet. Das Verfahren gegen den ersten Angeklagten mußte, wie bereits erwähnt, eingestellt werden; der andere jedoch, Mitsche, wurde vom Schöffengericht zu 50 M. Geldstrafe verurteilt.

ha. Bewegung der Bevölkerung in den größten deutschen Städten. Die Bewegung der Bevölkerung in den größten deutschen Städten brachte in der Woche vom 25. April bis 1. Mai folgende Ergebnisse. In Berlin starben an Tuberkulose 121, Krankheiten der Atmungsorgane 88, Magen- und Darm-krankheiten sowie Brechdurchfall 57, Scharlach 10, Masern und Mädeln 9, Kindbettfieber sowie Diphtherie und Krupp je 8, Keuchhusten 2, gewaltsam 16, sonst 829, im ganzen 692, darunter 151 unter 1 Jahr alt. In Hamburg starben an Atmungs-krankheiten 36, Tuberkulose 22, Magen- und Darmkrankheiten 13, Scharlach 11, Keuchhusten 4, Diphtherie und Krupp 2, Typhus 17, gewaltig 16, sonst 132, zusammen 247, darunter 48 Säuglinge; in Dresden an Tuberkulose 24, Magenkrankheiten 14, Atmungs-krankheiten 12, Masern und Mädeln 2, Kindbettfieber sowie Diphtherie und Krupp je 1, gewaltsam 5, sonst 77, im ganzen 106, davon 24 unter 1 Jahr; in Leipzig an Atmungsorganen 21, Tuberkulose 19, Magenkrankheiten 18, alles Säuglinge, Kindbettfieber, Scharlach sowie Masern und Mädeln je 2, Diphtherie und Krupp 1, gewaltsam 8, alle übrigen 77, ins-gesamt 146, darunter 27 Säuglinge; in Breslau an Tuberkulose 53, Magen- und Darmkrankheiten 27, Atmungsorganen 25, Kind-bettfieber, Masern und Mädeln sowie Diphtherie und Krupp je 1, gewaltsam 10, sonst 107, insgesamt 200, darunter 74 Säuglinge; in Köln an Tuberkulose sowie Atmungsorganen je 22, Magen- und Darmkrankheiten 14 Säuglinge, Scharlach 5, Keuch-husten 8, Diphtherie und Krupp 2, Kindbettfieber 1, gewaltsam 4, sonst 86, im ganzen 168, darunter 51 unter 1 Jahr; in Frank-furt a. M. an Atmungsorganen 19, Tuberkulose 18, Magen-krankheiten 9, Scharlach 2, Masern und Mädeln sowie Keuch-husten je 1, gewaltsam 4, sonst 46, insgesamt 100.

ha. Sterblichkeit in den Großstädten. Die Sterblichkeit betrug in der Woche vom 25. April bis 1. Mai auf 1000 Ein-wohner und auf Jahr berechnet von den Städten mit mindestens 70 000 Einwohnern in Kachen, 17,9, Altona 14,7, Hagenburg 21,0, Barmen 19,0, Berlin 15,6, Bielefeld 14,0, Bochum 18,0, Bonn 19,7, Braunschweig 17,5, Bremen 14,0, Breslau, 21,2, Cassel 10,1, Charlottenburg 10,6, Chemnitz 18,8, Ebn 17,5, Erfeld 10,0, Danzig 20,4, Darmstadt 18,9, Dortmund 15,8, Dresden 12,9, Deutsch-Wilmersdorf 9,0, Duisburg 21,0, Düsseldorf 12,9, Elber-feld 11,5, Erfurt 13,0, Essen 22,2, Frankfurt a. M. 14,8, Frei-burg i. B. 23,4, Gelsenkirchen 10,8, Götting 21,8, Jagen 12,8, Halle a. S. 18,5, Hannover 21,9, Hamburg 14,0, Hannover 18,5, Karlsruhe 15,1, Kiel 18,9, Königsberg i. Pr. 20,0, Königs-hütte 10,0, Leipzig 14,1, Linden 19,4, Lübeck 17,5, Ludwigshafen 22,8, Magdeburg 17,0, Mainz 18,5, Mei 17,4, Mühlhausen i. E. 22,8, Mülheim a. d. R. 10,6, München 19,7, Münster 13,0, Nürnberg 19,9, Offenbach 20,7, Pflauen i. B. 10,1, Posen 21,0, Riga 11,7, Schöneberg 9,0, Spandau 19,0, Steint 17,8, Straßburg i. E. 18,8, Stuttgart 15,0, Wiesbaden 23,3, Wirtz-burg 20,5, Zabrze 14,0, Zwickau 10,0.

Zum Morde an der Modistin Konrad. Dem Unter-suchungsrichter in der Großsteinberger Mordsache liegt daran, Zeugen über einen Vorgang zu finden, der sich gegen 9 Uhr, im Restaurant zum Paradies, Grenzstraße, zugetragen hat. Dort war ein Mann mit einer Zede durchgegangen und war von einem Gast und einem Kraben verfolgt worden. Er hatte sich als Pferdeshändler Wolf ausgegeben und erzählt, daß er im Dresdner Hof in Sellenhausen verkehre. Diejenigen, die über diesen Vorgang etwas wissen, wollen sich schriftlich beim Unter-suchungsrichter oder beim Polizeiamt melden.

Einen Selbstmordversuch machte in der Zweinaundorfer Straße eine 24 Jahre alte Arbeiterin aus Breslau, indem sie ein Quantum Chloroform genoh. Die Arbeiterin wurde als-bald in das Krankenhaus gebracht. Sie befindet sich bereits wieder außer Lebensgefahr. Der Beweggrund zu ihrer Tat war Liebeskummer.

Mit Petroleum schwer verbrannt hat sich vergangens Nacht der in der Wintergartenstraße wohnende 70jährige Dienstmann Nikus. Der alte Mann ist mit einer brennenden Lampe in der Hand gefallen, wobei die Lampe zerbrochen und die Kleidung des Greises in Brand geraten ist. Der Unglückliche hat am ganzen Körper Brandwunden davongetragen. Er wurde ins Kranken-haus gebracht.

Unfälle auf der Straße. Am Augustusplatz wurde gestern Abend eine 58 Jahre alte Pugnacherin aus der Bogislavstraße von einem Radfahrer umgerissen, wobei sie den rechten Unter-arm gebrochen hat. Der Name des Radfahrers ist festgestellt worden.

Ferner wurde gestern nachmittag am Dorotheenplatz ein 17jähriger Marktbeser von einer Kraftschleife umgerissen und an den Beinen verletzt. Da der Kraftschleifenführer zu schnell gefahren war, ist er angezeigt worden.

Vom Gerüst gestürzt. Bei dem Umbau der Georgenhalle fiel gestern ein 57 Jahre alter Maurer von einem über drei Meter hohen Gerüst herunter und erlitt einen Bruch des Hals-berns sowie eine Handverletzung. Der verunglückte Mann wurde in das Krankenhaus gebracht.

Ein Hochstapler befindet sich in Breslau in Haft. Doch konnte seine Persönlichkeit noch nicht festgestellt werden. Im Herbst vorigen Jahres hat er als angeblicher Arzt Dr. Samo-linski aus Wisa eine Dame, der er die Ehe versprochen, um 1000 Mark geschädigt. In der Zeitung hat er sich Ingler und Ober-nicht, auch Joseph Kasimir Trojanowski genannt. Festgestellt ist, daß er sich auch in Paris aufgehalten hat. Der Festgenommene bezweigt beharrlich, seinen richtigen Namen zu nennen, ebenso

widersteht er sich beim Messen und Photographieren. Es liegt aber ein Bild von ihm bei der hiesigen Kriminalpolizei aus. Der Unbekannte ist 35 bis 38 Jahre alt, mittelgroß, hat blondes Haar und blonden Schnurrbart.

Vertrauenswandler. Ein 26 Jahre alter Maler aus Schmiedeberg knüpfte, obwohl er verheiratet ist, mit einem Dienstmädchen ein Verhältnis an und bewog das Mädchen zur Herabgabe ihrer ganzen Ersparnisse. Auch veranlaßte er die Bedauernswerte dazu, ihre Stelle aufzugeben und ihre Sachen bei ihm einzustellen, „da die Hochzeit demnächst stattfinden sollte“. Der Schwindler hat aber die ganzen Sachen verkauft. Jetzt wurde er verhaftet.

Von Rubenhand wurden 12 Fensterscheiben eines Hauses der Raubstädter Straße mit Steinen eingeworfen. Die Täter sind noch nicht ermittelt.

Feuer wurde gestern mittag aus den Gärten an der Gasanstalt in L.-Connewitz gemeldet. Durch das Ueberlaufen eines Feergefäßes waren zwei Gartenlauben in Brand geraten und dem Feuer zum Opfer gefallen.

Diebstähle. Gestohlen wurden nachts aus einem Schaufenster in der Ostvorstadt eine Anzahl Kinderstrümpfe und Portemonnaies. Mit Hilfe von Nachschlüsselern entwandten Diebe aus einer Wohnung der Theresienstraße eine goldene Damen-Memorialuhr Nr. 130195 und eine goldene Herrenuhrreihe und aus einer Wohnung der Biedermannstraße eine goldene Halskette, ein silbernes Kettenarmband, mehrere goldene Ringe, davon einer W. V. graviert, einen Geldbeutel und 1 Dugend weiße Herren-Varienthemden. In dem letzten Falle war der Dieb beobachtet worden. Er wird beschlagnahmt: etwa 30 Jahre alt, mit länglichem, blassem Gesicht, rotblondem Schnurrbart, bekleidet mit braunem Jackettanzug und grünlichem, weichem Hut.

Haus der Umgebung.

Paunsdorf. Der fällig gewesene 1. Termin der Staatseinkommen- und Ergänzungssteuer sowie der Gemeindeabgaben für das laufende Jahr ist spätestens bis zum 21. Mai d. J. zur Vermeidung des Mahn- bzw. Zwangsbeitragsverfahrens an die Ortssteuerbehörde zu bezahlen.

Lieberwolwitz. Wegen vorzunehmender Reinigung bleiben die Expeditionen des Gemeindeamtes, des Standesamtes und der Sparkasse Sonnabend, den 15. Mai d. J., geschlossen. Dringliche Standesamtsfälle werden vormittags von 9 bis um 9 Uhr erledigt.

Lieberwolwitz. Die Gemeinsame Ortskrankenkasse für Lieberwolwitz macht bekannt, daß die Expedition wegen vorzunehmender Reinigung Sonnabend, den 15. Mai d. J., geschlossen ist. Die Krankengeldauszahlung erfolgt Freitag, den 14. Mai d. J., vormittags von 8 bis um 12^{1/2} Uhr mittags.

Stätteritz. Ueberfahren. An der Arnoldstraße lief das 3 Jahre alte Töchterchen des Stukkateurs Jeller aus der Ferdinand-Post-Straße gegen einen in der Fahrt begriffenen Straßenbahnwagen, wobei es überfahren wurde und einen komplizierten Bruch des rechten Armes davontrug. Das Kind mußte in das Leipziger Stadtkrankenhaus gebracht werden.

Gaußh. Einen eigenartigen Unfall erlitt ein in der Ritterstraße wohnender 30 Jahre alter Fleischer. Der Mann stach sich bei dem Versuch, mit einem Messer an dem am Fuße befindlichen Schuh ein Stiel-Loch abzulösen, versehentlich in den Fuß und durchschnitt sich dabei eine Hauptader. Nach Anlegung eines Notverbandes wurde der Verletzte in das Leipziger Stadtkrankenhaus übergeführt.

Jwentau. Bescheidene Leute. Daß es die besitzende Klasse seit jeher verstanden hat, sich nicht nur politische Vorrechte anzumäßen, sondern auch materiell ihre Pfeifen zu schneiden, ist allgemein bekannt. Die Insprache, welche eine Anzahl hiesiger Grundstücksbesitzer an die Stadtgemeinde, stellen, gehen, beim doch über das Maß des Zulässigen hinaus. Um ihre Feldgrund-

stücke auf dem Gelände zwischen dem Deubener Weg, der Koberger Staatsstraße und der Gieswitzer Straße im Preise gehörig steigern zu können, haben sie einen Bebauungsplan für dieses Areal ausarbeiten lassen. Die Kosten dafür soll natürlich die Stadtkasse aufbringen. Auch soll die Stadt die behördliche Genehmigung des Bebauungsplans erteilen. Ist die Genehmigung dann erteilt, würde ja unbestreitbar eine schöne Villenkolonie am Hartlande entstehen, das heißt, wenn sich Bauwüthige finden. Damit rechnen eben die Interessenten, und sie meinen, das von der Allgemeinheit unter der Bezeichnung Steuern aufgebrauchte Geld sei gerade gut genug, ihre Spekulationsgellüste fördern zu helfen. Ein Haupthindernis, das die schönsten Hoffnungen auslöschend macht, bildet die mitten im Gelände stehende Abdeckerlei. Daß der Standort der Kavillerie nicht der beste ist, sei zugegeben, und es wird ja allgemein gesagt, wenn sie ihre „Düfte“ in der Runde verbreitet und bei entsprechender Windrichtung sogar die Luft der Gasse „veredelt“. Die Beseitigung der Kavillerie muß erfolgen, wenn der schon berechnete Plan der Grundstücksbesitzer verwirklicht werden soll. Das kostet natürlich Geld. Daß sich der Kavillerie die Situation zunutze macht und seinen „Betrieb“ im Werke steigert, ist von seinem Standpunkt betrachtet, begreiflich. Nun ist Geldausgaben immer eine schwache Seite der besitzenden Klasse gewesen, und so wandten sich die Interessenten in ihrer Bescheidenheit an den Stadtgemeinderat mit dem Ansuchen, er möge 5000 Mk. zur 15 000 Mk. betragenden Kaufsumme der Kavillerie beitragen. Das ist doch sehr bescheiden! Vorläufig haben die Stadtverordneten die Uebernahme des Bebauungsplans abgelehnt. Ist der Plan einmal übernommen und genehmigt und eine Villa am Hartlande entstanden, dann erhält der Ruf nach Begehung, Beschleunigung, Wasserleitung und Beleuchtung. Sollen dann die Villenbesitzer oder Bewohner zur Steuer herangezogen werden, dann wird kein Mittel unvernutzt gelassen, die Verteilung von der Steuer herbeizuführen, wie das Verwaltungsstreitverfahren der Forenser kürzlich bewiesen hat. Für die Stadt und die Steuerzahler springt aus der ganzen Sache kein Nutzen heraus; eher das Gegenteil ist der Fall. Die Stadt hat den Plan zwischen der Eisenbahnstraße und dem Deubener Weg zur Bebauung erschlossen und zum Teil auch schon Straßen mit Beschleunigung und Wasserleitung gebaut, was ganz ansehnliche Summen erfordert hat. An Hauptplätzen fehlt es wahrlich nicht. Wollen die „Notleidenden“ — um solche handelt es sich hauptsächlich — ihren Grund und Boden im Werte steigern, dann müssen sie gesellig in ihren eigenen Beutel greifen und den Stadtkädel verschönern. Nicht hygienische Motive veranlassen sie zur Befreiung der Abdeckerlei, sondern einzig und allein ihre Profitgier.

Nach ein Fall. Der Stadtautobesitzer Hofmann, früherer Stadtverordneter und Wahlrechtsverbesserer, besitzt in der Nähe der Pulvermühle eine Wiese, die er vermutlich zum Auslaufen an eine Ziegenlei verkaufen will. Wahrscheinlich sieht das Fehlen eines geeigneten Wirtschaftswegs zum Abfahren des Lehm nach der Kiecklei den Handel nicht perfekt werden. Da muß die Stadtkasse herhalten. Kurz entschlossen wurde ein Versuch, in dem die Anlage eines Wegs hinter den Pulvermühlengarten verlangt wird, an den Stadtgemeinderat eingereicht. Zu wiederholtem Male verhandelte die Stadtverordneten am 5. Mai über diesen Antrag und lehnten das Ansuchen ab. Nur der Stadtv. Voigt fühlte sich veranlaßt, dafür zu stimmen. Im Interesse der Stadtgemeinde hat er damit keineswegs gehandelt. Als vor einigen Wochen der Antrag zur Unterstützung Arbeitsloser im Stadtgemeinderat zur Verhandlung stand, hielten die Stadtverordneten bürgerlichen Schlags die Hände fest auf den Stadtkädel. Offenlich tun sie es auch, wenn die oben besprochenen Anträge abermals beraten werden. Hier ist es angebracht, Bescheidenheit ist eine Tugend, doch weiter kommt man ohne ihr. Diesen Wahlanspruch der Besitzenden sollten sich die Besitzlosen zu eigen machen, dann wären sie in vielem besser gestellt.

Möckern. Unfall. Beim Fortbewegen eines Lastwagens kam an der Thielestraße ein 31 Jahre alter Geschäftsführer zu

Falle und brach den rechten Fußknöchel. Der Verunglückte wurde in das Leipziger Krankenhaus aufgenommen.

Aus der Partei.

Zum Parteitag in Leipzig. Als Berichterstatter über die parlamentarische Tätigkeit an den nächsten Parteitag ist von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Genosse Ledebour bestimmt worden.

In der Debatte über den Waisenfonds in der Brandenburger Parteiversammlung haben die wegen Bruchs der Parteidisziplin getadelten Buchdrucker des Parteigeschäfts, wie unbedeutend mitgeteilt wird, nur event. sich bereit erklärt, den Tagesverdienst am 1. Mai an den Waisenfonds abzuführen. Hätten sie diese Erklärung in bindender Form abgegeben, so wäre der Beschluß, der ihnen die Fähigkeit zur Bekleidung von Parteiämtern abspricht, wahrscheinlich unterblieben. Es wurde aber von dem Vorsitzenden der Genossen, die sich dem Parteitagsbeschlusse nicht fügen wollten, ausdrücklich gesagt, daß sie durch ihr Verhalten eine prinzipielle Entscheidung über die Streitfrage herbeizuführen wollten.

Zum Kapitel Staatsbürgerliche Gleichberechtigung im Reichstaate. In Gorkau in Schlesien wurde vor kurzem der Genosse Schneider von der Gemeindevertretung zum Waisenfonds gewählt. Er erhielt bald darauf vom Landrat die Mitteilung, daß seine Wahl für ungültig erklärt werde, weil er Sozialdemokrat sei. Es wurde eine Neuwahl vorgenommen, wobei Schneider abermals gewählt wurde. Die Bestätigung wird natürlich auch jetzt wieder verweigert werden, damit keinem preussischen Staatsbürger ein Zweifel darüber entstehen kann, daß er in einem Staate lebt, in dem gleiche Pflichten auch gleiche Rechte bedingen.

Von Nah und Fern.

Spandau, 18. Mai. Unter dem Verdacht der Erkrankung an Genickstarre sind gestern 10 Mann der 5. Kompanie des Garde-Fußartillerie-Regiments in das Garnisonlazarett eingeliefert worden.

Würzburg, 18. Mai. In Randesacker ist der 19 Jahre alte Lehrer Konrad Weipolt gestorben, welcher gestern unter dem Verdacht der Genickstarre ins Krankenhaus gebracht wurde.

Schneidemühl, 18. Mai. Im hiesigen Kesselfee wurde die Leiche eines etwa 35jährigen Arbeiters gefunden. Die Leiche hat mehrere Messerstiche und kann erst einige Tage im Wasser gelegen haben. Augenscheinlich handelt es sich um Mord.

Freiburg (Baden), 18. Mai. Die mechanische Weberei in Zell, eines der größten Industriewerke Badens, ist durch Feuer fast gänzlich zerstört worden. Das Werk beschäftigt gegen 500 Arbeiter.

Hamburg, 18. Mai. Nach dem Spruch des Seemaths hat Kapitän Rohde die am 2. April an der Südspitze Italiens erfolgte Strandung der Lusitania durch Unvorsichtigkeit verschuldet.

Bremen, 18. Mai. Der Kommiss einer Getreidefirma erschwindelte durch Scheckfälschung 20 000 Mk. und ist flüchtig.

Albany, 12. Mai. In einem hiesigen Steinbruch fand eine Dynamitexplosion statt, wobei 25 Personen umgekommen sind.

Hamburg, 18. Mai. Von einer verheerenden Feuersbrunst ist die Drischast Halesboster im Landkreis Harburg heimgesucht worden. Dort entstand nachts auf bisher unaufgeklärte Weise Feuer, welches so schnell um sich griff, daß mehrere Gehöfte mit sämtlichen Nebengebäuden in kurzer Zeit ein Raub der Flammen wurden. Viel Vieh verbrannte. Eine Frau und ein Kind erlitten schwere Brandwunden. Der Schaden ist groß.

Stadt Hannover Seeburgstr. 25/27

Empfehle meine freundl. Lokalitäten, Gesellschaftszimmer u. Saal zur Abhaltung von Versammlungen u. Festlichkeiten jeder Art. Klein-Großstücker Bier, Schweinefleisch, Spektuchen, Fremdenzimmer zu kleinen Preisen. [1247] Ergebenst Emil Wierloch.

Max Haufe's Gast- und Logierhaus

43 Seeburgstrasse 43 *
Empfehle meine freundl. Lokalitäten, Gutesaub. Uebernacht. ff. Biere. Kräftigen Mittagstisch. Verkehrslokal der Tischler. Achtungsvoll D.O.

Zur Quetsche

Frankfurter Str. 27. Empfehle meine freundl. Lokalitäten mit Gesellschaftszimmer. Kräftiger Mittagstisch 40 Pf. Gutgepf. Biere. Hochachtungsvoll Otto Boost.

Restaurant zur Kaiserburg, Lindenau.

Freitag, Großes Nacht-Schlachtfest verb. mit musikalischer Unterhaltung.
14. Mai
Dazu ladet ganz ergebenst ein [8832] M. Böhlig.

Restaurations-Übernahme.

Allen Freunden, Bekannten und Nachbarn hierdurch zur gefl. Nachricht, daß wir das

Restaurant Gambrinus

L-Lindenau, Odormannstrasse 12
übernommen und einer vollständigen Renovation unterzogen haben. Unser eifriges Bestreben wird es sein, die uns beschönigenden Gäste mit nur ff. Speisen und Getränken aufs Beste zu bedienen. — Zum Ausschank gelangt das beliebte Lagerbier aus der Dampfbrauerei Jwentau sowie das allbekannte Reichelbräu (Rulmbach). — Kräft. Mittagstisch. Jeden Sonnabend: Schweinefleisch und Spektuchen. Um glatte Unterstüßung unseres neuen Unternehmens bittend, zeichnen
Dochachtungsvoll
Christian Wawrzinek und Frau.
[8838]

Neugebauer

etab. geb. (nicht approb.) Praktizant (fr. an Dr. W. Schwabes Polikl.) Behandlung u. homöopath. u. Lohthellverf.

Geschlechts-, Haut-,

Blasen-, Nieren-, Magen-, Darms-, Drüsenleiden, Infuenza, Rheumat., Nerven-, Gicht-, Wasserbrüche, — Neu! Spezial-Nichtbehandl. v. Frauenleiden, beland. Weichflüss. Langjähr. Erfahrung, vorz. Erfolge. Klosterstr. 2/4, Fahrstuhl im Haus. Sprechzeit: 9-2, 3-8, Sonnt. 10-1. Elektr. Lichtbäder, Sonnt. 9-1. Damen wochentags 10-12, 3-6.

Monatgarderobe

10 Hle Herren können sich 10 Modelegant u. sehr billig kleid. Neu u. wen. getr. Anzüge, Fracks, Hosen, Winterpatet., Gefellsch., Ang. a. leibw. 10 Grosse Fleischergasse 10 (Golds. Kreuz.) Sohal. (Nicht verwechseln!) im Hause d. städt. Spelmannst. II.

Trauringe

massiv Gold von 4 Mk. an. Gustav Kaniss Tauchaer Strasse 6. 10 Prozent Rabatt. [11832]

KRUG

Johannisplatz
Ecke Querstrasse.

Nur drei Tage!

Freitag

Sonnabend

Montag

Aufsehen erregend billig.

| | |
|---|---|
| ca. 580 Stück Damen-Untertailen ganz aus Stickerei, teils mit breitem Seidenbanddurchzug. jetzt Stück 1.25 75 ¢ | ca. 100 Dtzd. Damen-Kragen Steh- und Umlegefassung, in reichster Stickerei-Ausführung alle Weiten jetzt Stück 18 ¢ |
| ca. 140 Stück Stickerei-Unterröcke 2 1/2 u. 2 1/4 Mr. br., mit hohem plissiertem Stickerei-Volant jetzt Stück 2.50 1.45 | ca. 500 Stck. Stickerei-Einsätze jeder Coupon 4 1/2 Meter enthaltend, Wert bedeutend höher jetzt Coupon 48 38 ¢ |
| ca. 260 Teeschürzen aus weissen Durchbruchstoffen, teils m. breit. Stickerei-Trägern jetzt durchweg Stück 1.25 95 ¢ | ca. 100 Kind.-Jüpfchen aus weissen Plükestoffen, reich mit Spitzen und Stickerei garniert jetzt durchweg Stück 28 ¢ |
| ca. 560 Stück Frottlert-Handtücher mit farbiger Jacquard-Bordüre oder mit eingewebten Buchstaben. jetzt Stück 70 ¢ | ca. 280 Paar Herren-Macco-Hosen alle Weiten ohne Rück-sicht auf den wirklichen Wert jetzt Paar 75 ¢ |
| ca. 220 Stück Kinder-wagendecken a. Pikee u. Stickerei-Stoffen, ringsherum m. Stickerei-Volant o. reich. Durchbruchsbord. jetzt durchweg Stück 1.95 95 ¢ | ca. 300 Wasch-Unter-röcke aus gestreift. Zephyr-stoffen oder imitiert. Leinen mit hohem, plissiertem Volant und farbigem Besatz jetzt Stück 1.95 1.45 95 ¢ |

Im Reiche der Freiheit.
Briefe über den Sozialismus.
Von Robert Blatchford. 50 Pfg.
Volksbuchh. Leipzig und Filialen.

Gegenseitige Hilfe in der Tier- u. Menschenwelt.
Von Fürst P. Kropotkin. 2 Mk.
Volksbuchh. Leipzig und Filialen.

Die russischen Kämpfe um Freiheit und Recht.
25 Pfg., schön gebunden 1 Mk.
Volksbuchh. Leipzig und Filialen.

Arbeiter - Frauen!
Bezieht Euch bei Einkäufen auf die Leipziger Volkszeitung

Besonders jetzt zum Frühjahr

trinke man früh und abends von nachstehenden

Deutscher Tee Rubon

Paket 25-75 ¢
vollk. Ersatz für chin. Tee

Nährsalz-Tee

Paket 50 ¢
aus nährsalzreichen und wohl-schmeckenden Kräutern

Apfeltee, feinsten,

gross. Pak. 50 ¢
wohlschmeckend u. angenehm

Hagebuttentee

Pak. 50 ¢, von feinem Frucht- aroma und harntreibend

Echter Galeopsis-Tee

Paket 75 ¢
Pakete zu 40 u. 75 ¢

Knöterich-Tee

Paket 50 ¢

Frangula-Abführtee

Paket 50 ¢

Fumaria-Teintee

Paket 50 ¢
zur Erzielung schlanker guter Figur, Paket 1 Mk.

Reformhaus Thatsya

Zentrale Neum. 40, Süd. 35, Pl. Lauchstädterstr. 11, Lt. Demmeringstr. 21, G. Hallischestr. 81, B. Schleichstr. 3, V. Eisenbahnstr. 96, Th. Stötterstr. 23, Rd.: Unt. Münsterstr. 10b, St. Leipzig, G. 20, Oetzsch: Gutzschersb.

Kleinzschocher

Grüßtes [4000*]
Schuhwaren - Lager und Reparaturwerkstelle
Christian Eichel
Dieskaustraße 11.
Ernst Haackel
Die Welträtsel
Neu bearb. Taschen-Ausgabe
Preis 1 Mk.
Volksbuchhandlung
Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
und Filialen.

Die neue Reichsversicherungsordnung.

(Fortsetzung.)

Genosse Pittich führte aus:

Soweit die Unfall- und Invalidenversicherung in Frage kommt, sind die durch die Vorlage vorgesehenen Verschlechterungen nach wie vor größer, die Verbesserungen aber noch bedeutend geringer, wie bei der Krankenversicherung. Es hat den Anschein, als wenn die ganze Aenderung nur vorgenommen werden sollte, um bei der Krankenversicherung den Wünschen der Schärfer entgegenzukommen und nebenher auch die andern Zweige mit einzubeziehen. Zahlreiche Veränderungen, die die Arbeiter seit Jahren anstreben, sind nicht vorgenommen worden. Es bleibt zunächst alles beim Alten, soweit die Verwaltung in Frage kommt, die Arbeiter haben nach wie vor nichts hinzuzurechnen. Man vergißt, daß es sich bei allen Versicherungen um die Interessen der Arbeiter handelt. In der wichtigsten Frage der Berufsgenossenschaften ist den Wünschen der Arbeiter nicht Rechnung getragen. Nichts ist getan, das Schreckentmoo bei der Rentenfestsetzung zu beseitigen. Eine brennende Frage der Vertrauensärzte der Berufsgenossenschaften soll statt einer befriedigenden Lösung noch eine bedeutende Verschlechterung erfahren.

Als Verbesserungen kommen in Betracht: eine geringe Erweiterung der Unfallversicherung. Während bisher nach § 1, Abs. 1, Ziffer 2 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes die Vornahme von Bauarbeiten nur diejenigen Gewerbebetriebe versicherungspflichtig sind, die sich auf die Ausführung von Maurer-, Zimmerer-, Dachdecker- oder sonstigen durch Beschluß des Bundesrats für versicherungspflichtig erklärten Bauarbeiten erstrecken, sollen nach dem Entwurf alle Gewerbebetriebe der Versicherung unterliegen, die sich auf die Ausführung von Bauarbeiten erstrecken. Da Tiefbauarbeiten nicht durch Bundesratsbeschluß für versicherungspflichtig erklärt sind, sondern nach dem Bau-Unfallversicherungsgesetz versicherungspflichtig sind, so werden hierdurch die Gewerbebetriebe, die sich auf Tiefbauarbeiten erstrecken, in ihrem ganzen Umfange der Versicherung neu unterstellt, während zurzeit grundsätzlich nur die bei den Tiefbauarbeiten selbst beschäftigten Personen der Versicherung unterliegen. Ferner soll der gewerbmäßige Fahr-, Reit- und Stallhaltungsbetrieb, sowie das Halten von Reit- und von solchen Fahrzeugen, die durch elementare oder tierische Kraft bewegt werden, einbezogen werden. Das Recht der freiwilligen Versicherung soll auch den Personen zustehen, die Reit- oder durch elementare oder tierische Kraft bewegte Fahrzeuge halten, sowie den Binnentouren, die ihr Gewerbe für eigene Rechnung betreiben, und zwar allen diesen, falls die Zahlung nicht weitergehende Bestimmungen enthält, wenn ihr Jahresarbeitsverdienst 3000 Mk. nicht übersteigt, oder wenn sie nicht regelmäßig mehr als 2 Vohnarbeiter beschäftigen.

Eine weitere Besserung scheint darin zu liegen, daß der Entwurf auch Rente für Kinder vorstelt, wenn eine zur Zeit des Unfalls verheiratete weibliche Person verstorben und uneheliche Kinder hinterläßt. Die vorgesehene Erweiterung der Heilbehandlung ist nichts weiter als eine formale Aenderung, denn bisher hat die Berufsgenossenschaft auch zahlen müssen, auf Grund langjähriger Urtheile der Rechtsprechung. Genau so verhält es sich bei einer andern Bestimmung, wonach beim Ausfall eines der rentenberechtigten Hinterbliebenen die Rente der andern bis zur höchsten Grenze erhöht werden soll. Es folgen noch eine Reihe anderer Bestimmungen, die, wenn man sie nicht als Verschlechterungen bezeichnen will, doch recht zweifelhafter Natur sind. So soll eine Aenderung in der Feststellung des Jahresarbeitsverdienstes eintreten, eine Aenderung, die heute in ihrer Tragweite noch nicht überblickt werden kann. Wenn aber nicht alle Anzeichen trügen, kommt dabei eine Verschlechterung heraus, denn aus der Begründung spricht die Tendenz, den Jahresarbeitsverdienst herabzudrücken, um die Renten zu kürzen. Für die Unterbringung in einer Heilanstalt soll die Zustimmung des Verletzten nicht notwendig sein, wenn es sich um eine ansteckende Krankheit handelt, oder wenn der Verletzte den ärztlichen Anordnungen zuwidergehandelt hat.

Zahlreich sind die direkten Verschlechterungen. Das Vorsehen, das sich seit Jahren bemerkbar macht, die Renten herabzusetzen und einen Teil der Renten überhaupt abzuschaffen, tritt in dem Entwurf überall hervor. Bei Renten, die 20 Prozent und weniger ausmachen, soll schon vorher die Dauer der Rente festgesetzt werden können. Dieser definierbare Begriff der voraussichtlichen Dauer öffnet der Willkür der Berufsgenossenschaften Tür und Tor und bietet den größten Spielraum für die Abschaffung der Renten. Diese Art der Rentenfestsetzung soll aber durch ein Rechtsmittel nicht anfechtbar sein. Der Verletzte kann nur, wenn die Frist abgelaufen, einen Antrag auf weitere Rente stellen. Wie das ausgehen wird, kann man sich nach der bisherigen Praxis leicht vorstellen. Eine weitere Verschlechterung bringen die Bestimmungen über das Ausheben der Renten, wonach die Rente ausruhen soll, wenn Lohn und Rente den früheren Verdienst übersteigen. Damit ist klar zum Ausdruck gebracht, daß mit dem bisherigen Grundsatz, wonach die Erwerbsfähigkeit für die Entschädigung maßgebend ist, gebrochen werden soll und dafür als Maßstab für die Rentenzahlung der Verdienst des Verletzten gelten soll. Das ist ein ungeheurer Vorteil für die Berufsgenossenschaften. Die Rente soll weiter ruhen, wenn der Verletzte von einer ihm angebotenen Arbeitsgelegenheit keinen Gebrauch macht. Das eine angemessene Arbeitsgelegenheit ist, wird nicht gesagt, auch nicht, wer das zu entscheiden hat; vermutlich die Berufsgenossenschaften. Und dann ist die Frage aufzuwerfen, ob diese Bestimmung nicht zu einem Fallstrick für die Arbeiterkraft werden würde. Die Unternehmer könnten vielleicht auch solche Arbeit als angemessen ansehen, die jeder ehrliche Arbeiter ablehnen möchte. Die Bestimmung könnte benutzt werden, um die Arbeiter und ihre Organisationen im Lohnkampfe zu schädigen. Wer sich dann nicht löst, dem kann die Rente entzogen werden. Ferner sollen in Zukunft auch Renten von 20 Prozent abgefunden werden können (sagt 15 Prozent). Diese Bestimmung erscheint allemal nichtig. Wer aber die Verhältnisse aus der Praxis kennt, wird zugeben müssen, daß diese Kapitalabfindung für die Arbeiter eine große Gefahr bedeuten. Mit der Abfindung ist jeder weitere Anspruch erledigt. Die Abfindung nach dem Entwurf bildet aber eine doppelte Gefahr, weil schon im voraus die Dauer für diese kleinen Renten bestimmt wird. Die Abfindungssumme würde also sehr niedrig sein. In dieser kurzen Zeit kann aber auch noch gar nicht festgestellt werden, ob noch eine Verschlimmerung möglich ist. Tritt aber nach der Abfindung eine Verschlimmerung ein, ist es ganz ausgeschlossen, daß der Verletzte wieder einen Anspruch geltend machen kann. Tritt gar der Tod ein, dann ist nicht bloß der Verletzte geschädigt, auch die Hinterbliebenen gehen leer aus. Eine derartige Möglichkeit sollte man in einem Reformwerk für unmöglich halten. Die Ansprüche sollen auf geschuldete Beiträge aufgerechnet werden können. Das steht in Widerspruch zu den bisherigen Entschädigungen des Reichsversicherungsamtes und stellt den Verletzten schlechter als jetzt. Im § 1573 des Entwurfs wird gesagt, daß die Krankenkassen der Berufsgenossenschaft jede Erkrankung anzeigen müssen, wenn Anzeigen dafür vorhanden sind, daß die Beschränkung der Erwerbsfähigkeit sich über die 18. Woche erstrecken wird. Jetzt ist die Grenze auf 4 Wochen bemessen. Auch hier findet sich wieder dieser definierbare Begriff. Wer soll denn vorher entscheiden, ob die Erwerbsfähigkeit nach 13 Wochen noch besteht. Es kann leicht vorkommen, daß

die Anmeldung unter Umständen überhaupt unterbleibt. Die Folge wäre, daß, wenn die Periode vorüber ist, wo Unfallfolgen nicht bemerkbar waren, Verjährung eintritt, und der Geschädigte aller Ansprüche verlustig ginge.

Bei der Vertrauensarztfrage war es der lebhafteste Wunsch der Arbeiter, daß es unmöglich gemacht werde, daß Vertrauensärzte der Berufsgenossenschaften zugleich auch als Vertrauensärzte der Schiedsgerichte beschäftigt werden, weil nicht anzunehmen ist, daß der Sachverständige sein früheres Gutachten vor dem Schiedsgericht ändern wird. Was bringt nun der Entwurf? Er bestimmt, gegen diese doppelte Tätigkeit sei nichts einzuwenden, wenn das Vertragsverhältnis nur ein vorübergehendes sei. Das ist geradezu ein Schlag ins Gesicht der Verletzten. Durch die scheinbare Verbesserung, daß bei Renteneinstellungen für den vollen Monat gezahlt werden soll, würde der Empfänger nicht günstiger gestellt. Das besteht auch jetzt schon, weil die Renten voraus bezahlt werden und nicht gekürzt werden können, ehe der berufsunfähige Bescheid ausgestellt ist. Aber die Art und Weise, wie verfahren wird, das schon Vorhandene in eine Verbesserung umzuwandeln, ist charakteristisch dafür, wie man glaubt die Arbeiter einzufangen zu können.

Bei der Invalidenversicherung ist von Verbesserungen noch viel weniger die Rede. Vorsehen ist eine geringe Ausdehnung des Versicherungszwanges auf Gehilfen und Lehrlinge in Apotheken, sowie auf Personen, die als Völkner- oder Orchestermitglieder beschäftigt werden. Ein ganz kleiner Fortschritt ist auch darin zu sehen, daß in Zukunft die Fristen für das Erlöschen der Anwartschaft nicht mehr nach dem Ausstellungsdatum, sondern nach Kalenderjahren berechnet werden sollen. Die Bestimmungen über das Ausheben der Renten bringen kaum ins Gewicht fallende Aenderungen. Es sind zum Teil die Grundzüge der Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes in den Entwurf übernommen.

Dagegen bleiben nach wie vor bestehen das völlig ungenügende Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und die erbärmlichen Renten. Die Grenze für die Gewährung von Altersrente soll nicht herabgesetzt werden, sondern auch weiter 70 Jahre betragen. Die unpraktische Berechnung wird beibehalten; ebenso der definierbare Begriff der Invalidität. Ferner jener unzulässige Zustand, der den Unternehmern erlaubt, über die Rechte der Arbeiter hinwegzugehen und die Renten nicht zu zahlen. Eine durchgreifende Haftpflicht wäre dringend nötig gewesen, schon weil die Art der Rechtsprechung nicht geeignet ist, für die Arbeiter einen Schutz zu bieten. Noch eine ganze Reihe weiterer Bestimmungen, deren Beseitigung von den Arbeitern gewünscht worden ist, sind stehen geblieben.

Dafür aber weist der Entwurf ganz wesentliche Verschlechterungen auf. So wird in den Bestimmungen über das Ausheben der Anwartschaft vorgesehen, daß zur Erneuerung eines erloschenen Versicherungsverhältnisses die freiwillige Versicherung allein nicht mehr genügen soll. Es soll vielmehr ein Wiedereintreten in eine versicherungspflichtige Beschäftigung und die Juridikation einer neuen Wartezeit von zweihundert Beitragswochen erforderlich werden. Die Beiträge sollen wesentlich erhöht werden. Man kennt aber gar nicht daran, die Lasten, entsprechend den Forderungen und Wünschen der Arbeiter, auf die höheren Einkommen abzuwälzen. Der Entwurf bringt nicht Erleichterungen, sondern im Gegenteil eine weitere Belastung für diejenigen, die sie am allerwenigsten tragen können.

Begründet wird das mit der Einführung der Hinterbliebenenversicherung. Zu diesem Zwecke sollten die Maßnahmen aus dem agrarischen Zöllen verwendet werden, die vom Zentrum auf jährlich 61 Millionen Mark und von der Regierung auf 82 Millionen Mark berechnet wurden, während die Sozialdemokraten höchstens 40 Millionen heranzurechneten. Die Beiträge sollten bis zum 1. Januar 1910 zurückgehalten werden. Am gleichen Tage sollte auch die Witwen- und Waisenversicherung in Kraft treten.

Wie haben sich die Dinge nun gestaltet? Im Jahre 1906 ist überhaupt nichts eingekommen, während 1907 42 Millionen und 1908 57 Millionen zurückgelegt wurden. Das ist ungenügend, was die Sozialdemokraten behauptet hatten. Man sollte nun meinen, daß das, was übrig geblieben ist, auch zu dem bestimmten Zwecke verwendet würde. Der Entwurf bringt das Gegenteil, er bringt von dem überhaupt nichts. Vorsehen ist ein Reichszuschuß, der für jede Witwe 50 Mk. und für jede Waise 25 Mk. betragen soll. Nach der Volkszählung von 1900 gibt es in Deutschland 2 400 000 Witwen, von denen für die Versicherung ungefähr 1 100 000 in Betracht kommen würden. Dazu kämen noch 1 800 000 Kinder. Das sind zusammen 3 Millionen Personen, für die nach dem Entwurf jährlich 8 Millionen Mark aufgewendet werden sollen. Wo bleiben da die Lebenskräfte aus den Zöllen? Es wird doch bedeutend mehr herausgewirksam. Aber damit noch nicht genug. Die Witwenrente soll nicht jeder Witwe gezahlt werden, sondern nur denjenigen, die selber invalid sind. Neben die „Höhe der Leistungen“ kann man sich einen Begriff machen, wenn man sich vergegenwärtigt, daß es in Deutschland noch ordentliche Tagelöhner von 50 bis 75 Pfg. gibt, so daß sich der Betrag der Rente täglich auf 17 bis 20 Pfg. belaufen würde. Sie darf niemals höher sein, als die Invalidenrente, die der Verstorbene bezogen hat. Wenn man den ganz günstigen Fall annimmt, daß ein Arbeiter mit 1000 Mk. Einkommen 30 Jahre lang Beiträge gezahlt hat, so bekommt die Witwe nach seinem Tode eine Rente von 122.00 Mk., oder täglich 33 1/2 Pfg. Das ist aber noch eine sehr gut bemessene Rente. Hier wird mit dem Worte Sozialreform geradezu Unfug getrieben. Das sollte man doch lieber gleich als Armenunterstützung ansprechen.

Auch das Verfahren soll wesentliche Aenderungen erfahren. Man will das Reichsversicherungsamt entlasten. Es ist Lausache, daß diese Institution heute sehr langsam und unangenehm für den Verletzten arbeitet. Eine Entlastung wäre wünschenswert. Aber eine Entlastung, die dahingehet, daß man den Arbeitern sagt: Ihr dürft überhaupt nicht mehr an das Reichsversicherungsamt gehen, ist verfehlt. Man hat sich die Sache ungeheuer leicht gemacht. Die Oberversicherungsämter sollen die Entschädigungen der Versicherungsämter nachprüfen, und das Reichsversicherungsamt soll bloß noch als Revisionsinstanz übrig bleiben. Aber die Revision soll ausgeschlossen sein in den Fällen, in denen bisher schon kein Rekurs gegeben war (Heilverfahren, Rente für voraussichtlich vorübergehende Erwerbsunfähigkeit, Sterbegeld, Heilanstaltspflege, Angehörigenrente), ferner, wenn es sich handelt um die neue Feststellung der Entschädigung nach Eintritt einer Aenderung der Verhältnisse, um Kapitalabfindungen an Stelle einer Rente von 20 oder weniger v. H., und endlich um Kosten des Verfahrens. Noch schöner soll es bei der Invalidenversicherung werden, wo die Revision ausgeschlossen werden soll bei Streitigkeiten über die Dauer und Höhe der Rente, über Kapitalabfindung, Beitragserstattung, Witwengeld, Waisenaufsteuer; endlich bei Erbschaft- und Erstattungsansprüchen, wenn es sich um vorübergehende Leistungen handelt. Die Revision soll nur darauf gestützt werden können, daß die angefochtene Entscheidung auf der Nichtanwendung oder der unrichtigen Anwendung des bestehenden Rechtes oder auf einem Verstoße wider den klaren Inhalt der Akten beruht oder daß das Verfahren an wesentlichen Mängeln leidet. Es besteht die leise Befürchtung, daß in Zukunft das Reichsversicherungsamt das werden soll, was heute schon das Reichsgericht ist: eine Instanz, die dazu da ist, Revisionen zu verwerfen.

Man braucht gar nicht zu bestreiten, daß der gesamte Entwurf einige, freilich ganz unbedeutende Verbesserungen enthält.

Viel zahlreicher sind aber die Verschlechterungen. Die Wünsche der Arbeiter sind einfach beiseite geschoben worden. Deshalb ist es notwendig, daß die Arbeiter mit aller Deutlichkeit zu erkennen geben, daß sie für eine derartige „Reform“ kein Verhältniß haben und ihre Wünsche nochmals mit allem Nachdruck hervorheben. An Stelle einer solchen Reform lieber gar keine. Nach einer kurzen Debatte, in der Genosse Leica noch einige weitere Verschlechterungen, die der Entwurf vorstelt, beleuchtete, und besonders darauf hinwies, daß die Aufsichtsbehörde einen für die Arbeiter höchst bedenklichen, erweiterten Einfluß auf die Verwaltung und namentlich auf die Anstellung von Beamten bekommen soll, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Der Entwurf der neuen Reichsversicherungsordnung ist ein Gebrauchsgegenstand für die Arbeiter. Der Entwurf stellt für die Krankenversicherung nur unerhebliche Verbesserungen vor, während die Forderung nach Zentralisation der Kassen, mit der ihre Leistungsfähigkeit Hand in Hand geht, ebenso unerschütterlich geblieben ist wie die Forderung nach Erhöhung des versicherungspflichtigen Einkommens. Dagegen bringt aber der Entwurf völlig unannehmbare Bestimmungen, die das Selbstverwaltungsrecht zu einem leeren Schein werden lassen und die Krankenkassen selbst dem besten Autokratismus überliefern.“

Auch soweit die andern Versicherungszweige in Betracht kommen, läßt der Entwurf einer Reichsversicherungsordnung jede nennenswerte Verbesserung vermissen. Die angelegentlichsten Verbesserungen, die der Entwurf bringt, sind mehr oder weniger formaler Natur und es scheint zum mindesten zweifelhaft, ob und inwieweit hieraus ein Vorteil für die Versicherten und ihre Angehörigen entsteht. Dagegen enthält der Entwurf eine Anzahl Bestimmungen, die sich gegenüber dem bisherigen Rechtszustand, als direkte Verschlechterungen darstellen.

Dem vorliegenden Entwurfe einer Reichsversicherungsordnung kann daher die Arbeiterschaft ihre Zustimmung nicht geben. Sie fordert vielmehr, daß der Entwurf nicht eher Gesetz werde, bis die in ihm vorgeschlagenen neuen Ungerechtigkeiten, sowie auch die Mängel der gegenwärtigen Gesetzgebung beseitigt und die so oft angesprochenen Wünsche der Arbeiter, insbesondere die Erhaltung und Erweiterung des Selbstverwaltungs- und Mitbestimmungsrechts der Arbeiter anerkannt worden sind.“

Gerichtssaal.

Landgericht.

Gemeinsamen Betrug haben der Reisende H. aus Leipzig und die Handleierin L. in Magdeburg verübt. H. hat sich unter den bei der L. lagernden Pfändern ab und zu einige herausgeholt und ist mit den darüber ausgestellten Pfandscheinen auf den Handel gegangen. So hat er den Pfandschein über eine goldene Uhr mit goldener Kette in Dresden an einen Kellner verkauft. Die „goldene“ Kette ist aber nur eine Doublette gewesen. Dies soll nach den Angaben der beiden Angeklagten lediglich auf Verwechslung der Sachen beruhen. Aber selbst die richtige Kette ist abgetragen und nur noch etwa 50 Mk., die Uhr nur 35 Mk. wert. Der Pfandschein hat jedoch über 125 Mk. gelautet, der Wert ist also bedeutend zu hoch angegeben und der Käufer des Pfandscheins dadurch geschädigt worden. Weiter hat H. einen über 650 Mk. lautenden Pfandschein auf Brillantohrringe in Frankfurt a. M. an einen Herrn St. für 90 Mk. verkauft. Diesen Mann hat er glauben gemacht, die Ohrringe seien im Einkauf 2400 Mk. wert gewesen, man könne sie jederzeit noch für 1800 Mk. verkaufen. Die Ohrringe sind aber nach der Schätzung der Frankfurter Leihhändler nur 500 Mk. wert, und auch der gerichtliche Sachverständige erklärt, daß ihr Ladenpreis höchstens 800—900 Mk. gewesen sei. Wegen gemeinsamen Betrugs wurde H. zu vier Monaten, die L. zu einer Woche Gefängnis verurteilt.

Schwurgericht.

Sittlichkeitsverbrechen. Der wegen Mißhandlung seiner Frau mit dieser in Scheidung liegende 26 Jahre alte Schuhmacher Max Edmund Löser von hier wurde im Januar d. J. unter dem Verdacht, an einer Frau Kr. in Vegau ein Notzuchtverbrechen verübt zu haben, in Haft genommen. In der vorigen Sitzungsperiode des Schwurgerichts Leipzig stand der aus Marzranstädt gebürtige Löser bereits einmal vor den Geschworenen, die Verhandlung konnte damals aber nicht zu Ende geführt werden, weil Löser die Tat hartnäckig in Abrede stellte und noch die Vernehmung weiterer Zeugen beantragte. Am Mittwoch fand nun die erneute Verhandlung mit 25 Zeugen gegen Löser statt, während welcher wegen Gefährdung der Sittlichkeit die Öffentlichkeit ausgeschlossen wurde. Das gegen 9 Uhr abends nach zehnstündiger Sitzung verkündete Urteil lautete gegen Löser wegen Verbrechens nach § 176 Abs. 1 des Strafgesetzbuchs unter Zuhilfenahme mindernder Umstände und unter Anrechnung eines Monats der Untersuchungshaft auf 1 Jahr 2 Monate Gefängnis bei fünfjährigem Ehrenrechtsverlust.

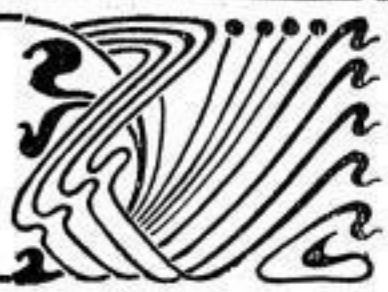
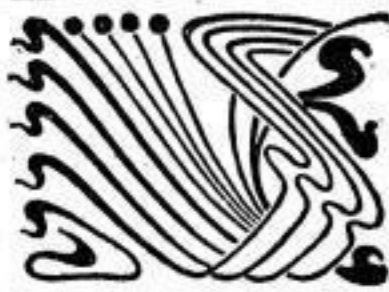
Pflege deine Stimme.

Nicht nur im strengen Winter, sondern sowieso das ganze Jahr hindurch gebrauchen viele Menschen regelmäßig irgendeine Tablette oder Dombon, um ihre Stimme zu pflegen, sie vor Katarrh zu schützen. Deshalb ist es nicht verwunderlich, daß die in der Schweiz seit 60 Jahren geschätzten Wybert-Tabletten auch in Deutschland leichten Eingang gefunden haben. Denn eine einzige Probe davon zeigt sofort deren einjährige Wirkung auf die Stimme.

Guttenreil, Heiligkeit, Verkleinerung verschwinden sofort nach deren Gebrauch und lovel steht fest: Wer einmal die annehmlichen Eigenschaften der Wybert-Tabletten erprobt hat, wird dieselben nie mehr wissen wollen. Wybert-Tabletten sind daher für Sänger, Musiker, Redner, Sportleute und alle, die ihre Stimme pflegen wollen, ein unentbehrlicher Begleiter. In Originalpackungen à 1 Mk. sind dieselben in den Apotheken erhältlich.

Depots: Albert-Apothek, Emilienstr. 1; Börsen-Apothek, Galtische Str. 12; Germania-Apothek, Promenadestr. 9; Hirsch-Apothek, Grimmaischer Steinweg 28; Johannis-Apothek, Gabelsbergerstr. 3; Kanstädter-Apothek, Kanstädter Steinweg 27; Sonnen-Apothek, Sibyllenpl. 1; in Anger: Hubertus-Apothek; in Gurtisch: Annen-Apothek; in Gohlis: Schiller-Apothek; in Mödern: Blücher-Apothek; in Pommendorf: Apotheke von O. Meyer; in Pöggewitz: Sophien-Apothek; in Neudöbnitz: Bismarck-Apothek.

Engel-Apothek, Markt 12.



Der Kruzitüfel Sepp.

Eine Tiroler Geschichte von Rudolf Greinz.

Nachdruck verboten.

Unter den rühdigen Schafen seiner Seelsorge machte dem hochwürdigen Herrn Kuraten Simon Burglechner namentlich eines besondere Sorge. Das war der Kruzitüfel Sepp.

Schon sein Name roch nach Pech und Schwefel. Im bürgerlichen Leben hieß er natürlich anders. Hinter der unheimlichen Bezeichnung Kruzitüfel Sepp verbarg sich ein in das Taufbuch ordnungsmäßig eingetragenem schlichter Joseph Innermoser.

Seinen Nebenamen hatte sich der Sepp ehrlich verdient. Es gab tausend und tausend keinen Menschen, der mit der größten Seelenruhe von der Welt so gotteslästerlich fluchen und wettern konnte wie der Kruzitüfel Sepp. Der Sepp behauptete zwar, daran sei er nicht schuld, das habe sein Beruf mit sich gebracht.

Der Kruzitüfel Sepp, der nun schon ein guter Sechziger war, verfiel von Kindesbeinen an in der kleinen Tiroler Berggemeinde das Amt eines „Goasers“. Als „Goasbua“ war er schon früher, bevor er die ersten Fragen des Katechismus auswendig lernen mußte, mit seinen vierfüßigen Schutzbefohlenen in die steilen und luftigen Höhen gezogen. Bei diesem Geschäft hatte er mit der Zeit das Fluchen gelernt.

Soll einer auch nicht fluchen, wenn er so einer verfliegene Goas oft stundenlang nachgehen muß, und das „hochboanige Teufelsviech“ zu guter Letzt doch noch Reiß ausnimmt. Und dabei die Verpflichtung, die Herde vollzählig und unverfehrt ihren Besitzern zu erhalten!

Mit Beten und Schmeicheln hat noch nie ein Goaser seinen Untergebenen „Räshun“ (Räson) beigebracht. Wohl aber mit einigen gut gezielten Steinwürfen. Das Fluchen und „Kruzifakern“ läuft dann so nebenher. Das ist Privatfache des Goasers.

Dieses Standpunkt hatte der ehrsame Joseph Innermoser dem hochwürdigen Herrn Kuraten gegenüber schon wiederholt vertreten. Er predigte dabei aber ebenso tauben Ohren, wie der Hochwürdige mit allen seinen Vermahnungen und Lehren bei dem Kruzitüfel Sepp nur Samen auf steinigem Grund streute.

Der Sepp versprach jedesmal, wenn der Kurat ihn neuerdings zu einer heilsamen Unterweisung vornahm, gründliche Besserung, bekräftigte aber schon dieses Versprechen allein mit derartigem Fluchen, daß der Hochwürdige schließlich fast jede Hoffnung aufgegeben hätte, den Goaser gegen dessen Lebenswandel in Worten sich ja nichts einwenden ließ, auch noch einmal zu ihrem christlichen Lebenswandel in Gedanken und Worten zu bringen.

Nun war der Vater Valentin von den Missionspredigern im Dorfe eingetroffen. Es ging ihm ein großer Kuf voraus. Die vorstärksten Todsünder sollte er schon auf den richtigen Weg geleitet und die schlimmsten Teufelsbraten dem Gottseibeien noch aus dem Rachen gerissen haben.

Das ist der rechte Mann für mein rühdiges Schaf, dachte sich der Kurat und zog den Vater Valentin ins Vertrauen, daß er dem Goaser von wegen seines Fluchens gehörig ins Gewissen rede und die Hölle heiß mache. Der Vater war mit dieser speziellen Mission sofort einverstanden.

Am Sonntag, nachdem Hochamt und Predigt zu Ende waren, nahm sich der Herr Kurat den Joseph Innermoser auf die Seite und meinte: „Sepp, wenn du heut nachmittags amal in den Widum (Pfarrhof) kommen tätest. Der hochwürdige Herr Vater hätt' was mit dir z' reden!“

„Kruzitüfel no' amal ein!“ drehte der Sepp seinen alten fettigen Filzhut zwischen den Fäusten und wiegte seinen hageren, knochigen Körper verlegen hin und her. „Z' reden hat der Herr Vater mit mir was! Dös is ja a ganz höllische Ehr! Sakrament! Sakrament!“

Der Kurat machte gute Miene zum bösen Spiel und ließ diese Gefühlsausbrüche des Sepp geduldig über sich ergehen. „Laß dich also sicher anschauen! I will der Häuferin schon sagen, daß sie für dich a Schalerl Kaffee zurecht stellt!“

„Himmelblauer Hölltufel!“ rief der Sepp. „Gar an Kaffee auch noch! Den trink i schon ganz malefizisch gern! Küß die Hand, Herr K'rat!“

Der Kurat ging seiner Wege. Dem Sepp war es trotz des in Aussicht gestellten Kaffees und der hohen Ehre, daß jetzt sogar der Herr Missionsprediger ihn, den Goaser, zu sprechen wünschte, gar nicht sonderlich wohl zumute. Es ahnte ihm so was Wehnlisches, daß es sich wieder um sein Seelenheil und was drum und dran hing, handeln sollte.

„Sakra! Sakra!“ brummte er vor sich hin. „Wenn i nur wüßt, was der Vater Valentin von mir will!“

Dann schwenkte der Sepp ins Wirtshaus ab und ließ vorderhand alle fünf gerade sein. Trotzdem sah er ziemlich schweigsam hinter dem Tisch. Den Kopf mit dem struppigen grauen Haar hatte er tief gesenkt. Blödsinnig fiel ihm ein, daß er sich doch rasierten lassen müsse, wenn er heute im Widum seine Aufwartung mache. Zu diesem Luxus schwang sich der Sepp sonst nur jeden andern Sonntag empör. Und heute war zufällig der eine Sonntag, an dem der Sepp sein Drahtstiftengelicht trug, aus dem die kleinen listigen Neuglein aber nur um so verächtlicher in die Welt hinauslugten.

Der Barbierer Hansel machte eine erstaunte Miene, als er seinen zweiwöchentlichen Kunden schon nach acht Tagen wieder erblickte.

„Ja, was wär' denn dös?“ meinte er mit seiner hohen blünnen Stimme. „Is der Sepp am End' gar a Reichsgraf worden?“

„Halt dein' Brotladon, Badertüfel, verfluacht!“ meinte der Sepp mit der größten Ruhe und Gutmütigkeit. „I muach heut' zu a Christenlehr! Und da muach i doch wie a Christenmensch daherkommen!“

Es mochte gegen vier Uhr nachmittags gehen, als der Sepp mit dem eisernen Klopfer kräftig gegen die Tür des Widums tuschte.

Die Häuferin schien auf ihn gelauert zu haben; denn im nächsten Augenblick ging die Türe bereits auf. Die alte Broni geleitete den Sepp nach dem Gaststübchen zur ebenen Erde. Dort saß der Vater Valentin in einem bequemen ledernen Großvaterstuhl und schnupfte gerade eifrig aus einer riesigen braunen Horndose.

Der Sepp machte eine listige Verbeugung. Die Häuferin brachte den versprochenen Kaffee und ließ dann die beiden allein.

„Nur Platz nehmen, Sepp!“ lud ihn der Vater, eine kurze, dicke, gedrungene, kugelförmige Gestalt in der braunen Franziskanerkutte, freundlich ein.

Der Sepp ließ sich vorsichtig auf den Rand eines Stuhls nieder und legte den Hut neben sich auf den Boden.

„Zugreifen! Zugreifen! Der Kaffee is nit bloß zum Anschauen da!“ nötigte ihn der Vater.

„A höllisch guat's Trankel!“ versicherte der Sepp begeistert, nachdem er einen Schluck genommen hatte. „I sag's alleweil, die Broni is a Sakramentsweibsbild überanander! So an Malefizkaffee, so an sakrischen, wird man nit bald wo finden! Tüfel! Tüfel!“

„Sepp! Sepp!“ hob der Vater Valentin, nachdem er noch eine tüchtige Prise genommen hatte, warnend den Zeigefinger der rechten Hand. „Ein einziges Schlückerl Kaffee, und dabei schon fast ein halbes Duzend Todsünden! Sepp! Sepp! Wie wird's mit dir amal stehen in der Ewigkeit!“

„Himmliche Bahgeig'n!“ setzte der Sepp die Kaffeeschale, die er schon zu einem zweiten Schluck zum Mund bringen wollte, erschrocken wieder auf den Tisch zurück. „Daß i aber auch a so a vermaledeiter Zapsen (Kerl) bin und mich alleweil mit dem tüflichen Fluchen vergachen (vergessen) muach!“

„Drei weitere Todsünden!“ konstatierte das kugelförmige Vaterle mit dem Ernst eines Inquisitors und nahm eine neuerliche Prise.

„Sakrament, Sakrament, Hochwürden!“ meinte der Sepp. „I g'wöhnet mir's g'wisß gern ab. Aber i glaub', es nützt nix mehr! Mir' hat der Ganggerl (Teufel) wohl schon völlig beim G'nad!“

„Kann schon sein!“ meinte der Vater, indem er seinem Organ einen dumpfen, unheimlichen Ton gab. „Am so mehr solltest du aber bestrebt sein, dem bösen Feinde zu entfliehen und deine Zunge zu hüten!“

„Ja, dös wär' freilich das allerbest', wann' eher dös Teufelsstüß Fleisch im Maul, dös verfluchte, trautsakrament-verfluchte Zungenfleisch hüten könnt!“ versicherte der Sepp.

„Du hüttest es ja schon wieder nicht!“ ereiferte sich der Vater Valentin, wurde ganz rot im Gesicht vor heiligem Entsetzen und bekreuzigte sich. „Du fluchst ja wie besessen!“

„Höllischer Sudkessel! I will ja gar nit fluchen!“ meinte der Sepp. „Aber mit der Jung' geht's mir grad' wie mit meine Goas, dös malefizische Rabenviecher, dös Kruzitüfelsbrateln, dös gottverfluchten! Raum daß du dich umdrehst hast, is so a hochbeiniger Sakra auf und davon! Himmel! Kreuz! Fißtern und alle vierzehn Notthelfer!“ Der Sepp hieb mit der geballten Faust auf den Tisch.

„Jaß hab' i's aber satt, Sepp!“ erhob sich das Vaterle in seiner ganzen Größe vom Lehnstuhl. Es war ganz purpurrot im Gesicht geworden.

„Bitt' um Verzeihung, Hochwürden!“ meinte der Sepp in vollster Seelenruhe. „I hab' grad' sagen wollen, daß mir die Jung' ar'rat, eh' i mi' umschau', davonkaufst, wie dös verdammten Goas, dös der höllische Schürmeister meinetwegen in der Luft braten soll!“

„Ja, Himmel! Herrgott! Sakrament!“ fuhr es dem empörten Vater Valentin heraus. „Mußt du denn dessentwegen gleich a Duzendmal fluchen?“

„Sehen S', Hochwürden,“ sagte der Sepp und grinst über das ganze Gesicht, „iaß haben Sö selber g'fluacht!“

„Was hab' i?“

„G'fluacht haben S'! Himmel! Herrgott! Sakrament!“

Jetzt erst begann sich der Vater Valentin. Er wurde noch röter als früher, holte nervös das große baumwollene Sacktuch aus seiner Kutte und wuschte sich den Schweiß vom Gesicht.

„I mein', es is am g'schietesten, Sepp,“ brach er ein längeres Stillschweigen, „du trinkst dein' Kaffee aus und gehst wieder heim!“

„I mein's auch, Hochwürden!“ sagte der Kruzitüfel Sepp und leerte behaglich die Kaffeeschale. Dann holte er seinen Hut vom Boden und retrizierte mit einer neuerlichen listigen Verbeugung gegen die Tür.

„Nix für unguat, Hochwürden,“ verabschiedete er sich. „I bedank' mich halt recht sakrisch für die guate Lehr'. Und i will mich schon tüflich z'sammnehmen, daß i mich besser! Kruzisakra no' amal ein!“

„Jaß wär' i bald herg'g'schnell!“ stolperte er über die Schwelle. Und draußen war er.

Der Vater Valentin schnupfte trampfhaft und nahm eine intensive Prise nach der andern.

Als ihn der Kurat fragte, was er mit dem Joseph Innermoser vulgo Kruzitüfel Sepp ausgerichtet habe, meinte der Vater Valentin, ohne sich auf nähere Details einzulassen: „I will ihn amal fleißig ins Gebet einschließen. Ob's was hilft, is a andre Frag!“

Von Diamanten.

(Schluß.)

Man wird sich hiernach wohl mischwer die Frage beantworten können, welche der drei Kohlenstoffmodifikationen für uns die entbehrlichste wäre: kein Zweifel, der Diamant ist es. Und das ist das größte Glück bei seiner Seltenheit. Immerhin ist

er ein, vom naturwissenschaftlichen Standpunkt betrachtet, recht interessanter Körper. Ganz abgesehen davon, daß er zu den noch immer rätselhaft dastehenden Allotropen gehört: seine Eigenschaften sind auch im übrigen sonderbar genug, um noch ein paar Worte zu verdienen. Erwähnt wurde schon seine außerordentlich harte Härte. Sie muß besonders befremden, wenn man dabei an den Graphit denkt, der ja gleichfalls Kohlenstoff ist. Kristallisiert oberhalb, aber so weich, daß er an den Fingern abfährt und den Schmiermitteln für schwere Wellen, z. B. von Mühlenrädern, zugesetzt wird, um diese glatt und möglichst reibungslos laufen zu machen. Die Härte des Diamanten ist dem auch dasjenige, was ihn auch technisch wertvoll macht. Man benutzt seine Splitter, in Metallstücke und Griffel gefaßt, zum Zeichnen und Gravieren, besonders in der Lithographie. Man macht die Spitzen von Drehstäben aus Diamant und kann dann Hartgusswalzen, Schleifsteine und dergleichen damit abbrechen. Besonders wichtig ist der Diamant aber für die beramantischen Bohrungen geworden, speziell für die Tiefbohrungen, bei denen hohle, röhrenförmige Bohrer, die unten auf dem Rande herum mit Diamanten besetzt sind, durch Maschinenkraft nicht selten Hunderte von Metern durch die festesten Gesteine hindurch in die Tiefe getrieben werden, um dann an den so herausgeschüttelten zylindrischen Gesteinskörpern, die man von Zeit zu Zeit losbricht und hieraufholt, festzustellen, was es da unten gibt. Zum Besetzen der Bohreränder, oder der Bohrerinnen, wie sie in der technischen Sprache heißen, nimmt man übrigens eine besondere Art von Diamanten, die noch härter sind, als die gewöhnlichen, die zum Schneiden verwendet werden. Es sind das die schwarzen Diamanten von Bahia in Brasilien. Sie sind weit seltener als die andern, waren aber früher viel billiger, da sie sich ihrer Härte wegen nicht schleifen lassen und eben schwarz und unansehnlich aussehen. Jetzt, wo sie in der Tiefbohrtechnik in großer Menge gebraucht werden, hat sich das Verhältnis umgekehrt; jetzt sind sie weit teurer, als helle Diamanten von gleicher Größe.

Weshalb sind aber die Diamanten teuer? Mancher wird sagen: wegen ihrer Seltenheit. Doch das kann nicht richtig sein. Es gibt Mineralien und sonstige Dinge genug, die weit seltener als Diamanten sind und trotzdem deren Preis nicht unterschreiten. Grund: es ist kein Verlangen danach. Und weil kein Verlangen danach ist, wendet niemand die große Mühe und Arbeit zu ihrem Auffinden und zu ihrer Gewinnung auf, die man aufwendet, um Diamanten zu finden, oder die andre aufwenden müssen, um denen, die sich mit der Diamantengewinnung direkt beschäftigen, Nahrungsmittel und sonstige Lebensbedürfnisse, Baumaterialien, Werkzeuge, Maschinen und dergleichen mehr hinzuzufügen. Arbeit: das ist der eigentliche Kern in der Preisbildung auch hier. Daß außerdem die Preise noch durch allerlei kapitalistische Tricks, wie Bodenwucher, Syndikatsbildungen usw. in die Höhe gebracht oder hochgehalten werden, so weit das irgend möglich ist, versteht sich ja sozusagen von selbst. Alles dieses geht zunächst nur die Rohdiamanten an; und im Durchschnitt ist deren Preis trotzdem noch nicht besonders hoch, falls es sich nicht gerade um Steine handelt, die ihrer Größe oder anderer Eigenschaften wegen von Liebhabern bevorzugt und mit Extrapreisen bezahlet werden. Der hohe Wert der geschliffenen Schmucksteine liegt aber erst recht nur in der Arbeit, wenn wir billigerweise vom Unternehmerprofit des Schleifereibeherrschers der Selbstverständlichkeit wegen absehen. Erst durch das Schleifen bekommt der Diamant seinen richtigen Wert. Denn erst durch das Schleifen läßt es sich erkennen, oder der Stein wirklich von guter Beschaffenheit ist, d. h. diejenigen Eigenschaften besitzt, die man an ihn sucht, und erst durch das Schleifen kommen sie richtig zur Erscheinung: die vollkommene Reinheit oder Klarheit und Farblosigkeit ein außerordentlich hohes Lichtbrechungsvermögen, die Ursache des Farbenspiels, das der Diamant unter gewissen Bedingungen der Beleuchtung zeigt. Denn dieses Schleifen ist gerade beim Diamant seiner Härte wegen eine außerordentlich schwierige und langwierige Arbeit. Außerdem erfordert sie eine sehr große Geschicklichkeit und Sorgfalt. Einmal als sehr wichtiger Faktor bei der Wertbestimmung der Schmuckdiamanten anerkannt, wird auf die Ausführung dieser Schleifarbeit, auf die Art und die Vollkommenheit des Schiffs selbstverständlich auch ein sehr großes Gewicht gelegt. Das Schleifen selbst geschieht mit Diamantpulver, das man durch Zerstoßen von Abfall und unreinen Diamanten gewinnt.

Die Formen, die man hierdurch den Diamanten erteilt, sind hauptsächlich zweierlei. Die wertvollste ist die Form der Brillanten, weil in ihr die Strahlenbrechung am vollkommensten zur Erscheinung kommt und zu ihrer Ausföhrung keine Stellen, sondern nur dicke, hohle Steine brauchbar sind. Der Brillant bildet auf seiner Unterseite eine aus zahlreichen Flächen bestehende, hohe, durch eine ganz kleine Fläche abgestumpfte Pyramide. Seine obere Seite wird durch eine weit flachere, aus teils dreiseitigen, teils rhombischen Flächen bestehende Pyramide gebildet, die oben durch eine große, in der Regel achteckige Fläche abgestumpft ist. Eine andre, häufige Form ist die Krokette. Die Krokette hat eine ganz ebene, große Fläche als Unterseite, über der sich etwa halbkugelförmig bis fast halbkugelig im ganzen, eine große Zahl dreiseitiger Flächen rings herum erheben und oben eine flache, sechsseitige Pyramide tragen. Steine dieser Schiffsart sind, da sie weit weniger Material beanspruchen, aber auch weit weniger strahlen als die Brillanten, wesentlich billiger als diese.

Was nun dieses Strahlen der Brillanten anlangt, so liegt ihm ein so eigenartiger physikalischer Vorgang zugrunde, daß es sich wohl verlohnt, etwas näher darauf einzugehen; wenigstens soweit das hier ohne Zeichnungen geschehen kann. — Nehmen wir ein glattwandiges Trinkglas, besser noch einen gläsernen Kasten, wie man ihn zu Aquarien verwendet, und füllen ein solches Gefäß bis oben nahe unter den Rand mit Wasser. Sehen wir jetzt von draußen, etwas unterhalb der Oberfläche des Wassers schräg aufwärts gegen letztere, so werden wir bemerken, daß wir durchaus nicht durch die Oberfläche hindurchsehen können, daß sie vielmehr als Spiegel wirkt, und zwar als ein höchst vollkommener. Wir überaugen uns leicht hiervon, wenn wir an die andre Seite unfres durchsichtigen Wassergefäßes einen Gegenstand halten. Bestünde er sich höher als die Wasseroberfläche, so sehen wir von unterhalb der letzteren nichts von ihm. Bestünde er sich tiefer, so sehen wir ihn doppelt: einmal direkt ihn selber, durch das Wasser hindurch, sodann noch sein Spiegelbild in der Oberfläche, scheinbar oberhalb des Wassers und verkehrt. In dessen diese Spiegelung, die man Totalreflexion nennt, tritt nur auf außerhalb eines gewissen Winkels, den man den Grenzwinkel der Totalreflexion nennt. Die Größe dieses Winkels, der mit der Senkrechten zur Fläche, dem Einfallslot, eingeschlossen wird, hängt nun vom Lichtbrechungsvermögen eines Körpers ab. Für schwächer brechende Körper, wie z. B. Wasser, ist er größer, er beträgt hier 48 Grad und 35 Minuten; für härter lichtbrechende ist er kleiner, beim Diamanten nur 24 Grad. Das besagt also, daß

ein in einen Brillanten eingetretener Lichtstrahl aus keiner von dessen Flächen wieder heraustreten kann, die er unter einem größeren Winkel trifft als höchstens 24 Grad, gemessen am Einfallslot. In einem in Brillantform geschliffenen Steine vom Lichtbrechungsvermögen des Wassers — gewöhnliches Glas kommt diesem ziemlich nahe — würde die Austrittsgelegenheit für das Licht um rund 24 Grad günstiger sein; das heißt: Licht, das in einen echten Brillanten von resp. oben, wo die große Fläche ist, hineintrifft, kann im allgemeinen hinten, unten, aus den Flächen der hohen, spitz zulaufenden Pyramiden nicht wieder heraus, da es diese unter durchschnittlich größeren Winkeln als 24 Grad trifft. So wird es von diesen Flächen zurückgelenkt, so daß es vorn, oben auch wieder austritt. Daher die Lichtfalle, die ein Brillant bei richtigem Betrachten zeigt, wenn man z. B. bei Sonnenschein in ihn hineinsieht, indem man die Sonne, wie beim Betrachten des Regenbogens, hinter sich hat. Glassteine, auch die aus Bergkristall (wasserhellem Quarz) und sonstigem Material geschliffenen zeigen diesen Lichtreichtum entweder gar nicht, oder doch nicht entfernt in so hohem Maße. Aus dem einfachen Grunde nämlich, weil bei diesen schwachbrechenden Substanzen das an der Vorderseite eintretende Licht hinten direkt wieder austritt, also nicht nach vorn wieder zurückkehrt. — Hier hilft man sich nun allerdings, und bis zu einem gewissen Grade erfolgreich, indem man gläserne Schmucksteine, die sogenannten „Simulirbrillanten“, auf der Rückseite, der hohen, spitzigen Pyramide also, verfließt. Der hierdurch erzielte Effekt ist nicht gering. Aber, von allen sonstigen Eigenschaften echter Brillanten ganz abgesehen, eins bleibt trotzdem noch daran zu vermissen: echte Brillanten zerlegen das in der Hauptsache schiefwinkelig ein- und austretende Licht infolge ihres außerordentlich hohen Lichtbrechungsvermögens in hohem Maße spektral, in die Regenbogenfarben. Unachte tun das in weit geringerem Grade. Und die Verflößerung hilft hier eben nichts, denn der Vorgang vollzieht sich beim Ein- und Austritt des Lichtes, also beim Passieren der oberen Seite.

Uebrigens sieht man das bunte Farbenspiel auch bei echten Brillanten um so besser, je kleiner und kräftiger die Quelle ist, der das Licht entströmt. Am Tage die Sonne und abends vereinzelte Flammen von Kerzen, Gas, liefern die schönsten Farbenspiele. Das zerstreute Tageslicht dagegen läßt die Brillanten zwar sehr hell, aber nur weiß erscheinen, da das von unendlich vielen Punkten ausstrahlende Licht des hellen Himmels im Brillanten nun auch endlich viele Spektren erzeugt. Derselben Farben fallen nun übereinander und bilden so wiederum Weiß. Der schon erwähnte eigentümliche, halbmetallische Oberflächenglanz der Diamanten fällt an geschliffenen Steinen neben deren Lichtbrechungserscheinungen wenig ins Auge; der Lichtkern wird vielmehr sogar einige Milie haben, ihn zu erkennen. Am leichtesten unterrichtet man sich über seine Beschaffenheit vielmehr an einem Schmelz- oder Lithographendiamanten, der allerdings nicht fettig oder schmutzig sein darf, vielmehr durch Abwaschen vorher zu reinigen ist und auch abgetrocknet sein muß, wenn man zum Vergleichen noch ein paar Glasplitter daneben hält.

Das sicherste Kennzeichen echter Diamanten ist aber ihre Härte. Man kann mit einem Diamanten nicht bloß Glas, sondern auch Achat, Feuerstein, Quarz und sämtliche Edelsteine sogar ritzten oder durchdringen. Die beste englische Feile, mit der man ohne Mühe Glas feilen kann, greift ihn nicht im geringsten an, wird vielmehr sofort stumpf, indem der Diamant einen blanken Strich auf ihr hervorruft. In Büchern liest man oft, daß der Diamant sehr spröde sei, d. h. leicht zerspringe, wohl gar schon beim Hineinfallen auf die Erde. Möglich, daß es Diamanten gibt, die infolge innerer Spannungen, schlecht geklebtem Glase vergleichbar, leicht zerbrecen oder zerspalten. Andererseits machen aber diejenigen, die Diamanten zertrümmern müssen, um z. B. das Diamantpulver zu gewinnen, mit dem Waffen oder Namenszüge in Ringsteine geschliffen werden, gar oft die Erfahrung, daß der Diamant, statt unter den Hammerschlägen im Stahlmörser zu zerbrechen, sich in den harten Stahl einbrückt!

Der Wirkung chemischer Kräfte gegenüber hat aber die Widerstandsfähigkeit des Diamanten ein Ende. Als Kohlenstoff, der er ja ist, verbrennt er. Zwar schwer, wie andre besonders feste Kohlenarten ja ebenfalls, aber vollständig, ohne Zurücklassung von Asche, wenn er rein war. Und sein Verbrennungsprodukt ist Kohlenäure, die bekannte Gasart, die überall entsteht, wo Kohle oder kohlenstoffhaltige Substanzen verbrennen. Auch auf nassem Wege, wiederum durch Abgabe von Sauerstoff an ihn aus geeigneten, stark oxydierenden Flüssigkeiten, läßt sich der Diamant in Kohlenäure verwandeln, also zerühren.

Ihn künstlich zu erzeugen, ist dagegen bisher noch nicht gelungen. Allen gegenteiligen Nachrichten zum Trost wird man das aus der einfachen Tatsache abzuschließen müssen, daß künstliche Diamanten, wenn auch nur als feinstes Pulver, dem ja als Schmelzmaterial ebenfalls schon ein beträchtlicher Wert zukäme, noch immer nicht im Handel sind. Die Ursache liegt darin, daß man noch keine Flüssigkeit oder sonst etwas dergleichen kennt, worin Kohlenstoff als solche r löslich ist, und zwar bei nicht allzu hoher Temperatur. Geschmolzenes Eisen löst zwar Kohlenstoff auf, läßt ihn sogar bei langsamem Abkühlen auch wieder auskristallisieren. Aber die so gewonnenen Kohlenstoffkristalle sind kein Diamant, sondern sind Graphit. Trotzdem liegen die Verhältnisse derart — einmal rücksichtlich des hohen Standes der chemischen Wissenschaft und Technik, dann rücksichtlich der hohen Profite, die für die künstliche Darstellung von Diamanten winken — daß jeder Tag die Nachricht vom endlichen Gelingen bringen kann. Und für jeden Fachmann wäre das zweifellos etwas weit weniger Wunderbares als die künstliche Herstellung von Rubinen, Saphiren, Spinellen in völliger Gleichheit der Kristallformen, der optischen Eigenschaften, einschließlich ihrer Farbenpracht, selbst der Härte, auf Grund ihrer chemischen Gleichartigkeit, wie sie jetzt Tatsache ist und bereits Gegenstand einer regelrechten industriellen Produktion und Verwertung.

Naturwissenschaftliche Literatur.

Dr. P. G. Querer, Die Abstammungslehre. Eine gemeinverständliche Darstellung und kritische Uebersicht der verschiedenen Theorien mit besonderer Berücksichtigung der Mutationstheorie. Leipzig, Verlag von Quelle u. Meyer. Preis 4.40 M., gebunden 6 M. — Im Anfang schuf Gott Himmel und Erde, und an den sechs Tagen die Erde, so wie sie jetzt ist, mit Tieren und Pflanzen, Bergen und Meeren. Jahrhundertlang stand dieses Dogma da, ohne daß der geringste Zweifel daran aufstauhte. Da fand man im Schoße der Erde seltsame Versteinerungen. Man sah, sie gleichen mehr oder weniger Tierformen, die noch heute leben und hielt sie für „Naturspiele“. Mehr und mehr gewann dann die Ueberszeugung Oberhand, daß diese sonderbaren Steine wirklich Versteinerungen von Tieren sein müßten, nicht Gebilde, die zufällig Tieren gleichen. Jagt nach machte man sich an die Deutung dieses Rätsels. Man nahm zunächst an, die Schöpfung sei in einzelnen Perioden erfolgt; die Organismen der vorhergehenden Schöpfung seien durch eine Katastrophe vernichtet worden und eine neue Lebewelt an Stelle der vernichteten erschaffen worden. Immer neue Versteinerungen wurden aufgefunden. Aber jeder neue Fund machte das Problem nur noch verwirrt. Solange man an eine Unveränderlichkeit geschaffener Tierformen glaubte, gab es hierfür keine Erklärung. Man konnte ja nicht gut annehmen, der allweise Schöpfer habe experimentierend eine Anzahl Tierformen geschaffen, daraus seine Erfahrungen gesammelt und nach Ver-

nichtung der alten Organismenwelt eine bessere an ihrer Stelle entstehen lassen. Außerdem fand man Tierformen, die sich, nach den Versteinerungen zu urteilen, schon mehrere geologische Zeitalter hindurch unverändert erhalten hatten. Lamarck war der erste, der die Unwahrscheinlichkeit der Katastrophentheorie völlig erkannte. Er und seine bedeutenderen Nachfolger, wie Darwin z. B. haben dann die Theorie der Entwicklung höherer Tierformen aus niederen, die sogenannte Deszendenztheorie, so ausgebaut und wissenschaftlich begründet, daß heutzutage ein Naturforscher, der nicht Anhänger dieser Theorie wäre, wohl kaum gefunden wird. Ja, man kann einem Naturforscher, der nicht von der wissenschaftlichen Wahrheit der Deszendenzlehre überzeugt ist, wohl kaum unter die wissenschaftlichen Forscher zählen. Zwar vertritt die Kirche die neue Lehre als unchristlich. Aber auch in der Reihe der Weislichen findet man schon Überzeugte „Darwinisten“. So steht zu hoffen, daß auch über kurz oder lang die Kirche sich zwingen sehen wird, die Deszendenztheorie zu sanktionieren; mit andern wissenschaftlichen Erkenntnissen ist es ja gerade so gegangen. Galilei mußte seine Lehre von der Bewegung der Erde um die Sonne widerrufen, sonst wäre er verbrannt worden; und heute glaubt auch der dogmatischste Sohn der Kirche nicht mehr, daß sich die Sonne um die scheibenförmige Erde bewegt.

Daß sich also die Tierformen aus niederen und die niedersten aus lebloser Materie entwickelt haben, darüber ist man sich einig. Ganz anders sieht es mit der Frage aus, wie die Entwicklung im einzelnen vor sich gegangen ist. Lamarck nahm an, daß z. B. ein Reiter deshalb besonders lange Beine hätte, weil er sie im Wasser so lang als möglich gestreckt hätte; infolgedessen wären die Beine der einzelnen immer länger geworden und wären dann durch Vererbung auf die Nachkommen übergegangen. Darwin sah ein, daß beim Reiter lange Beine besonders praktisch waren, er erklärte sie durch kleine Variationen bei reicherartigen Vögeln entstanden. Die Vögel wie in das Wasser hineinzuwateten konnten und auch an solchen Stellen Fische fangen konnten, wo kurzbeinige nicht mehr hin konnten. Der Vorteil der länger beinigen war im Kampf ums Dasein bedeutend genug, um ein Aussterben der kurzbeinigen Reiter zur Folge zu haben. Der Holländer de Vries dagegen ist der Ansicht, daß kleine Veränderungen im Organismus, wie sie im Weizen die geringe Vergrößerung von Reiserhainen darstellt, doch unmöglich ein so gewaltiger Vorteil im Kampf ums Dasein sein kann, daß die Vögel mit wenig längeren Beinen einfach ausgerottet werden müßten. Er nimmt, durch einige sichere Beobachtungen veranlaßt, plötzliche, sprungweise und weitgehende Veränderungen im Organismus an. Im Beispiel also seien Vögel mit Durchschnittsbeinen durch eine innere Ursache dahin verändert worden, daß einige Junge besonders lange Beine erhalten hätten. Die konnten dann im Wasser ohne Konkurrenz dem Nahrungs-erwerb obliegen und wurden dann durch andre, ähnliche Mutationen zu Reitern. Also nicht, weil sie tief in das Wasser hineinzuwateten wollten, kriegten die Reiter lange Beine, sondern sie kriegten ohne Zweck lange Beine und konnten deshalb ins Wasser waten. Wäre mit der Langbeinigkeit ein bedeutender Nachteil verbunden gewesen, etwa Flugunfähigkeit in einem Lande mit bodenbewohnenden Raubtieren, dann hätte die natürliche Auswahl eingegriffen und die ungenügenden Varianten verdrängt, indem diese einfach vernichtet wurden.

Eine ausführliche Darstellung der Deszendenztheorien findet man in Duerers obengenanntem Buche. Wer allerdings eine leichtere Lektüre verlangt, dem kann das Büchlein nicht empfohlen werden; sein Inhalt ist vollwertige Kost. Nicht leichtes, oberflächliches Wissen will der Autor vermitteln, sondern Verstehen. Wo es angeht, läßt er den Vertreter einer Theorie selbst zu Wort kommen. Eine Anzahl wirklich guter Abbildungen veranschaulicht das Verstandene. Daß Duerer vor allem die von ihm vertretene Theorie von de Vries berücksichtigt, kann ihm kaum zum Vorwurf gemacht werden, da auch alle gegenteiligen Ansichten, also das Filz und Wiber, unparteiisch dargelegt werden. Nach dem Studium dieses Werkes und Guenther's Bilderatlas vom Tierreich zum Menschen kann man überzeugt sein, mehr als oberflächlich über die modernen Deszendenztheorien unterrichtet zu sein.

Technisches.

Der neue Nilbau von Seneh. Vor kurzer Zeit hat der Khedive den Schlüssel zu einem neuen Nilbau gelegt, der für die Landwirtschaft Ägyptens von größter Bedeutung sein wird und zugleich ein technisches Meisterwerk darstellt. Die künstliche Bewässerung ist für Ägypten eine Lebensfrage. Vor weniger als dreißig Jahren stand das Land finanziell am Rande des Abgrunds, da die jährlichen Ausgaben die Einnahmen weit überstiegen und die Zinsen der Staatsschuld nicht mehr aufgebracht werden konnten. Die Bauernschaft war in elender Lage und wurde fortwährend zur Ausbeutung und Reinigung der Bewässerungskanäle herangezogen. Mit all diesen Mißständen ist nunmehr ausgeräumt worden. Die Staatseinkünfte weisen bereits einen Ueberschuß auf, und der Ertrag des Bodens hat sich ungeheuer gesteigert. Im wesentlichen ist dieser Aufschwung einer Verbesserung der Stauungsanlagen im Nil zu zuschreiben. Die Rolle, die das fruchtbringende Wasser des Stroms in der Weltgeschichte gespielt hat, ist bekannt, und es ist ohne weiteres einleuchtend, daß die richtige Verteilung des fruchtbaren Nilwassers auch heute noch eine Kulturfrage ersten Ranges ist. Die frühesten größeren Arbeiten zur Verbesserung des Wasserweges wurden, wie die Natur mittelst, im Jahre 1888, nachdem das Land unter britische Kontrolle gekommen war, mit dem großen Dammbau am Kopf des Nildeltas eingeleitet. Die Absicht bei der Anlage dieser Sperre war, das Nilwasser um 6 Meter zu heben, um die Bewässerungskanäle gefüllt halten zu können. Die Arbeiten wurden von französischen Ingenieuren ausgeführt und haben zunächst einen vollständigen Fehlschlag ergeben; denn infolge mangelhafter Konstruktion gelang es niemals, das Niveau des Flusses um mehr als 1 1/2 Meter zu erhöhen. Später wurden dann unter der Leitung von Oberst Scoll-Moncrief die Fundamente verstärkt und sonstige Änderungen vorgenommen, die schließlich zu einem günstigen Ergebnis führten. Eine weitere Verbesserung wurde durch Anlage einer zweiten Sperre bewirkt, die beinahe 1/2 Million Pfund kostete und etwa in der Mitte zwischen Seneh und dem Meere erbaut wurde. Schon diese Anlagen erhöhten den Wert der Baumwollenernte von 7 1/2 Millionen auf 15 Millionen Pfund und gestalteten die Erzeugung von nicht weniger als 1/2 Million Bektar neuen Anbauens. Der jüngst fertiggestellte Dammbau bei Seneh, einer Stadt von 25 000 Einwohnern, die etwa 850 Kilometer vom Mittelmeer entfernt am Nil gelegen ist, wurde zu dem Zweck errichtet, das Flußwasser abzusaugen und eine anhaltende Bewässerung auf einem Areal von etwa 800 000 Hektar zu ermöglichen, auf dem gegenwärtig Getreidefrüchte nur einmal im Jahr geerntet werden. Nach der jetzt durchgeführten Bewässerung werden zwei Ernten eingeheimt, und der viel einträglichere Zuckerrohr- und Baumwollbau wird auch auf diesem Gebiet begonnen werden können. Der Dammbau ist ähnlich wie die früher erbauten Sperren konstruiert. Er besteht aus einem Mauerwerk, das 110 Pfeiler enthält, die in einem Abstand von 5 1/2 Metern angeordnet sind und durch Bogen miteinander in Verbindung stehen. Ueber sie hinweg fährt eine Straße von 500 Meter Länge und 4 Meter Breite. Die Öffnungen zwischen den Pfeilern sind durch zwei übereinander angeordnete Reichen von Toren ausgefüllt, die durch Maschinenkraft gehoben und gesenkt werden können, um das Durchströmen des Wassers zu regeln. Für den Schiffsverkehr ist ein Durchschlag in einer Länge von einigen 80 Metern und einer Breite von fast 20 Metern vorgesehen. Beträchtliche Schwierigkeiten ergaben sich daraus, daß der Baugrund bei Seneh aus einer ziemlich tiefen

Sandfläche bestand. Es mußte daher erst ein großes Fundament im Flußbett geschaffen werden, das aus mehr als 1 Meter dickem Zementläsien besteht, auf die Granitsteine aufgelagert sind. Um ein Untersinken dieses Fundaments zu verhüten, ist es durch eiserne Pfeiler, die in einem Abstand von etwa 20 Metern bis zu einer Tiefe von 4 1/2 Metern verankert sind, gesichert. Stromabwärts ist, um ein Abdröckeln des Lagers bei voll geöffneten Toren zu verhüten, eine Mauerung aus Kalkstein ausgeführt worden. Der Oberbau ist aus Sandstein errichtet, der aus einem 57 Kilometer entfernten Bruch beschafft wurde; es wurden insgesamt nicht weniger als 188 000 Kubikmeter verwendet. Der Granit, von dem 80 000 Kubikmeter gebraucht wurden, kam von Assuan zu Schiff über eine Entfernung von 110 Kilometern. Der gesamte Zement sowie die Eisenkonstruktion und die Maschinen stammen aus England. Bei dem Bau waren 8000 bis 10 000 Eingeborene beschäftigt, während die Zurichtung der Steine von Italienern besorgt wurde. Alle Oberbeamten waren Engländer. Der Bau begann im Frühjahr des Jahres 1906 mit den Vorbereitungsarbeiten der Errichtung provisorischer Eisenbahnen, von denen 24 Kilometer gebaut werden mußten, und war betragmäßig auf drei Jahre geplant. Die Kosten betragen über eine Million Pfund.

Vom Bau des Panamakanals. Obgleich die Vereinigten Staaten jetzt am Panamakanal bauen und mit ihrer Energie und ihren großen Geldmitteln wohl eine Gewähr dafür bieten, daß sie das Riesentwerk zustande bringen werden, macht dieser Zweimeer-Kanal gleichsam den Eindruck des Ewigen Juden, der nie zur Ruhe kommt und nie sein Ziel erfüllt, und wenn er endlich einmal fertig sein wird, dann wird es ohne Zweifel eine große Ueberschätzung durch die Welt gehen. Leicht haben es auch die jetzigen Bauherren nicht. Vor einiger Zeit kamen recht besorgniserregende Nachrichten von großen Schwierigkeiten, die sich bei der Errichtung des gewaltigen Damms bei Gatun gezeigt hatten. Dann konnte man lange nicht zum Entschluß kommen, ob der Kanal mit Schleusen oder durchweg im Meeressniveau gebaut werden sollte. Nun entschied freilich ein Ausschuß von Ingenieuren nach sehr gründlicher Erforschung des ganzen Gebiets vor etwa drei Jahren zugunsten der Schleusenanlage. Seitdem hat aber die amerikanische Presse gegen dies Gutachten ständig agitiert, so daß Präsident Roosevelt noch vor einem Vierteljahr einen zweiten Ausschuß zur nochmaligen Prüfung der Verhältnisse und zur Erstattung eines allgemeinen Berichts einsetzte. Dieser Ausschuß hat aber, wie jetzt bekannt gegeben wird, den Befund und die Ansichten seines Vorgängers im wesentlichen bestätigt, auch alle bisher getanen Arbeiten gebilligt, so daß ein neues Vertrauen in den Fortgang des Unternehmens geschaffen worden ist. Die nunmehr rügiglich beschlossene Anlage ist auf eine Länge von 300 Metern und eine Breite von 88 Metern festgesetzt worden. Die Kosten des ganzen Kanals werden neuerdings auf 1540 Millionen Mark geschätzt. Die Ausführung eines Kanals im Meeressniveau würde immerhin noch 660 Millionen mehr gekostet haben. Man rechnet jetzt darauf, den Schleusenkanal in einem Zeitraum von 6 Jahren zu vollenden und auch in dieser Hinsicht zu sparen, da die andre Anlage um mehrere Jahre längere Zeit genommen hätte. Gegenwärtig arbeiten 40—50 000 Menschen am Kanal, deren Gesundheitszustand befriedigend ist, nachdem es gelungen ist, das Gelbes Fieber und andre dort häufiger Krankheiten Herr zu werden.

Kunstchronik.

Neues Theater. Freitag: Mignon. Sonnabend: Prinz Friedrich von Homburg (Kasslerzyklus VIII). Sonntag: Menz (Friedrichszyklus I). Montag: La Traviata; Neue Tanzbilder. — Altes Theater. Freitag: Die Dollarprinzessin. Sonnabend: Johann der Zweite. Sonntag, nachmittags 1/2 Uhr: Vorstellung für das Arbeiterbildungsinstitut (Das Tal des Lebens), abends 1/2 Uhr; Madame Troubadour. Montag: Die Dollarprinzessin. Die Vorstellungen im Neuen Theater beginnen, wenn nichts andres angegeben, um 7 Uhr, die im Alten Theater 1/2 Uhr.

Vereinigte Leipziger Schauspielhäuser. Schauspielhaus. Freitag: Die fremde Frau (halbe Preise). Sonnabend: Minna von Barnhelm (halbe Preise). Sonntag: Der Hochtourist. — Neues Operetten-Theater (Theater am Thomabring). Freitag, Sonnabend: Kimmre dich um Amelie. Sonntag, 1/2 Uhr: Kimmre dich um Amelie.

In Minna von Barnhelm spielt am Sonnabend Frau Margarethe Plerer, die mit Ablauf der Spielzeit von der Bühne scheidet, die Franziska, ihre letzte größere Rolle. Vom 17.—20. Mai bleibt das Schauspielhaus wegen Renovation geschlossen. Die Sommerspielzeit beginnt am ersten Pfingstfesttag.

Im Schauspielhaus beginnen die Vorstellungen, wenn nichts andres angegeben, 1/2 Uhr, im Neuen Operetten-Theater 8 Uhr.

Leipziger Sommertheater (Drei Linden). Sonntag: Deutsche Kleinstädter. Montag: Im Hofen. Dienstag: Der Bibliothekar. Mittwoch: Die große Gemeinde. Donnerstag: Die Herren Schme. Freitag: Die Schmetterlingsflucht. Sonnabend: Der Bibliothekar.

Wilhelm von Volenz, dem Dichter des Bitterbauers und des Grabenhägers, wird im Juli im Parke seines Ahnen-schlusses Obercumwalde ein Denkmal in Form eines Porträtreliefs errichtet werden, das in einen mächtigen Block Schweizer Granit eingelassen wird. — Anlässlich des fünfzigjährigen Doktorjubiläums des Dichters Adolf Wilbrandt hat sich die Universität Rostock entschlossen, ihr erstes Diplom in deutscher Sprache auszustellen. Prof. Goltzer überreichte dem Jubilar das erneuerte Doktordiplom mit folgender Ansprache: „Unsern Doktoren gibt es nicht viele, die so wie Sie auch der zweiten Hälfte ihres Doktoralters gerecht geworden sind, — dem Magistrat der freien Künste. Es gibt aber auch nur wenige, die des schmeichelnden Dokortitels so sehr, wie Sie, hätten völlig entbehren können. Der einfache Name Adolf Wilbrandt hat für uns Deutsche einen so vollen Klang, daß er auch noch kommenden Geschlechtern fortzählen wird, die es gar nicht mehr wissen werden, daß sein Träger daneben auch noch Doktor der Philosophie gewesen ist. Wenn die philosophische Fakultät Ihnen nun durch mich das erneuerte Doktordiplom überreicht, so folgt sie damit ja, wie Sie wissen, nur einer schönen alten Sitte. Die Fakultät wünschte aber durch eine kleine Anerkennung Ihnen eine besondere Ehrung zu erweisen und Ihnen damit hoffentlich eine Freude zu bereiten. Seitdem die alte Universität Ihrer Vaterstadt besteht, ist dieses Diplom das erste, das auf den mittelalterlichen Gebrauch der lateinischen Sprache verzichtet. Dem deutschen Dichter glauben wir sollen.“ In dem Diplom heißt es: „Dem Manne, der vor 50 Jahren die literar-historischen und dramaturgischen Arbeiten und wissenschaftliche und künstlerische Bestrebungen vereinigte, der als vielseitiger, geistvoller und hochschaffender Dichter weit und breit gefeiert wird, bringen wir herzlichsten Glück- und Gellwunsche dar. Der Fakultät gereicht es zur Ehre, Adolf Wilbrandt, der uns schon durch die Erinnerung an seinen Vater Christian Wilbrandt, unsern einstigen Amtsgenossen, verbunden ist, zu den von ihr promovierten Doktoren zu zählen. Möge ihm noch lauges und reiches Schaffen vergönnt sein! Rostock, den 6. Mai 1906.“